blätter des iz3w

nr. 39 nov. 74

Hrsg: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, S. Lindemann, B. Meier, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, M. Schäfer, A. Sommerfeld, B. Stein, W. Witzel. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a. Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland: DM 25,- (für Rentner, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommende einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 18,-) (Sfr. 28/20) (Ös. 180/135). Luftpostgebühren auf Anfrage.
Einzelpreis dieser Einfachnummer: DM 1,90 Ös 14,- Sfr. 2,10.

Alles wird teurer — wir nicht (für alle)

Seit zwei Jahren ist der Abonnementpreis für die "blätter" unverändert. Zuletzt haben wir den Preis nur noch in der Hoffnung, durch neue Abonnenten und Förderkreisbeiträge die Kostensteigerungen aufzufangen, gehalten: Diese Kalkulation ist nicht aufgegangen.

Für den organisatorischen Teil unserer Arbeit mußten wir eine Personalstelle einrichten. Porto- und Telefonkosten steigen. Die Papierpreise explodieren. Alles was Geld kostet - und manches was nichts kostet - wird teurer.

Im nächsten Jahr kommen noch Mietmehrkosten von DM 5.000,-- auf uns zu, da wir, vor die Wahl gestellt, an Raumnot oder Geldnot zu scheitern, das letztere vorgezogen haben - in der Hoffnung, auch die noch bewältigen zu können. Die Redaktion arbeitet weiterhin völlig umsonst. Einzige - aber für uns indiskutable - Möglichkeit der Kostensenkung wäre eine Verringerung der jährlich erscheinenden Ausgaben der "blätter". Die Auswertung der Leserumfrage zeigt jedoch, daß für einen Großteil unserer Leser ein Abonnementspreis über DM 20,-- untragbar wäre.

Wir haben deshalb unseren Abonnementspreis gespalten. Das Normalabonnement wird 1975 DM 25,-- / ÖS 180,-- / Sfr 28,-- kosten. Für Rentner, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen (nach Selbsteinschätzung) bleibt der alte Preis als ermäßigter Abonnementspreis (DM 18,-- / ÖS 135,-- / Sfr 20,--).

Ob die Mehreinnahmen durch diese Teilerhöhung unser Defizit ausgleichen werden, wissen wir nicht. Wir sind deshalb weiterhin auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Helfen können Sie uns, indem Sie

- höhere Abonnementbeträge überweisen
- unserem Förderkreis beitreten (s.u.)
- Ihre Förderkreisbeiträge erhöhen
- uns auf Stellen hinweisen, die die "blätter" verkaufen wollen (Buchhandlungen, Mensa-Büchertische etc)
- Interessierte auf uns aufmerksam machen (Probenummern gibt es kostenlos)
- bei Veranstaltungen (Vorträgen, Konferenzen, Diskussionen) "blätter" in Kommission verkaufen
- Ihre Bekannten (z.B. zu Weihnachten, zur Geburt des ersten Enkelkindes, zum Geburtstag, zur Blinddarmoperation oder ähnlichen Anlässen) mit einem "blätter"-GESCHENKABONNEMENT überraschen.

Wenn Sie unserem Förderkreis beitreten wollen, richten Sie bitte an Ihr Geldinstitut einen Antrag nach dem unten abgedruckten Muster. Sie erhalten die "blätter" dann ohne Berechnung. Ferner bekommen Sie demnächst die Nr. 1 unseres Förderer-Rundbriefs, mit dem wir versuchen, mit unserem Förderkreis engeren Kontakt zu unterhalten. Spendenbescheinigungen, die zum Steuerabzug berechtigen, können wir z.Zt. (noch) nicht erteilen; ein entsprechender Antrag beim Finanzamt wird bearbeitet.

An ______________________________
(Geldinstitut)

Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. ______________

______________________ auf das Konto der Aktion Dritte Welt,
(Betrag mindestens DM 5,- / ÖS 36,- / Sfr 5,60) D 7800 Freiburg i.Br.

Nr. 148239 - 755 beim Postscheckamt Karlsruhe
Nr. 2377.047 bei der Österreichischen Postsparkasse
Nr. 40-35899 bei dem Postscheckamt Basel
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

ab ____________ regelmäßig am _____ten jeden Monats.

______________________ Name ______________
(Ort, Datum)

Unterschrift ______________

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT:

MITTE SEPTEMBER BIS ENDE OKTOBER

AFRIKA

Angola

15.9.74
Unter strenger Geheimhaltung findet auf der Kapverdeninsel Sal ein Treffen Staatspräsident Spinolas mit Holden Roberto, Führer der FLNA, und Jonas Savimbi, Führer der UNITA, statt. Gesprächsthema ist ein von Spinola vorgelegter Plan zur Bildung einer provisorischen Regierung für Angola, die sich aus je zwei Vertretern der 3 Befreiungsbewegungen des Landes und aus 6 Vertretern der verschiedenen Stammesgruppen und der weißen Minderheitsgruppen des Landes zusammensetzen soll. Über die Ergebnisse des Zusammentreffens wird nichts bekannt. (Sunday Times vom 20.10.74)

19.9.74
In einem Interview mit der angolanischen Wochenzeitung "Noticia" erklärt H. Roberto (FLNA), die MPLA-Politiker Chipenda (Führer der sog. East-Rebellion-Fraktion) und Andrade (Führer der "Active-Rebellion"-Fraktion) hätten sich bereit gefunden, mit der FLNA eine gemeinsame Verhandlungsfront gegenüber Portugal zu bilden. Neto (Führer der sog. MPLA-Leadership-Fraktion) würde sich dem jedoch widersetzen. (Sunday Times vom 20.10.74)

24.9.74 (NZZ)
Die Verhandlungsführung mit den politischen Gruppen Angolas ist nun auch offiziell in die Hand von Staatspräsident Spinola übergewechselt. Ursprünglich lag sie im Zuständigkeitsbereich von Außenminister Soares.

29.9.74 (NZZ)
Angola soll, so Staatspräsident Spinola, unmittelbar nach Abschluß eines Waffenstillstands mit den Befreiungsbewegungen eine provisorische Regierung erhalten, die die Vertreter "aller politischen Schattierungen" in Angola umfaßt.
In einer offiziellen Stellungnahme der MPLA-Führung wird dieser Plan entschieden zurückgewiesen. (Radio Brazzaville vom 29.9.74)

8.10.74 (SZ)
Die südafrikanische Zeitung "Sunday Tribune" berichtet von einer landesweiten, ehemaligen Kongo-Söldnern geltenden Rekrutierungsaktion. Man rechne damit, so der Kommentar eines Verantwortlichen, von Weißen und antikommunistischen Schwarzen nach Angola gerufen zu werden, um dort mitzuhelfen, eine Entwicklung, wie sie in Mozambique stattgefunden hat, zu verhindern. ("The Times" vom 8.10.74)

9.10.74 (NZZ)
In einer Stellungnahme ihres Präsidenten A. Neto sichert die MPLA der weißen Minderheit in Angola ein Existenzrecht auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit zu. Die Entscheidung über den Weg zur Unabhängigkeit müsse jedoch bei der afrikanischen Bevölkerung liegen.

9.10.74 (SZ)
Der portugiesische Außenminister Soares betont (wenige Tage nach dem Rücktritt General Spinolas), daß der von Spinola in der Entkolonialisierung Angolas beschrittene Weg von der portugiesischen Regierung fortgesetzt würde. Eine Bestätigung dafür ist u.a. in der Tatsache zu sehen, daß in der Folgezeit als Unterhändler in der Angola-Frage neben Pereira de Melo verstärkt auch der als entschiedener Spinola-Anhänger bekannte Oberst Firmino Miguel in Erscheinung tritt.

12.10.74
Einem Bericht der Lissaboner Tageszeitung "Diario de Lisboa" (vom 12.10.) nach soll bereits eine Ministerliste für die geplante angolanische Übergangsregierung existieren. In dieser Liste tauchten auch die Namen Holden Roberto (FLNA), J. Savimbi (UNITA) und Daniel Chipenda ("East-Rebellion"-Fraktion der MPLA) auf. Weiter berichtet die genannte Zeitung von einem wenige Wochen zurückliegenden Treffen zwischen Spinola und Mobutu (Zaire) auf Capverden, an dem sowohl ein Vertreter der FLNA als auch ein Vertrauter Chipendas teilgenommen habe. (Facts a. Reports/1975)

15.10.74 (O Século/Port.)
Daniel Chipenda stellt vor Journalisten in Brazzaville die Rechtmäßig-

keit der MPLA-Präsidentenschaft Agostinho Netos in Frage und erhebt seinerseits Anspruch auf diese Präsidentenschaft: "Ich bin es, der auf einem regulären Kongreß der MPLA (gemeint ist der Lusaka-Einigungskongreß vom August dieses Jahres / vgl. die "blätter, Nr. 38, S. 19) zum MPLA-Präsident gewählt wurde". (Tatsächlich hatte eine solche Wahl in Lusaka stattgefunden - dies jedoch nach Auszug der Neto-Fraktion, der nach wie vor stärksten politischen Kraft innerhalb der MPLA.) Mit dieser Erklärung Chipendas dürfte der Abfall der East-Rebellion-Group (Chipenda-Fraktion) von der MPLA endgültig vollzogen sein. Der gerade erst Anfang September in organisatorischen Fragen erzielte Kompromiß zwischen Neto und Chipenda (vgl. "blätter", Nr. 38, S. 19) hat sich damit als nicht tragfähig erwiesen. Beobachter messen der Anhängerschaft Chipendas innerhalb der MPLA kräftemäßig keine besondere Bedeutung zu. Insofern vermutet man, daß Chipenda sich mit seiner Spaltungsaktion in ein politisches Abseits manövriert hat.

Die zwischen Neto und der Andrade-Fraktion bestandenen Spannungen - Spannungen, für die Andrade den autoritären Führungsstil Netos verantwortlich machte - scheinen demgegenüber ausgeräumt zu sein - und dies, wie Beobachter vermuten, über eine Reorganisation der MPLA-Führungs-Gruppe. Diese Reorganisation soll auf eine Teil-Entmachtung Netos hinausgelaufen sein. Als Grund dafür wird jedoch nicht nur der Führungsstil Netos genannt, sondern auch gravierende Versäumnisse Netos in der Herbei-Führung einer für die MPLA akzeptablen Unabhängigkeits-Lösung für Angola.

23.10.74
Nachdem bereits eine Woche zuvor die FLNA diesen Schritt vollzogen hatte (NZZ vom 16.10.), hat nun auch die MPLA-Führung ein offizielles Waffenstillstandsabkommen mit der portugiesischen Regierung abgeschlossen.

29.10.74 (NZZ)
Nach Angaben Rosa Coutinhos, dem Vorsitzenden der zur Zeit in Angola regierenden portugiesischen Militär-Junta (Coutinho gehört zu den führenden Mitgliedern der Bewegung der Streitkräfte und gilt als Fürsprecher der MPLA), ist in Angola die portugiesische Armee einem weißen Putschversuch zuvorgekommen. Ziel der Putschisten sei es gewesen, in Angola ein weißes Minderheitsregime nach rhodesischem Vorbild zu errichten. Unter anderen sollen auch führende Mitglieder der PCDA (Christlich-Demokratisch-Part. Angolas) in den Putschversuch mit verwickelt gewesen sein.

Äthiopien

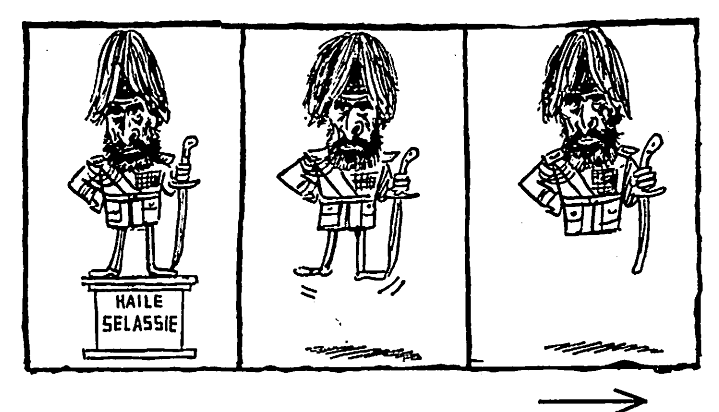
(vgl. dazu die "blätter", Heft 38, S. 24 f und die Chronik der Hefte 35, 36/37)

Die Auseinandersetzungen in Äthiopien zwischen Militär und Gewerkschaften sowie Studenten haben sich weiter verschärft. Zudem sind innerhalb des Militärs neue Konflikte ausgebrochen:

Die Militärs lösen gewaltsam Demonstrationen von Studenten und Arbeitslosen auf. Auf die Forderung des größten Gewerkschaftsbundes des Landes, CELU, das Streik- und Demonstrationsverbot aufzuheben, droht das Koordinationskomitee der Streitkräfte mit Strafmaßnahmen. (FR 21.9.74 / NZZ 23.9.74)

Unterdessen solidarisieren sich auch die Angestellten des Finanzministeriums in Addis Abeba mit der Forderung der Studenten, Lehrer und Gewerkschaften nach der Einsetzung einer Zivilregierung. (FR 24.9.74)

Unter dem Druck dieser Forderung beschließt das Koordinationskomitee (regierende Militärs) die Einsetzung eines zivilen Beratergremiums, das mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt werden und Reformvorschläge in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen einbringen soll. Dem 46köpfigen Gremium sollen u.a. Vertreter der 14 äthiopischen Provinzen, der Ministerien, der Gewerkschaften, der Kirche und der Landwirtschaft angehören. (NZZ 24.9.74)



Nach der Festnahme des Präsidenten und des Generalsekretärs der CELU durch die Militärs wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der Regierung Haile Selassie rufen die in der CELU organisierten Gewerkschaften ihre rund 150 000 Mitglieder zum Generalstreik auf. (FR 25.9.74 / NZZ 25.9.74)

Der Streikaufruf des Gewerkschaftsverbandes wird kaum befolgt. Einzelne Gewerkschaften distanzieren sich vom Streikaufruf. (FR 26.9.74)

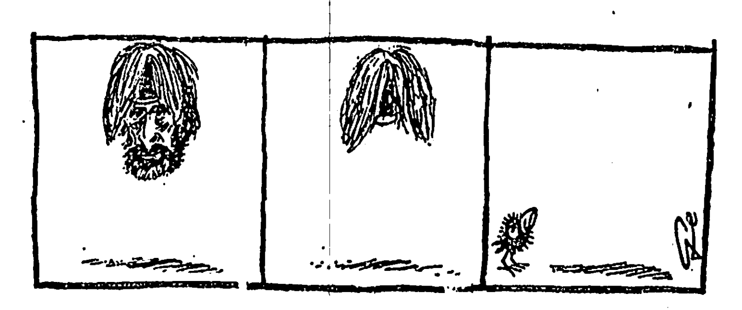
Am Tag nach dem Streikaufruf war die komplette Gewerkschaftsspitze verhaftet worden. Gleichzeitig treten 5 000 Studenten der Haile Selassie-Universität in Addis Abeba in den Streik. 6 Studentenführer werden verhaftet. Die Studenten werfen dem Koordinationskomitee der Streitkräfte vor, mit Hilfe des CIA eine "faschistische Diktatur" errichten zu wollen. (FR 3.10.74)

Mit Panzern rücken Armee-Einheiten in eine Kaserne in Addis Abeba ein und nehmen 300 oppositionelle Soldaten fest. 5 Soldaten werden dabei getötet. (NZZ 8. und 9.10.74)
Auch in anderen Einheiten außerhalb der Hauptstadt weigern sich Truppenteile, die gegenwärtige Militärregierung zu unterstützen. (NZZ 9.10.74)

Über das weitere Vorgehen gegen den verhafteten Kaiser Haile Selassie herrscht noch keine Klarheit. In der äthiopischen Presse werden zwar laufend Anschuldigungen gegen ihn laut, bislang ist er aber nicht wie andere Regierungsmitglieder wegen Korruption vor Gericht gestellt worden.

Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtert sich weiter: Fast eine Million Menschen ist weiterhin akut vom Hungertode bedroht. (FR 21.10.74)

Auch über die Nachfolge Haile Selassies herrscht noch keine Klarheit. General Andom (Vorsitzender des Koordinationskomitees) äußert dazu, der zum konstitutionellen Monarchen designierte Prinz Asfa Wossen (Asfa Wossen hatte sich überraschend für die Übernahme dieses Amtes prinzipiell bereit erklärt) sei nur temporär für das Amt benannt. (NZZ 28.10.74)
Ob anstelle einer konstitutionellen Monarchie die Republik ausgerufen werden solle, hätte das Volk zu entscheiden, so Andom in einer früheren Äußerung. (NZZ 23.9.74)



Demontage

Die Erithreische Befreiungsfront ELF erklärt in Beirut ihre Bereitschaft, mit den Militärs in Addis Abeba über die Unabhängigkeit Erithreas, das seit dem Zweiten Weltkrieg zu Äthiopien gehört, Verhandlungen zu führen. Falls dies abgelehnt werde und es nicht in den nächsten sechs Monaten zu einer endgültigen Regelung komme, werde der Kampf verstärkt und Äthiopien völlig vom roten Meer abgeschnitten. (NZZ 28.9.74)
Inzwischen mobilisiert die äthiopische Armee gegen die ELF. Die Luftwaffe flog mehrere Einsätze gegen Stützpunkte der ELF im Gebiet von Asmara. Drei Armeebataillone wurden in dieses Gebiet verlegt. (NZZ/FR 17.10.74)

<u>Ghana</u>

21.10.74 (*Newsweek*)
Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Aluminium will die "Kaiser Aluminium of Oakland", California, die Produktion ihrer Anlagen in Tema, Ghana, steigern. Geplant ist eine Investition von 60 Mill. Dollar, um die Produktion von 170 000 auf 220 000 Tonnen Aluminium zu erhöhen.
Ein japanisches Firmenkonsortium will für 450 Mill. Dollar eine zweite Schmelzanlage für Aluminium in Tema errichten.

<u>Guinea-Bissau</u>

11.10.74 (NZZ)
Die neue Regierung Guinea-Bissaus beabsichtigt in naher Zukunft nicht, die etwa 700 im Lande tätigen Privatunternehmen zu verstaatlichen. Zugleich zeigt sich die Regierung angesichts wachsender Versorgungsschwierigkeiten interessiert an einer Rückkehr portugiesischer Händler, die in großer Zahl nach dem 25. April nach Portugal zurückgegangen sind.

<u>Kenya</u>

30.9./16.10.74 (NZZ); 17.10.74 (FR)
Bei den Parlamentswahlen in Kenya verloren vier Minister und neun stellvertretende Minister ihren Parlamentssitz. Drei von ihnen sind in die sog. Rubinenaffäre (vgl. NZZ vom 2.10.74 und Newsweek 21.10.74), bei der die Minister auf obskure Art Teilhaber an einer von zwei amerikanischen Geologen entdeckten Rubinenmine geworden waren, verwickelt.

Die 737 Kandidaten, die sich um die 158 Abgeordnetensitze im Parlament bewarben, gehören alle der Regierungspartei KANU (Kenya African National Union) an. Alle anderen Parteien sind in den vergangenen Jahren verboten worden.

In den Wahlkreisen des Präsidenten, des Vize-Präsidenten und drei weiterer Minister kandidierten diese ohne Gegenkandidat. Die Kandidatur von 14 ehemaligen Mitgliedern der verbotenen KPU (links-oppositionell), die im Laufe der letzten Jahre Mitglieder der KANU geworden waren (unter ihnen der zeitweilig inhaftierte Führer der KPU, Odinga), war im August von Staatspräsident Kenyatta als unzulässig erklärt worden. Kenyatta vermochte auf diese Weise allerdings nicht zu verhindern, daß eine Reihe von Kandidaten, die im Wahlkampf offene Sympathie mit den ehemaligen KPU-Politikern gezeigt hatten, hohe Wahlerfolge verbuchen konnten.

<u>Liberia</u>

28.10.74 (Newsweek)
Die Ausbeutung der reichhaltigen Eisenvorkommen in der liberianischen Provinz Wologisi werden in der Hand eines amerikanisch-japanischen Firmenkonsortiums (AMAX Inc., New York; Kawasaki Steel und vier weitere japanische Firmen) liegen. Die Produktion soll 1980 aufgenommen werden; Produktionsleistung: 10 Mill. t pro Jahr.

an deren Abbau auch KRUPP beteiligt ist (die Jahresproduktion von 2,5 Mill. Tonnen Phosphat will die spanische Regierung bis 1980 auf 10 Mill. Tonnen steigern), werden im südlichen Teil der spanischen Sahara auch Erdölvorkommen vermutet. (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Heft 38)

Südafrikanische Republik / Namibia

23.9.74
Nach Angaben der südafrikanischen Regierung soll der Handel Südafrikas mit den schwarzafrikanischen Staaten im vergangenen Jahr auf der Exportseite um 25 % und auf der Importseite um 16,8 % angestiegen sein. Zudem seien seitens der SAR-Regierung in den vergangenen 12 Monaten Gespräche und Verhandlungen mit insgesamt 24 afrikanischen Ministern geführt worden. In der südafrikanischen Presse werden in diesem Zusammenhang neben den Nachbarländern Lesotho, Swaziland, Malawi, Botswana und Sambia die Länder Kenya, Gabon, die Elfenbeinküste und Nigeria genannt.

27.9.74 (NZZ)
Polizei-Einheiten lösen mit Gewalt in Durban und in Pietersburg eine nicht genehmigte Sympathiekundgebung für die mozambiquanische Befreiungsbewegung FRELIMO auf. Zu dieser Kundgebung hatten die Südafrikanische Studentenvereinigung SASO und die Black People's Convention aufgerufen.

2.10.74 (FR)
Die UNO-Vollversammlung weist mit 98 zu 23 Stimmen (Enthaltungen: 14) die Akkreditierung der Südafrika-Delegation bei den Vereinten Nationen zurück. Die UNO-Vertretung der BRD stimmte für die Akkreditierung. Da die Entgegennahme von Beglaubigungsschreiben durch die Vollversammlung nur eine Formsache darstellt, bleibt der genannte Beschluß ohne rechtliche Konsequenzen.

10.10.74 (FR)
Die rund 30 000 deutschstämmigen Weißen in Namibia (Südwestafrika) stellen nach Meinung des diesjährigen Friedensnobelpreisträgers Sean MacBride (MacBride ist seit 1973 UN-Kommissar für Namibia) die "schlimmsten Rassisten in der ganzen Welt" dar. "Die Deutschen in Namibia", so MacBride auf einer Pressekonferenz, "feiern noch heute Hitlers Geburtstag, sie schwingen noch Hakenkreuzfahnen und haben in Windhuk noch eine Göringallee." Im Augenblick ständen diese Deutschen noch rechts von der südafrikanischen Regierung.
Im gleichen Zusammenhang erinnerte MacBride die Regierung in Bonn daran, daß die BRD heute das einzige Land in der Welt sei, das unter Mißachtung entsprechender UNO-Beschlüsse in Namibia noch ein Konsulat unterhalte.
Auch das geltende deutsch-südafrikanische Kulturabkommen erstrecke sich ausdrücklich auch auf Namibia. Schließlich noch verwies MacBride auf eine von der UNO erstellte Liste ausländischer Unternehmungen in Namibia, in der deutsche Firmen wie die Metallgesellschaft AG, die Urangesellschaft, Tiefbohr AG sowie die Commerzbank, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank an vorderen Stellen rangieren.

16.10.74 (SZ)
Nachdem auch die seit Monaten von Polizei und Armee betriebene Säuberungswelle (Festnahme von Hunderten von Personen, Vollzug öffentlicher Prügelstrafen u.ä.) dem Vorster-Regime in Namibia bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg in der Unterdrückung des afrikanischen Widerstandes verhelfen mochte, bereitet die südafrikanische Regierung jetzt eine neue Verfassungsinitiative zur "Lösung" des Namibia-Problems vor: Danach plant die Vorster-Regierung nach dem Muster der bereits in Südafrika selbst erprobten territorialen Apartheid-Politik (Bantustans-Politik) Namibia in sieben, formal-politisch von Afrikanern regierte Bantustans und einem von der weißen Minderheit in Namibia regierten Gebiet aufzuteilen. Das dabei für die weiße Minderheit - sie stellt mit rund 100 000 Menschen 12 % der Gesamtbevölkerung Namibias - ins Auge gefaßte Territorium umschließt 2/3 der Gesamtfläche Namibias, wobei diesem Territorium die Diamantenfundstätten der Westküste, die Zinkminen bei Tsumeb, die reichen Fischgründe vor der Walfisch-Bai und die riesigen Steppengebiete südlich von Windhuk (eines der besten Karakul-Schafzuchtgebiete der Welt) zugehören soll (FR vom 7.10.74). Das den ca. 600 000 Afrikanern angebotene Gebiet ist ohne herausragenden wirtschaftlichen Nutzwert.

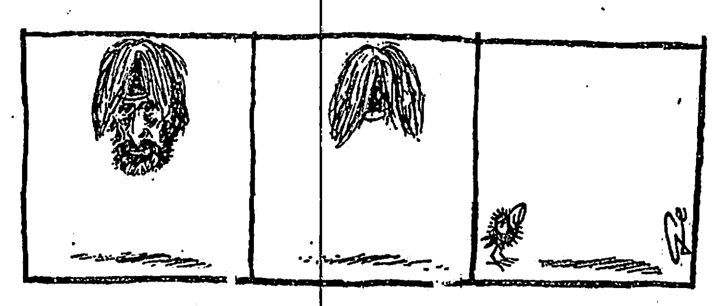
Während dem genannten Plan nach von den Weißen Namibias erwartet wird, daß sie sich für eine Föderation mit Südafrika entscheiden, soll es den von dem afrikanischen Bevölkerungsteil zu bildenden Bantustans freigestellt sein, untereinander eine Föderation zu bilden. Den Afrikanern des Ovambo-Stammes soll "sogar" die Möglichkeit offenstehen, wieder zu einer Stammeseinheit mit den Ovambo-Volksteilen in Angola zurückzufinden, indem sie sich für einen staatlichen Anschluß an Angola entscheiden. Dieses "Entgegenkommen" der Vorster-Regierung erklärt sich aus der Tatsache, daß die südafrikanische Repression in Namibia vor allen Dingen an dem Widerstand der Befreiungsbewegung SWAPO scheitert. Die SWAPO rekrutiert sich personell primär aus dem Ovambo-Stamm (sie begreift sich allerdings als eine Befreiungsbewegung für die schwarze Bevölkerung Ganz-Namibias).
Die SWAPO hat inzwischen den Vorster-Plan zur "Lösung" der Namibia-Frage als indiskutabel zurückgewiesen. (FR vom 18.10.74)

Mit Panzern rücken Armee-Einheiten in eine Kaserne in Addis Abeba ein und nehmen 300 oppositionelle Soldaten fest. 5 Soldaten werden dabei getötet. (NZZ 8. und 9.10.74)
Auch in anderen Einheiten außerhalb der Hauptstadt weigern sich Truppenteile, die gegenwärtige Militärregierung zu unterstützen. (NZZ 9.10.74)

Über das weitere Vorgehen gegen den verhafteten Kaiser Haile Selassie herrscht noch keine Klarheit. In der äthiopischen Presse werden zwar laufend Anschuldigungen gegen ihn laut, bislang ist er aber nicht wie andere Regierungsmitglieder wegen Korruption vor Gericht gestellt worden.

Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtert sich weiter: Fast eine Million Menschen ist weiterhin akut vom Hungertode bedroht. (FR 21.10.74)

Auch über die Nachfolge Haile Selassies herrscht noch keine Klarheit. General Andom (Vorsitzender des Koordinationskomitees) äußert dazu, der zum konstitutionellen Monarchen designierte Prinz Asfa Wossen (Asfa Wossen hatte sich überraschend für die Übernahme dieses Amtes prinzipiell bereit erklärt) sei nur temporär für das Amt benannt. (NZZ 28.10.74)
Ob anstelle einer konstitutionellen Monarchie die Republik ausgerufen werden solle, hätte das Volk zu entscheiden, so Andom in einer früheren Äußerung. (NZZ 23.9.74)



Demontage

Die Erithreische Befreiungsfront ELF erklärt in Beirut ihre Bereitschaft, mit den Militärs in Addis Abeba über die Unabhängigkeit Erithreas, das seit dem Zweiten Weltkrieg zu Äthiopien gehört, Verhandlungen zu führen. Falls dies abgelehnt werde und es nicht in den nächsten sechs Monaten zu einer endgültigen Regelung komme, werde der Kampf verstärkt und Äthiopien völlig vom roten Meer abgeschnitten. (NZZ 28.9.74)
Inzwischen mobilisiert die äthiopische Armee gegen die ELF. Die Luftwaffe flog mehrere Einsätze gegen Stützpunkte der ELF im Gebiet von Asmara. Drei Armeebataillone wurden in dieses Gebiet verlegt. (NZZ/FR 17.10.74)

Ghana

21.10.74 (Newsweek)
Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Aluminium will die "Kaiser Aluminium of Oakland", California, die Produktion ihrer Anlagen in Tema, Ghana, steigern. Geplant ist eine Investition von 60 Mill. Dollar, um die Produktion von 170 000 auf 220 000 Tonnen Aluminium zu erhöhen.
Ein japanisches Firmenkonsortium will für 450 Mill. Dollar eine zweite Schmelzanlage für Aluminium in Tema errichten.

Guinea-Bissau

11.10.74 (NZZ)
Die neue Regierung Guinea-Bissaus beabsichtigt in naher Zukunft nicht, die etwa 700 im Lande tätigen Privatunternehmen zu verstaatlichen. Zugleich zeigt sich die Regierung angesichts wachsender Versorgungsschwierigkeiten interessiert an einer Rückkehr portugiesischer Händler, die in großer Zahl nach dem 25. April nach Portugal zurückgegangen sind.

Kenya

30.9./16.10.74 (NZZ); 17.10.74 (FR)
Bei den Parlamentswahlen in Kenya verloren vier Minister und neun stellvertretende Minister ihren Parlamentssitz. Drei von ihnen sind in die sog. Rubinenaffäre (vgl. NZZ vom 2.10.74 und Newsweek 21.10.74), bei der die Minister auf obskure Art Teilhaber an einer von zwei amerikanischen Geologen entdeckten Rubinenmine geworden waren, verwickelt.

Die 737 Kandidaten, die sich um die 158 Abgeordnetensitze im Parlament bewarben, gehören alle der Regierungspartei KANU (Kenya African National Union) an. Alle anderen Parteien sind in den vergangenen Jahren verboten worden.

In den Wahlkreisen des Präsidenten, des Vize-Präsidenten und drei weiterer Minister kandidierten diese ohne Gegenkandidat. Die Kandidatur von 14 ehemaligen Mitgliedern der verbotenen KPU (links-oppositionell), die im Laufe der letzten Jahre Mitglieder der KANU geworden waren (unter ihnen der zeitweilig inhaftierte Führer der KPU, Odinga), war im August von Staatspräsident Kenyatta als unzulässig erklärt worden. Kenyatta vermochte auf diese Weise allerdings nicht zu verhindern, daß eine Reihe von Kandidaten, die im Wahlkampf offene Sympathie mit den ehemaligen KPU-Politikern gezeigt hatten, hohe Wahlerfolge verbuchen konnten.

Liberia

28.10.74 (Newsweek)
Die Ausbeutung der reichhaltigen Eisenvorkommen in der liberianischen Provinz Wologisi werden in der Hand eines amerikanisch-japanischen Firmenkonsortiums (AMAX Inc., New York; Kawasaki Steel und vier weitere japanische Firmen) liegen. Die Produktion soll 1980 aufgenommen werden; Produktionsleistung: 10 Mill. t pro Jahr.

Mauritanien

1.10.74 (Le Monde)
Die VR China will sich in Mauritanien an dem Ausbau des Hafens von Nouakchott zu einem Tiefseehafen beteiligen (nähere Angaben dazu liegen aus der Presse nicht vor).

Mozambique

24.9.74 (NZZ)
Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Chissano zum Antritt der von ihm geführten Übergangsregierung (gebildet aus Mitgliedern der FRELIMO und Vertretern der portugiesischen Regierung / vgl. die "blätter", Nr.38, S. 20) und eine Pressekonferenz von FRELIMO-Präsident Machel in Dar es Salaam machen deutlich, daß die FRELIMO gegenwärtig kein Interesse daran hat, es zu einer offenen Konfrontation zwischen Mozambique und der Südafrikanischen Republik kommen zu lassen: "Wir beabsichtigen nicht", so erklärt Chissano, "die südafrikanische Regierung zu provozieren. Wir wollen keinen neuen Krieg beginnen, denn das ist nicht der Weg, unsere Erfolge zu verteidigen." Die zukünftige Haltung Mozambiques zur rhodesischen Regierung ist bislang noch ungeklärt.
Aus Rhodesien sind in Lourenco Marques Hilfsgüter im Wert von umgerechnet 26 000 DM eingetroffen. Diese erste von mehreren geplanten Hilfssendungen soll nach Angaben des rhodesischen Generalkonsuls in Mozambique die zur Zeit in Mozambique existierenden Versorgungsschwierigkeiten beheben helfen. Die rhodesische Regierung möchte damit zugleich ihren "guten Willen" gegenüber der neuen Regierung in Mozambique zum Ausdruck bringen.

26.9.74 (NZZ)
Nach einem Aufruf Ministerpräsident Chissanos zum 10. Jahrestag des Befreiungskampfes in Mozambique ist in Verwaltung und Industrie überall wieder die Arbeit aufgenommen worden. In den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens und der Industrie sei damit wieder, so heißt es in der NZZ, eine Normalisierung eingetreten.

28.9.74 (Star Weekly / SAR)
Nach Aussagen von Pereira Leite (ehemals Führer einer Solidaritätsbewegung für die FRELIMO) kann davon ausgegangen werden, daß die neue Regierung von Mozambique die Südafrikanische Union als Hauptabnehmer des voraussichtlich von Juni 1975 ab produzierten Cabora Bassa-Stromes akzeptieren werde. Zudem sei auch nicht damit zu rechnen, daß die FRELIMO es den zahlreichen mozambiquanischen Wanderarbeitern zukünftig verbieten werde, in Südafrika zu arbeiten. Unterbunden werde vermutlich nur die Neuanwerbung von Wanderarbeitern in Mozambique.

5.10.74 (FR)
Der Bau am Cabora Bassa-Staudamm ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß mit der Einfüllung des ersten Wassers in das Staubecken begonnen werden konnte. Die volle Inbetriebnahme der 5 Generatoren ist für Juni nächsten Jahres vorgesehen.

Portugal will schon vom kommenden Jahr ab nur noch in Symbol-Stärke Truppeneinheiten in Mozambique unterhalten.

Steht Mozambique vor einem neuen Putsch? – Tausende von Weißen fliehen nach Südafrika – Im Busch sammelt sich eine Söldner-Armee zum Putsch. An der Spitze: Daniel Roxo

Der Mann wirkt eher klein, seine hellen Augen sind durchdringend, ein struppiger Bart verbirgt das energische Kinn, die Oberlippe. Von der Hüfte des Portugiesen baumelt in einem selbstgenähten Halfter eine deutsche Walther-Pistole: Daniel Roxo (42), der zehn Jahre lang Guerillas in Mozambique jagte, will den kommunistisch gesteuerten Frelimos in Lourenco Marques die Macht wieder abnehmen, die sie von der neuen Regierung Portugals bekommen haben.

Roxos erster Putschversuch scheiterte Anfang September, als er und seine Leute nach stundenlanger Besetzung das Rundfunkgebäude wieder freigeben mußten.

Seitdem hält sich der Mann, den die Rebellen als „diablo blanco“ (weißen Teufel) fürchten, irgendwo in Südafrika auf. Unter den Flüchtlingen aus Mozambique — seinen Landsleuten — sucht er Freiwillige. Und er schmiedet gemeinsam Pläne mit dem legendären Führer der einstigen Kongo-Söldner, Oberst Michael Hoare (53).

„Mad Mike“ (der verrückte Michael), wie der Oberst genannt wird, wirbt in einem Hotel in Johannesburg ebenfalls Männer an — fast alles nahkampferfahrene Söldner. Sein Angebot: 4000 Mark pro Monat, das Doppelte bei Verwundung. Und zwei Jahre lang monatlich 8000 Mark für die Hinterbliebenen — wenn der Mann im Kampfe fällt.

Einer der Geldgeber für die Geheimarmee soll der Millionär Jorge Jardim (52) sein, ein weißer Geschäftsmann aus Mozambique. Er hat schon früher mit einer eigenen Privatarmee Frelimos bekämpft.

Wie geht es weiter in Mozambique? Roxo glaubt, daß die Hälfte aller Mozambiquaner — ob Schwarz oder Weiß — zu ihm hält. Rund 25000 Bewaffnete seien bereit, für ihn zu kämpfen.

Der ehemalige Großwildjäger hat früher im Dienste Portugals rund 1000 Guerillas getötet und gefangengenommen. Seine Leute marschieren lautlos, schießen nur gezielt und verständigen sich, indem sie Vogelstimmen nachahmen.

Es gibt viele Legenden über den „weißen Teufel“ im Busch: „Er kann Feinde bei günstigem Wind auf 600 Meter Entfernung riechen“, raunen sich die Eingeborenen zu, „Zigarettenrauch sogar auf zwei Kilometer. Er kann mit dem Gewehr auf 100 Meter einen Mann treffen — auch wenn er aus der Hüfte schießt. Roxo hat mit bloßen Händen einen verwundeten Leoparden getötet und einer Gazelle im Sprung das Genick gebrochen.“

Bild am Sonntag, 3.11.74

23.10.74 (FR)
In Lourenco Marques richten meuternde portugiesische Soldaten (als Hintermänner werden im Untergrund aktive Pide-Leute vermutet) unter FRELIMO-Anhängern ein Blutbad an. Die sich nachfolgend über ganz Lourenco Marques ausbreitenden Rassenunruhen fordern weitere zahlreiche Menschenopfer (insgesamt werden 48 Tote und über 300 Verletzte gezählt).

23./25.10.74 (FR)
Der schweizer Fluchthilfe-Unternehmer

Lenzlinger (Lenzlinger ist Boß einer gewerblich betriebenen Fluchthelfer-Organisation für Osteuropa-Flüchtlinge) scheint nun auch geschäftliches Interesse in Richtung auf eine Rekrutierung von weißen Söldnern für Mozambique und Angola zu entwickeln. Die Meldung, Lenzlinger plane bereits in Schweden, der BRD und Österreich im Auftrage portugiesischer Geschäftsleute insgesamt 1000 Fremdenlegionäre zu rekrutieren, wurde zwar von Lenzlinger dementiert. Lenzlinger räumte jedoch ein, Leute zu kennen, die an einer solchen Aktion interessiert seien. Er habe auf diesbezügliche Anfragen nicht ablehnend reagiert und wolle sich seine Teilnahme an derartigen Aktionen überlegen.

Nigeria

2.10./3.10.74 (NZZ/FR)
Staatspräsident General Gowon hat sein Versprechen, die Militärherrschaft in Nigeria bis 1976 zu beenden, zurückgenommen. Die Machtübergabe an Zivilpolitiker, so die Begründung Gowons, würde Nigeria (mit 60 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichstes Land Afrikas) erneut ins Chaos stürzen.

12./13.10.74 (NZZ)
Staatschef Gowon stellte Anfang Oktober den dritten Fünfjahresplan, der im April 1975 in Kraft treten soll, vor. Der Plan sieht Investitionen von rund 75 Milliarden Mark vor, die fast ausschließlich aus den Einnahmen aus dem Rohölexport finanziert werden sollen. Schwerpunkt des neuen Fünfjahresplans werden der Landwirtschaftssektor mit gut 7 % der Investitionen und die Industrie (30 %) sein.

29.10.74 (Blick durch die Wirtschaft)
Im Mai 1975 soll die von Nigeria und Togo angestrebte westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet werden. Im Dezember 1973 hatten 15 afrikanische Staaten in Lome über diesen Vorschlag beraten. Im Januar 1975 soll eine Ministerratssitzung in Monrovia (Liberia) den Gründungsvertrag der Gemeinschaft vorbereiten.

Rhodesien

19.10.74 (Daily News / Tanz.)
Die rhodesische Regierung plane, so ein Sprecher der Regierung, möglichst bald mit der neuen Regierung Mozambiques in Verhandlungen über eine Weiterbenutzung der mozambiquanischen Schienenwege einzutreten. (vgl. dazu die "blätter", Nr. 38, S. 22 f)

4.10.74 (KAEF-Pressemeldung)
Der rhodesische Bischof Donald Lamont (Diözese Umtali) hat dem "Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden " (KAEF) eine Anzahl von Dokumenten übergeben, aus denen u.a. ersichtlich wird, daß in rhodesischen Gefängnissen gegen politische Häftlinge brutale Foltermethoden Anwendung finden.

Lamont kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die Presse in europäischen Ländern die Apartheid-Politik der Regierung Smith und die von der Sicherheitspolizei gegenüber Afrikanern verübten Verbrechen aus ihrer Berichterstattung weithin ausklammere. Nur eine mobilisierte Weltöffentlichkeit könne, so Bischof Lamont, verhindern, daß in Rhodesien eine ähnliche Entwicklung wie in Mozambique eintrete.

8.10.74 (NZZ)
Die britische Regierung zeigt sich an einem Vorschlag der tanzanischen und sambischen Regierung interessiert, eine Verfassungskonferenz zur Ausarbeitung eines Planes für eine Mehrheitsregierung in Rhodesien einzuberufen. Aus britischen Regierungskreisen heißt es dazu weiter, die englische Regierung sei nach dem Scheitern der Gespräche zwischen der Regierung Smith und dem African National Council (ANC) (vgl. die "blätter", Nr. 36/37, S. 6) nicht mehr länger der Meinung, daß ein neuer Schlichtungsversuch in Rhodesien direkt zwischen Smith und den Vertretern des afrikanischen Bevölkerungsteils ausgehandelt werden müsse (dies war seit der fehlgeschlagenen Mission Lord Pearces in Rhodesien die Doktrin der Heath-Regierung).

Der ehemalige Präsident des rhodesischen Industrieverbandes, Harris, hält es angesichts der wirtschaftlichen Lage Rhodesiens für unbedingt notwendig ("dringlicher als jemals zuvor"), daß die Regierung Smith zu einem Kompromiß mit den Afrikanern des Landes gelangt. Als einen Grund dafür nennt Harris u.a. die von der Regierung kürzlich rückwirkend für das Jahr 1973 und 1974 verordnete sog. Kriegssteuer (10 %ige Sondersteuer auf alle Einkommen), mit der die Regierung die steigenden Kosten decken will, die ihr aus dem Krieg gegen die afrikanischen Widerstandsbewegungen erwachsen.

29.10.74 (NZZ)
Die Regierung Vorster in Südafrika soll die rhodesische Regierung gemahnt haben, in ihrem Lande zu einem Ausgleich mit der afrikanischen Bevölkerung zu kommen.

Spanisch Sahara

5.9.74 (FAZ)
Nachdem sich Spanien mit einem Referendum unter UN-Aufsicht grundsätzlich einverstanden erklärt hatte - jedoch ohne ein genaues Datum zu nennen -, wurde Mitte August bekannt, daß die spanische Regierung zu Beginn des nächsten Jahres nun selbst eine Volksabstimmung durchführen will.

Die Anliegerstaaten Marokko, Algerien, Mauretanien fordern eine Volksabstimmung erst nach Abzug der spanischen Truppen ("ein Soldat pro Einwohner").

Zusätzlich zu den Phosphatvorkommen,

an deren Abbau auch KRUPP beteiligt ist (die Jahresproduktion von 2,5 Mill. Tonnen Phosphat will die spanische Regierung bis 1980 auf 10 Mill. Tonnen steigern), werden im südlichen Teil der spanischen Sahara auch Erdölvorkommen vermutet. (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Heft 38)

Südafrikanische Republik / Namibia

23.9.74
Nach Angaben der südafrikanischen Regierung soll der Handel Südafrikas mit den schwarzafrikanischen Staaten im vergangenen Jahr auf der Exportseite um 25 % und auf der Importseite um 16,8 % angestiegen sein. Zudem seien seitens der SAR-Regierung in den vergangenen 12 Monaten Gespräche und Verhandlungen mit insgesamt 24 afrikanischen Ministern geführt worden. In der südafrikanischen Presse werden in diesem Zusammenhang neben den Nachbarländern Lesotho, Swaziland, Malawi, Botswana und Sambia die Länder Kenya, Gabon, die Elfenbeinküste und Nigeria genannt.

27.9.74 (NZZ)
Polizei-Einheiten lösen mit Gewalt in Durban und in Pietersburg eine nicht genehmigte Sympathiekundgebung für die mozambiquanische Befreiungsbewegung FRELIMO auf. Zu dieser Kundgebung hatten die Südafrikanische Studentenvereinigung SASO und die Black People's Convention aufgerufen.

2.10.74 (FR)
Die UNO-Vollversammlung weist mit 98 zu 23 Stimmen (Enthaltungen: 14) die Akkreditierung der Südafrika-Delegation bei den Vereinten Nationen zurück. Die UNO-Vertretung der BRD stimmte für die Akkreditierung. Da die Entgegennahme von Beglaubigungsschreiben durch die Vollversammlung nur eine Formsache darstellt, bleibt der genannte Beschluß ohne rechtliche Konsequenzen.

10.10.74 (FR)
Die rund 30 000 deutschstämmigen Weißen in Namibia (Südwestafrika) stellen nach Meinung des diesjährigen Friedensnobelpreisträgers Sean MacBride (MacBride ist seit 1973 UN-Kommissar für Namibia) die "schlimmsten Rassisten in der ganzen Welt" dar. "Die Deutschen in Namibia", so MacBride auf einer Pressekonferenz, "feiern noch heute Hitlers Geburtstag, sie schwingen noch Hakenkreuzfahnen und haben in Windhuk noch eine Göringallee." Im Augenblick ständen diese Deutschen noch rechts von der südafrikanischen Regierung.
Im gleichen Zusammenhang erinnerte MacBride die Regierung in Bonn daran, daß die BRD heute das einzige Land in der Welt sei, das unter Mißachtung entsprechender UNO-Beschlüsse in Namibia noch ein Konsulat unterhalte.
Auch das geltende deutsch-südafrikanische Kulturabkommen erstrecke sich ausdrücklich auch auf Namibia. Schließlich noch verwies MacBride auf eine von der UNO erstellte Liste ausländischer Unternehmungen in Namibia, in der deutsche Firmen wie die Metallgesellschaft AG, die Urangesellschaft, Tiefbohr AG sowie die Commerzbank, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank an vorderen Stellen rangieren.

16.10.74 (SZ)
Nachdem auch die seit Monaten von Polizei und Armee betriebene Säuberungswelle (Festnahme von Hunderten von Personen, Vollzug öffentlicher Prügelstrafen u.ä.) dem Vorster-Regime in Namibia bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg in der Unterdrückung des afrikanischen Widerstandes verhelfen mochte, bereitet die südafrikanische Regierung jetzt eine neue Verfassungsinitiative zur "Lösung" des Namibia-Problems vor: Danach plant die Vorster-Regierung nach dem Muster der bereits in Südafrika selbst erprobten territorialen Apartheid-Politik (Bantustans-Politik) Namibia in sieben, formal-politisch von Afrikanern regierte Bantustans und einem von der weißen Minderheit in Namibia regierten Gebiet aufzuteilen. Das dabei für die weiße Minderheit - sie stellt mit rund 100 000 Menschen 12 % der Gesamtbevölkerung Namibias - ins Auge gefaßte Territorium umschließt 2/3 der Gesamtfläche Namibias, wobei diesem Territorium die Diamantenfundstätten der Westküste, die Zinkminen bei Tsumeb, die reichen Fischgründe vor der Walfisch-Bai und die riesigen Steppengebiete südlich von Windhuk (eines der besten Karakul-Schafzuchtgebiete der Welt) zugehören soll (FR vom 7.10.74). Das den ca. 600 000 Afrikanern angebotene Gebiet ist ohne herausragenden wirtschaftlichen Nutzwert.

Während dem genannten Plan nach von den Weißen Namibias erwartet wird, daß sie sich für eine Föderation mit Südafrika entscheiden, soll es den von dem afrikanischen Bevölkerungsteil zu bildenden Bantustans freigestellt sein, untereinander eine Föderation zu bilden. Den Afrikanern des Ovambo-Stammes soll "sogar" die Möglichkeit offenstehen, wieder zu einer Stammeseinheit mit den Ovambo-Volksteilen in Angola zurückzufinden, indem sie sich für einen staatlichen Anschluß an Angola entscheiden. Dieses "Entgegenkommen" der Vorster-Regierung erklärt sich aus der Tatsache, daß die südafrikanische Repression in Namibia vor allen Dingen an dem Widerstand der Befreiungsbewegung SWAPO scheitert. Die SWAPO rekrutiert sich personell primär aus dem Ovambo-Stamm (sie begreift sich allerdings als eine Befreiungsbewegung für die schwarze Bevölkerung Ganz-Namibias).
Die SWAPO hat inzwischen den Vorster-Plan zur "Lösung" der Namibia-Frage als indiskutabel zurückgewiesen. (FR vom 18.10.74)

16.10.74 (SZ)
Die systemfreundliche Politik der USA gegenüber Südafrika konnte von der amerikanischen Zeitung Washington Post nun auch mit konkreten Kissinger-Äußerungen belegt werden. In einem Memorandum (Nr. 39) des Nationalen Sicherheitsrates der USA plädiert Kissinger (zu der Zeit noch Präsidentenberater) für eine Politik des "differenzierten Nachgebens" gegenüber der Vorster-Regierung. Auf diese Weise, so Kissinger, könne man die südafrikanische Regierung dazu "ermutigen", ihre Rassen- und Kolonialpolitik zu ändern.

19.10.74 (SZ)
Südafrikas Goldminen erwarten für das laufende Jahr Mehr-Einnahmen von insgesamt über 2 Mrd. DM. Beträchtlich gestiegene Gewinne sind in diesem Jahr auch in den übrigen Sektoren der südafrikanischen Rohstoffproduktion zu erwarten. Diese Konjunktur auf den Märkten hochwertiger Bodenschätze wird sich für Südafrika am Ende des Jahres in einer Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes von voraussichtlich 6,5 % niederschlagen.

Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung (19.10.74) lagern auf dem Territorium Südafrikas und Namibias neben Gold noch 70 % aller bisher gesichteten Weltvorräte an Platin, 75 % des Chroms, 30 % des Urans und 75 % aller in der Welt prospektierten Diamantenvorkommen.

Aus der BRD sind bisher (gleichfalls SZ vom 19.10.) etwa 3 Mrd. DM an privaten Direktinvestitionen nach Südafrika geflossen.

25.10./28.9.74 (NZZ)
Trotz der im gleichen Zeitraum enorm gestiegenen Gewinne der Goldminen-Unternehmen in Südafrika sind nach Angaben des Südafrikanischen Instituts für Rassenbeziehungen in Johannesburg die Löhne der Minen-Arbeiter in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben - dies mit dem Ergebnis, daß das gegenwärtige Lohnniveau in diesem Wirtschaftssektor nicht wesentlich über dem der zwanziger Jahre läge. Gezahlt werden in den Goldminen zur Zeit Löhne zwischen umgerechnet 5 und 12 DM pro Schicht (120 und 300 Cents). Das entspricht einem Stundenlohn (bei schwerster körperlicher Arbeit!) von ca. 50 Pf. bis 1,20 DM.
Dieser Ausbeutungsdruck in den südafrikanischen Goldminen hat in den vergangenen 12 Monaten allerdings zu einiger Unruhe unter den Minenarbeitern geführt. Beinahe täglich ist es zu lokalen Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen der Arbeiter gekommen. In fast allen diesen Fällen reagierte die Regierung mit z.T. brutalen Polizei-Einsätzen, bei denen wiederholt auch Arbeiter erschossen worden sind (die NZZ vom 25.10. nennt hier die Zahl 60, wobei in diese Zahl auch jene Personen einbegriffen sein sollen, die bei internen Konflikten der Grubenbelegschaften ums Leben gekommen seien).

Nachdem Polizei-Einsätze und drakonische Strafandrohungen sich offenbar als ungeeignet erwiesen hatten, den Arbeits-"Frieden" in den Goldminen wieder herzustellen, haben sich jetzt die Bergwerkskonzerne zu einer Lohnkonzession entschlossen: Der Mindestlohnsatz wurde von 120 auf 160 Cents angehoben (umgerechnet auf den Stundenlohn: von 50 und 65 Pf).

Südafrika
ein interessanter Handelspartner.

Das führende und wirtschaftlich fortschrittlichste Land des afrikanischen Kontinents verfügt über nahezu unerschöpfliche Bodenschätze; seine modernen Industrien produzieren eine grosse Vielfalt hochentwickelter Qualitätsprodukte; seine Nahrungsmittel und Früchte erzielen Spitzenumsätze auf den Weltmärkten.
Der Anteil von ausländischen Industrie-Anlegern beträgt heute mehr als 7000 Mio. Rand. Profitieren auch Sie von den interessanten Investitionsmöglichkeiten in Südafrika.

PROFITIEREN AUCH SIE VON DEN INTERESSANTEN INVESTITIONSMÖGLICHKEITEN IN SÜDAFRIKA.

Genaue Auskunft gibt Ihnen
der Handelssekretär
Südafrikanische Botschaft
Jungfraustrasse 1
3005 Bern
Tel. 031/44 20 11

NZZ, 9.1o.74

26.10.74 (SZ)
Der anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Bill Burnett, fordert einen "radikalen Wandel" in der Gesellschaft Südafrikas. Es gehe darum, so Burnett, Bürgerrechte, Macht und wirtschaftliche Möglichkeiten mit allen zu teilen. Burnett begrüßt die im afrikanischen Bevölkerungsteil Südafrikas beobachtbare politische Bewußtseinsbildung. Darin würde deutlich, daß jene, die seit langem unterwürfig und demoralisiert gewesen seien, sich nicht mehr davor fürchteten, sie selbst zu sein.

26.10.74 (FR)
Kenia, unterstützt von den Ländern Kamerun und Mauritius, hat beim Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf eingebracht, in dem der Ausschluß Südafrikas aus der UNO gefordert wird. Veranlassung dafür sehen die Antragsländer in der Apartheid-Politik und in der fortge-

setzten Weigerung der Vorster-Regierung, sich aus Südwestafrika (Namibia) zurückzuziehen. Südafrika mißachtet seit 1966 einen Entscheid des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, in dem der südafrikanischen Regierung die weitere Verwaltung Südwestafrikas offiziell untersagt worden ist. Dieser Urteilsspruch geht auf eine Initiative der UNO zurück, die sich von Anbeginn ihrer Gründung an nicht bereit zeigte, das der Südafrikanischen Republik vom Völkerbund 1920 übertragene Mandat für das ehemalige Deutsch-Südwestafrika weiter zu verlängern.

30.10.74 (FR)
Der UNO-Botschafter der BRD, von Wechmar, erklärt vor einem Ausschuß der UN-Vollversammlung, die BRD habe alle Lieferungen von Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenständen nach Südafrika eingestellt. Wer etwas anderes behaupte, so Wechmar wörtlich, verbreite absichtlich oder unabsichtlich eine Lüge (zur Bewertung der Wechmar-Äußerung vgl. die in diesem Heft wiedergegebene Presse-Erklärung des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique; siehe weiter: "blätter", Nr. 35, S. 45).

Vor dem gleichen Ausschuß verteidigt Wechmar zudem die florierenden Handelsbeziehungen der BRD mit Südafrika: In Südafrika wie in jedem anderen Land, so Wechmars Wirtschaftsphilosophie, profitiere gerade der Teil der Bevölkerung, der einer Diskriminierung ausgesetzt sei, am meisten von einer durch Handel erzielten Verbesserung des Lebensstandards.

Tansania

3.10.74 (NZZ)
Der Großteil der restlichen europäischen Großplantagen in Tansania soll jetzt vom Staat übernommen werden. Geplant ist die Verstaatlichung von 61 Farmen, darunter 17 europäische Besitzungen zumeist englischer Siedler. Großbritannien wird der Tansanischen Regierung zu sog. "Kompensationszahlungen" an die Siedler einen Kredit von drei Millionen Pfund Sterling gewähren. (So war man bereits bei der Ende vergangenen Jahres vorgenommenen Verstaatlichung von 50 Großplantagen verfahren.)

ARABISCHE LÄNDER, VORDERASIEN

Ägypten

18.10./29.10.74 (SZ / FR / NZZ)
Ägypten hat von der UdSSR die Zusage über die Lieferung eines 460 Megawatt-Kernkraftwerkes erhalten. Zuvor hatte Ägypten bereits mit den USA über die Lieferung von Kernreaktoren verhandelt. Die Verhandlungen sind inzwischen jedoch aufgrund der amerikanischen Forderung nach einer vollständigen Kontrolle über die zu liefernden Kernreaktoren ins Stocken geraten.

Algerien

7.10.74 (FR)
Die algerische Regierung hat jetzt die dritte Etappe ihrer im November 1971 begonnenen Agrarrevolution eingeleitet. Während in den ersten beiden Etappen durchgreifende Strukturveränderungen in der algerischen Landwirtschaft auf die Region zwischen Steppe und Atlasgebirge beschränkt blieben, soll die Agrarrevolution nun auch in den Sahara-Vorgürtel (Trockensteppe bis Halbwüste) vorstoßen, wo zur Zeit etwa 170 000 Nomadenfamilien ansässig sind (Existenzgrundlage zumeist Schafherden). Hier trifft man heute noch auf extreme Klassenunterschiede (reiche Herdenbesitzer gegenüber einer Masse von besitzlosen Hirten).

Irak

8.10. - 23.10.74 (SZ / FR / NZZ)
Auf Initiative der irakischen Zentralregierung in Bagdad findet in Arbil, 90 km östlich des Erdölzentrums Mossul, die erste Sitzung des sog. Kurdischen Gesetzgebenden Rates statt. Der 80 Mitglieder umfassende Rat soll nach Willen der irakischen Regierung sich zukünftig als ein halbautonomes Regional-Parlament für die von den Kurden bewohnten Gebiete im Nordirak verstehen. Die Regierung in Bagdad gibt vor, darin die den Kurden legitimerweise zustehenden Rechte auf eine politische Teilautonomie erfüllt zu haben (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Heft 36/37 und 38). Die Kurden selbst scheinen dies anders zu beurteilen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen bekennt sich weiterhin zu Mustafa Barsani, der eine Mitarbeit an dem Kurden-Rat abgelehnt hat und den Kampf gegen die Regierung in Bagdas bis zur völligen Unabhängigkeit des kurdischen Volkes fortführen will.

Auch aus der Türkei wird jetzt ein breiter Zustrom kurdischer Flüchtlinge gemeldet (Auffangland war bisher hauptsächlich der Iran). Beobachter vermuten, daß die im Irak kämpfenden Kurden neuerdings militärische Unterstützung (Waffen und Leute) von den auf türkischem Gebiet lebenden kurdischen Volksteilen erhalten.

Iran

29.10.74 (SZ / FR)
In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin "Time" propagiert der Schah von Persien die Bildung eines Staatenbundes im Bereich des Indischen Ozeans ("vielleicht unter Einschluß Afrikas"). Vorbild dafür soll das britische Commonwealth sein. "Die Länder des Indischen Ozean müssen", so der Schah, "der UdSSR und der USA zeigen, daß sie dort (im Indischen Ozean)

nicht mehr gebraucht werden". Entsprechend den ehrgeizigen Großmachtplänen des Schahs (vgl. dazu die "blätter", Nr. 36/37, S. 40 ff) soll dem Iran in diesem Staatenbund die politische Schrittmacher-Rolle zufallen.

Oman

8.10.74 (SZ)
Über den Ankauf von Jagdbombern und Raketen bereitet die Regierung des Erdölsultanats Oman eine Verschärfung ihres Krieges gegen die Befreiungsbewegung PFLO (Befreiungsfront für Oman) vor. Mit massiver militärischer Unterstützung seitens der Länder Saudi-Arabien, Jordanien, Iran und Großbritannien läuft zur Zeit bereits eine neue Offensive der Zentralregierung gegen die vorwiegend in der Provinz Dhofar operierende PFLO. Die PFLO erhält militärische Hilfe seitens der VR China und der UdSSR. Die 7000 Soldaten des Regimes in Maskat werden von 300 britischen Offizieren und Unteroffizieren ausgebildet und geführt.

Palästinensische Befreiungsbewegungen

27.9. - 6.10.74 (FR / NZZ)
Die "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) gibt ihren Austritt aus dem Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), dem Dachverband der Palästinensischen Befreiungsorganisationen, bekannt. Die dezidiert sozialistisch orientierte PFLP beschuldigt die PLO, unter Yassir Arafat einen "Kapitalations-Kurs" zu steuern - dies, indem sie Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit jenen arabischen Regierungen zeige, die im Nahost-Konflikt eine Kompromißlösung mit Israel anstreben. Die Sowjetunion hat sich jetzt offen von der PFLP distanziert und sämtliche Kontakte zu ihr abgebrochen.

12.10. - 30.10.74 (SZ / FR / NZZ)
Die USA, so Kissinger auf seiner jüngsten Nahost-Rundreise, machen in Übereinstimmung mit Israel ihre Zustimmung zu einer Wiederaufnahme der Genfer Nahost-Konferenz weiterhin von einem erneuten Ausschluß der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO von dieser Konferenz abhängig (die UdSSR drängt demgegenüber auf eine baldige Wiederaufnahme der Konferenz unter Einschluß "aller Beteiligten" - ausgenommen die PFLP unter Georges Habasch).

Inzwischen hat sich auch die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit (105 gegen 4 Stimmen) entschlossen, die PLO als "die Vertretung des palästinensischen Volkes" zu ihrer bevorstehenden Debatte über den Nahost-Konflikt einzuladen. Dagegen sprachen sich nur Israel, die USA, Bolivien und die Dominikanische Republik aus. Die BRD enthielt sich der Stimme, wohingegen Frankreich, Irland, und Italien für die Resolution stimmten. PLO-Chef Arafat wird vermutlich am 7. November vor der UNO-Vollversammlung sprechen. Arafat bezeichnet die Schaffung eines demokratischen Palästinas, in dem Moslems, Juden und Christen friedlich nebeneinander leben könnten, als das politische Ziel der Arbeit seiner Organisation.

In ihrer gegenwärtigen außenpolitischen Praxis orientiert sich die PLO wesentlich an dem Beispiel der (einstmaligen) Befreiungsbewegung PAIGC in Guinea-Bissau. Die PAIGC hatte schon längere Zeit vor dem Umsturz in Portugal eine Regierung gebildet und sich dann erfolgreich um die Anerkennung der Staaten der UNO bemüht.

Auf der arabischen Gipfelkonferenz in Rabbat ist es inzwischen auch zu einer zumindest formellen Einigung zwischen Arafat und König Hussein von Jordanien gekommen. Hussein hatte zunächst bei

---

Portugiesischer Offizier spricht von Druck aus Bonn

Porto, 14. November 1974 (ddp) - Die Bundesrepublik soll nach Angaben eines Mitglieds der portugiesischen Bewegung der Streitkräfte maßgeblichen Anteil daran gehabt haben, daß den früheren Machthabern Staatschef Americo Thomas und Ministerpräsident Marcello Caetano die Ausreise nach Brasilien erlaubt wurde. Wie die in Porto erscheinende Zeitung "Journal de Noticias" am Donnerstag meldete, erklärte ein Offizier bei einer Aufklärungsversammlung der Streitkräfte in Valbom, den beiden Vertretern des gestürzten diktatorischen Regimes sei seinerzeit kurz nach dem Putsch die Ausreise ins Exil nur auf starken ausländischen Druck hin gestattet worden, der vor allem aus Bonn gekommen sei. Die Bewegung der Streitkräfte habe befürchtet, daß Bonn zu wirtschaftlichen Repressalien greifen werde, die die Chancen des Demokratisierungsprozesses in Portugal von Anfang an beeinträchtigt hätten.
ddp/kr nnnn

---

etwaiger Wiederaufnahme der Nahost-Konferenz das Vertretungsrecht für die auf jordanischem Territorium lebenden Palästinenser (mehr als die Hälfte des ganzen Volkes) gefordert. Auf Druck der übrigen arabischen Staaten nahm Hussein dann wieder Abstand von dieser Forderung.

ASIEN

Bangladesh

10.10./22.10.74 (NZZ)
Nach Schätzungen von Beobachtern werden in Bangladesh vor Einbringung der nächsten Ernte mindestens eine Million Menschen an Unterernährung und den damit einhergehenden Mangelkrankheiten gestorben sein. Auf der Flucht

vor dem Hunger strömen zur Zeit täglich Tausende von Menschen illegal über die Grenze nach Indien.

Indien

3.10.74 (NZZ)
Auf seiner fernöstlichen Reise scheint der Schah von Persien seinem Ziel, der Bildung einer asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft, einige Schritte nähergekommen zu sein: So wollen Indien und der Iran künftig wirtschaftlich enger zusammenarbeiten. Der Iran soll dabei als Kapitalgeber (Öllieferungen, Hilfe für den Aufbau von Stahl-, Zement- und Zuckerindustrien) in Erscheinung treten, während Indien sein technisches know-how auf dem Gebiet der Kernkraft-Entwicklung in den geplanten Wirtschaftsverbund einbringen will. Vereinbart wurde außerdem eine Zusammenarbeit auf maritimem Gebiet.

12.10.74 (NZZ / Le Monde)
Indiens neuer Landwirtschaftsminister äußert bei seiner Amtsübernahme die Absicht, im Agrarbereich keine "Verstaatlichungsexperimente" mehr zu dulden. Mit sozialistischen Parolen, so der Minister, könne man keine knurrenden Mägen füllen.

15.10.74 (NZZ)
Die großangelegte Regierungskampagne gegen die "Parallelwirtschaft der Schmuggler" (Schwarzmarktschieber, Hamsterer) verläuft bislang ohne sichtbaren Erfolg. Einer der indischen "Schmugglerkönige" erklärte dazu in einem Zeitungsinterview, das Florieren der Schwarzmarktwirtschaft in Indien sei wesentlich auch darauf zurückzuführen, daß Regierungsmitglieder "vom untersten bis zum obersten Kader" mit in dieses Geschäft verwikkelt sind. Von Kennern der indischen Verhältnisse wird diese Beschuldigung als zutreffend beurteilt.

17.10.74 (NZZ)
Angesichts der sich in Indien rapide verschlechternden Ernährungssituation appelliert Ministerpräsidentin Indira Gandhi an ihre "wohlhabenden Mitbürger", ihre Nahrungsmittelvorräte "mit den armen Bevölkerungsschichten zu teilen". Die witterungsbedingten Ausfälle der diesjährigen Getreideernte in Indien werden, gemessen an der Ernte des Vorjahres, mit 10 Mill. t geschätzt. (Die eigentlichen Wurzeln der katastrophalen Ernährungssituation in den unterschichtigen Bevölkerungsgruppen Indiens sind selbstverständlich in anderen Gegebenheiten als denen des Klimas zu suchen; zu nennen wäre hier vor allen Dingen die in ihrem Kern immer noch feudale Agrarstruktur, die Korruption in Verwaltung und Regierung und die von Großmachtambitionen beherrschte staatliche Investitionspolitik.)

18.10.74 (The Times)
Die Ernährungslage in Indien hat die Regierung Gandhi inzwischen auch zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme amerikanischer Getreidelieferungen gezwungen. Die Lieferungen waren 1972, einem guten Erntejahr, auf Wunsch der indischen Regierung eingestellt worden. Wie der jüngste Besuch Außenminister Kissingers in Indien zeigt, scheinen die USA die gegenwärtige Notlage Indiens dazu nutzen zu wollen, sich politisch und wirtschaftlich wieder verstärkt in Indien zu engagieren.

Philippinen

21.10.74 (NZZ)
Aus dem Süden der Philippinen werden wieder neue Gefechte zwischen Truppen der Regierung Marcos und Guerilla-Einheiten der moslimischen Sezessionsbewegung gemeldet (vgl. dazu die Chronik der "blätter" Nr. 32/33 und 34).

13.10.74 (NZZ)
27 führende Mitglieder der verbotenen KP haben sich verpflichtet, sich dem Staat gegenüber "gesetzestreu" zu verhalten und die Waffen niederzulegen. In Reaktion darauf deutet die Regierung die Bereitschaft an, das KP-Verbot wieder aufzuheben.

Sri Lanka (Ceylon)

Zwei Jahre nach Beginn der Bodenreform (Begrenzung des privaten Landbesitzes auf 20 ha) ging der Rest an "Überschußland" in staatliche Hände über (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Heft 38). Von der Reform ausgenommen ist jedoch der Plantagenbesitz britischer Unternehmen (30 % der Tee-, 12 % der Gummiplantagen). Aus den Plantagen fließen der Regierung 60 % ihrer Deviseneinnahmen zu. Um einer, wie es heißt, unrentablen Parzellierung vorzubeugen, beabsichtigt die Regierung nicht, den von ihr enteigneten Boden unter besitzlosen Bauern zu verteilen.

Südkorea

11.10.74 (NZZ)
Das Militärgericht in Seoul hat im Rahmen von 203 Urteilsverkündungen (davon 144 gegen Studenten) 8 ehemalige Mitglieder der Revolutionären Volkspartei, denen vorgeworfen wird, Kopf einer regierungsfeindlichen "Verschwörung" gewesen zu sein, zum Tode verurteilt. Gleichzeitig bestätigte das Gericht die bereits früher verhängten Strafen gegen Expräsident Yua Po Sun (5 Jahre Gefängnis) und Bischof Daniel Chi (15 Jahre Gefängnis). Beide Männer werden beschuldigt, Studenten bei einem politischen Umsturzversuch unterstützt zu haben.

Vietnam

17.9.74 (Le Monde)
Nach Ansicht eines Sprechers der Provisorischen Revolutionsregierung von Vietnam verfolgt die USA inzwischen die Absicht, sich der Regierung Thieu zu entledigen. Zu dem Zweck sei der CIA gegenwärtig bemüht, einen Wider-

stand bürgerlicher Gruppen gegen das Thieu-Regime zu organisieren (Katholiken, Buddhisten, Studenten usw.). Ziel der Aktion sei es, den gegenwärtig in Südvietnam aufflammenden Protest der Massen gegen das Thieu-Regime im politischen Interesse der USA zu kanalisieren. Auch in Saigon werden Vermutungen dieser Art laut. (FR)

16.9.74 (FR)
Südvietnamesische Buddhisten haben eine sich "Nationale Versöhnungsmacht" nennende Bewegung ins Leben gerufen. Sie soll für die Verwirklichung der Abmachungen des Pariser Vietnam-Abkommens (nationaler Versöhnungsrat, freie freie und demokratische Wahlen) eintreten.

28.9.74 (NZZ / Newsweek)
Teile der buddhistischen und katholischen Opposition haben sich zu einer "Volksfront gegen den Hunger" zusammengeschlossen. Als Ziel der Bewegung wird der Kampf gegen Korruption und Mißwirtschaft in Verwaltung und Regierung genannt.

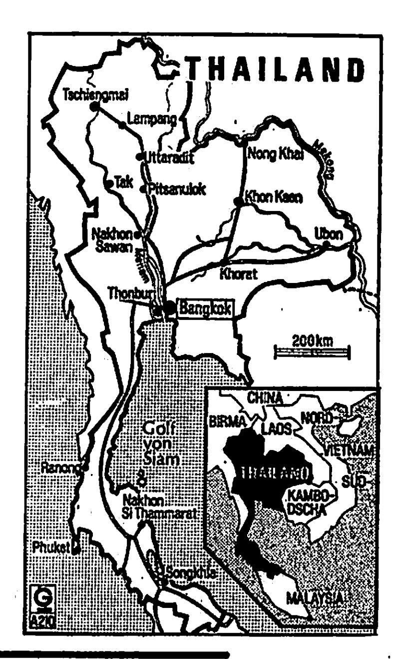
4.10.74 (SZ)
Oppositionelle, nichtkommunistische Politiker fordern den sofortigen Rücktritt Staatspräsident Thieus. Sie sprechen Thieu das Recht und die Fähigkeit ab, den Willen der Mehrheit des nichtkommunistischen vietnamesischen Volkes zu repräsentieren.

10.10.74 (FR / NZZ)
Das US-Verteidigungsministerium hat mit der Wiederaufnahme von Einsätzen der amerikanischen Luft- Seestreitmächte in Vietnam gedroht, falls Nordvietnam im Süden des Landes zu einer militärischen Großoffensive übergehen sollte. Ein erneuter Einsatz von Bodentruppen sei für einen solchen Fall allerdings nicht vorgesehen.

21.10.74 (NZZ)
In Reaktion auf die willkürliche Beschlagnahme von Zeitungen und Verhaftungen von Journalisten hat die Saigoner Presse inzwischen beschlossen, künftig keine von der Regierung stammenden Meldungen mehr abzudrucken. Zudem beabsichtigen die Zeitungen, fürderhin keine Berichterstatter mehr zu den Pressekonferenzen der Regierung zu schicken. Die Verleger und Journalisten der 26 Saigoner Tageszeitungen hatten sich bereits Anfang September in Antwort auf eine Verschärfung des Presse-Gesetzes zu einem "Komitee für Presse- und Publikationsfreiheit" zusammengeschlossen.

Thailand

18.10.74 (FR / SZ / Lemonde / NZZ)
Eine neue Verfassung, die die bisher sehr weitreichenden Vollmachten des Ministerpräsidenten beschneidet und die Rechte des Königs und des Parlaments stärkt, wurde von König Bhumipol unterzeichnet. Eine ihrem Charakter nach bürgerliche Protestbewegung thailändischer Studenten hatte im Oktober 1973 zum Sturz des Militärregimes Thanoms geführt. Danach war eine zivile Übergangsregierung unter Führung des Bangkoker Universitätskanzlers Sanya Darmasakthi gebildet worden (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Heft 38). Die neue Verfassung sieht die Bildung eines Parlaments nach britischem Vorbild vor; die Abgeordneten werden vom Volk gewählt, die Senatoren vom König ernannt.



LATEINAMERIKA

30.9.74 (NZZ)
Die 18 Kaffee-produzierenden Länder der Welt (führend sind hier insbesondere lateinamerikanische Länder) wollen, nachdem sie schon in diesem Jahr 900 000 Tonnen produzierten Kaffees (etwa 20 % der Exportproduktion dieser Länder) vom Weltmarkt ferngehalten haben, im kommenden Jahr weitere eine Mill. Tonnen weniger auf dem Weltmarkt anbieten. Die Länder beabsichtigen, mit dieser Angebotsverknappung den seit Jahren anhaltenden Preiszerfall für Kaffee zu stoppen.

Argentinien

Angesichts der Fortdauer politischer Unruhen in Argentinien haben inzwischen Offiziere der Armee und Politiker aus der Umgebung von Präsidentin Peron mehrfach die Möglichkeit eines Eingreifens der Armee in Aussicht gestellt. (L'Unità 18.9. + 20.9.74 / NZZ 14.10.74) Zur Zeit versucht die Regierung noch, mit einem Ende September erlassenen "Sicherheitsgesetz" der Lage Herr zu werden. Dieses Gesetz droht u.a. streikenden Arbeitern oder Personen, die für schuldig befunden werden, Beziehungen zu illegalen politischen Organisationen zu unter-

halten, drastische Strafen an. Faktisch keine Anwendung freilich findet das genannte Gesetz gegen die Mordkommandos der rechtsextremen "Argentinischen Antikommunistischen Allianz" (AAA). Sie betreiben ihr Mordhandwerk auch weiterhin quasi unbehelligt von den Sicherheitsorganen des Staates. Gute Verbindungen werden der AAA insbesondere zu Lopez Rega, Sozialminister und persönlicher Berater von Präsidentin Peron, aber auch zu höheren Kreisen der Armee und Polizei nachgesagt. (FR 3.10.74 / Le Monde 17.10.74)

Als "äußerst gut" gelten zur Zeit die Beziehungen der argentinischen Regierung zur Junta in Chile. So wurde jetzt General Pinochet mit dem höchsten argentinischen Staatsorden ausgezeichnet. Wachsende Übereinstimmung in der politischen Gesinnung, aber auch ein gemeinsames Interesse daran, den brasilianischen Expansionsdrang auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu stoppen, scheinen die Gründe für diese erneute argentinisch-chilenische Annäherung zu sein. (NZZ 29. 10.74)

17.10.74 (NZZ)
Das Bemühen der argentinischen Regierung, wirtschaftlich mit osteuropäischen Ländern ins Geschäft zu kommen, zeigt Erfolge: So tätigt beispielsweise die Sowjetunion in Argentinien seit geraumer Zeit umfangreiche Fleischaufkäufe (seit Mitte des Jahres 27 000 t). Sie hilft damit der argentinischen Wirtschaft über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die ihr durch den von den EG-Ländern im vergangenen Jahr verhängten Rindfleisch-Einfuhrstopp entstanden waren (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Nr. 38, S. 10).

19.10.74 (SZ)
Bei einer Massenkundgebung kündigt Frau Peron die Umwandlung der Niederlassungen der Firmen Siemens, Standard Electric (USA) und Italo-Argentina (bes. Schweizer Kapital) in gemischte Unternehmen mit mehrheitlich staatlicher Beteiligung an.
Aus Kreisen der Siemens-Tochtergesellschaft (Siemens Argentina) ist dazu im genaueren zu erfahren, die Regierung plane lediglich eine 51 %ige Beteiligung an der Telefonabteilung der Firma. Diese Auskunft legt den Verdacht nahe, daß die Verstaatlichungsankündigung der Präsidentin wiederum nur ein anti-imperialistisches Scheinmanöver darstellt.

Brasilien

27.9.74 (NZZ)
Die Meningitis-Epidemie in Brasilien weitet sich aus - hauptsächlich in den verslumten Vorstadtgebieten der großen Industriestädte (20 000 Krankheitsfälle wurden bis Mitte September registriert). Dies darf angesichts der gesundheitlichen Versorgung und der Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung nicht verwundern: Im ganzen Land gibt es nur 60 000 Ärzte; 1 Arzt auf 1700 Personen; die Hälfte ist davon allein in Rio de Janeiro und Sao Paulo tätig. Fachärzte für Seuchenkrankheiten sind aufgrund der schlechten Verdienstchancen in dieser Sparte kaum vorhanden. Der Anteil der Regierungsausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen ist von 3,65 % im Jahre 1964 auf 0,9 % im Jahre 1973 zurückgegangen. Hinzu kommen die katastrophalen Wohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse der breiten Masse der brasilianischen Bevölkerung: So sind beispielsweise 60 % aller Wohnungen in Sao Paulo nicht an das städtische Abwassersystem angeschlossen; oder: fast 50 % der Bevölkerung in Brasilien gilt heute als unterernährt.

22.10.74 (NZZ)
In der Rangliste der kapitalistischen Länder mit den höchsten Direktinvestitionen liegt Japan jetzt hinter der USA (1.), der BRD (2.), Kanada (3.), der Schweiz (4.), Großbritannien (5.) an 6. Stelle. Die japanischen Privatinvestitionen konzentrieren sich auf nur 2 Sektoren: Eisen- und Stahlindustrie (Anteil an der Gesamtheit aller ausländischen Privat-Investitionen: 43 %) und Schiffsbau (japanischer Anteil: 80 %). Vom japanischen Kapital und Know How wird vor allen Dingen der landesgrößte Stahlproduktions-Komplex Usiminas (Jahresproduktion 1,3 Mill. t) und die größte Schiffswerft Brasiliens (und Lateinamerikas) Ishikuwajina-Ishias kontrolliert.

22.10.74 (NZZ)
Während die Löhne der brasilianischen Arbeiter weiterhin "eingefroren" bleiben, hat die Inflation in Brasilien in der ersten Jahreshälfte mit 27,6 % (Vorjahr: 7,3 %) einen neuen Höhepunkt erreicht. Das Reallohn-Niveau der Arbeiter liegt damit jetzt um ca. 40 % niedriger als vor 10 Jahren.

Bolivien

7.10.74 (NZZ)
Mit einem Streik von 24 Stunden reagierten die bolivianischen Bergarbeiter auf den Beschluß der Regierung, die Schulen des Landes bereits 6 Wochen vor dem Beginn der Sommerferien zu schließen. Letzteres war die Antwort der Regierung auf Forderungen der bolivianischen Lehrer nach freier gewerkschaftlicher Betätigung.

Chile

Einzelheiten aus der Vernehmung des CIA-Chefs Colby vor dem Verteidigungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses über die Mithilfe des CIA am Sturz des chilenischen Staatspräsidenten Allende: Alle diesbezüglichen Aktionen verliefen, so Colby, mit ausdrücklicher Billigung durch das für die Überwachung des CIA zu-

ständigen "Komitee der 40", dessen Vorsitzender US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger Kissinger ist. Aufgewendet wurden insgesamt 11 Mill. Dollar, die nach den damals gültigen Tauschrelationen auf dem chilenischen Geldmarkt einen Wert von rund 40 Mill. Dollar repräsentierten. Finanziert und bestochen wurden insbesondere Parlamentsmitglieder (z.B. um die Wahl Allendes zum Ministerpräsidenten zu verhindern), Verwaltungsbeamte, Vertreter der Rechtspresse sowie streikende Händler, Fuhrunternehmer, Taxifahrer und ähnliche streikwillige Gruppen des chilenischen Kleinbürgertums. Darüber hinaus betrieb der CIA in Chile eine ausgedehnte Spitzeltätigkeit, wobei die Infiltration in die Parteien der UP-Regierung und in die Gewerkschaften gelang, nicht hingegen in den linksrevolutionären MIR. (Herald Tribune vom 21./22. 9.74 / FR vom 21.9.74 / SZ vom 18.9. 74 / Chile-Nachrichten Nr. 20).

Die katholische Kirche in Chile geht gegenüber der Junta auf Distanz: So lehnte die Kirche jede Beteiligung an den (Un-)Feierlichkeiten zum Jahrestag des Putsches vom 11. September ab. (L'Unità vom 10.9.74 / SZ vom 13.9.74)

19.9.74 (FR)
Deutsch-stämmige Chilenen betreiben in der evangelisch-lutherischen Kirche Chiles die Absetzung von Bischof Frenz. In einer Unterschriftenaktion der Deutsch-Chilenen wird der Rücktritt des Bischofs gefordert. Frenz war durch sein konsequentes Eintreten für politische Gefangene in Chile bekanntgeworden.

21.9.74
Die linksrevolutionäre Bewegung MIR schlug ein Angebot des chilenischen Geheimdienstes ab, in Gegenleistung zur Freilassung von inhaftierten MIR-Mitgliedern ihren aktiven Widerstand gegen die Junta einzustellen.

In Hamburg wurde von Hafenarbeitern für die Dauer von 2 Tagen ein chilenischer Frachter bestreikt. Die Hafenarbeiter folgten darin dem Beschluß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, zum Jahrestag des Putsches in Chile chilenische Schiffe international zu bestreiken.

1. - 7.10.74 (FR / Herald Tribune / Le Monde / SZ)
General Carlos Prats, bis kurz vor dem Putsch Oberbefehlshaber der chilenischen Armee und zeitweise Verteidigungs- und Innenminister unter Allende, wurde in seinem argentinischen Exil durch einen Sprengstoffanschlag ermordet. Mit großer Wahrscheinlichkeit geht der Anschlag auf das Konto des chilenischen Nachrichtendienstes DINA. Prats genoß nach wie vor großes Ansehen in den unteren Rängen der chilenischen Armee. Seit geraumer Zeit macht sich dort auch einiger Unmut bemerkbar, der sich vor allen Dingen gegen die Privilierung von höheren Offizieren richtet.

Kurz vor seinem Tod hatte Prats vor Redakteuren einer niederländischen Rundfunkgesellschaft die christ-demokratischen Parteien Italiens und der BRD beschuldigt, vor dem Putsch im letzten Jahr die Gegner Allendes finanziell unterstützt zu haben. Dem entspricht auch die Aussage des CIA-Chefs Colby, ein Teil der CIA-Gelder zur Herbeiführung des Sturzes von Allende sei über die christ-demokratischen Parteien in Europa nach Chile gelangt.



4.10.74 (SZ)
Den Forderungen Präsident Fords nachgebend, hat der US-amerikanische Senat seine Beschlüsse zur Sperrung der Militärhilfe für Chile (und für die Türkei) wieder zurückgenommen.

8.10.74 (SZ)
Die USA beliefert die Junta in Chile mit 18 Jagdflugzeugen (im Wert von 60 Mill. Dollar) und 36 (in Vietnam erprobten) Kampfflugzeugen. Im Gespräch ist zur Zeit auch die Lieferung von Panzern und Panzerabwehrraketen.

6./7.10.74 (NZZ)
Die Junta verfügt weitere Preiserhöhungen für Brot (52 %), Milch (67 %) und Speiseöl (31 %). Chilenische Behörden erwarten für das laufende Jahr eine Inflationsrate von rund 250 %.

7.10.74 (FR)
Bei einer Großrazzia in einem Arbeiterviertel von Santiago wird der Generalsekretär des MIR, Miguel Enriquez, erschossen.

8.10.74
M.B. Leighton, Führungsmitglied der chilenischen Christdemokraten, erhält aufgrund regierungskritischer Äußerungen im Verlauf einer Europareise bei seiner Rückkehr nach Chile die Einreise verweigert.

17.10.74 (SZ)
Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer, trat für eine Fortsetzung der Entwicklungshilfe für Chile ein. Er wies darauf hin, daß er sich darin mit Wirtschaftsminister Friderichs einig weiß.

24.10.74 (SZ)
Nach Angaben der Internationalen Juristenkommission in Genf seien bei Massenverhaftungen im Verlauf der letzten Monate wiederum 10 000 bis 15 000 Personen festgenommen und z.T. in Gefangenenlager gebracht worden.

26.10.74 (FR)
Die US-Kupfergesellschaft Braden Copper, Tochtergesellschaft des amerikanischen Kennecott-Konzerns, soll als letzte der unter Allende enteigneten Kupfergesellschaften von dem chilenischen Staat eine Entschädigungssumme in Höhe von umgerechnet 170 Mill. DM ausgezahlt erhalten.



Panzerweste nach Maß

30.10.74 (NZZ)
Mit einem Anfang September erlassenen Gesetz zur Neuregelung des Rechts-Status ausländischer Unternehmen in Chile will die chilenische Regierung wieder in verstärktem Maße ausländisches Kapital ins Land holen. Das Gesetz verspricht ausländischen Konzernen die Möglichkeit uneingeschränkten Gewinn-Retransfers sowie eine steuerliche Gleichstellung mit inländischen Unternehmen. Unternehmen, die eine über 20 % liegende ausländische Kapitalbeteiligung aufweisen, sind in Chile schon seit längerer Zeit von der Importsteuer für Kapitalgüter befreit.

Honduras

24.9.74 (FR) / 9.10.74 (NZZ)
Honduras, das zu den 4 wirtschaftlich schwächsten Ländern des lateinamerikanisch-karibischen Raumes gehört (durchschnittliches Jahres-Pro-Kopf-Einkommen von 40 % der Bevölkerung: 632 DM), wurde Opfer eines Wirbelsturmes, der weite Teile des Landes verwüstet hat. Der angerichtete Schaden wird auf 750 Mill. DM geschätzt - eine Summe, die fast die Hälfte des 1973 erwirtschafteten Brutto-Sozialprodukts ausmacht. Am schwersten betroffen ist die Landwirtschaft, in der etwa 2/3 der Bevölkerung Honduras beschäftigt ist. Vernichtet wurde hier u.a. 65 % der diesjährigen Bananenernte. Bananen sind mit einem Anteil von 50 % Honduras' wichtigstes Exportgut. Angesichts dieses Katastrophenausmaßes dürfte wohl auch das (vorsichtige) Reformprogramm der in Honduras regierenden Militärjunta (Landreform, Maßnahmen gegen den Raubbau in der Holzgewinnung, Bananen-Exportsteuer) kaum noch Durchsetzungschancen besitzen, denn die Katastrophenfolgen zwingen die Junta jetzt, bei ihrem schärfsten Kontrahenten, der USA, Hilfe zu suchen (vgl. dazu die Chronik der "blätter", Nr. 36/37 und 38).

Mexico

17.10.74 (FR)
Vertreter von ca. 400 000 Indios der mexicanischen Provinz Chiapas beraten auf einem Kongreß über Möglichkeiten, die mexicanische Regierung endlich zur Einlösung von Landreformversprechungen zu zwingen, auf deren Erfüllung die Indios nun schon seit über 40 Jahren warten.

Kolumbien

20.9.74 (NZZ)
Die kolumbianische Regierung hat die an ausländische Konzerne erteilten Erdöl-Förder-Konzessionen zurückgenommen und der nationalen Erdölgesellschaft Ecopetrol übertragen. Die ausländischen Konzerne sind aufgefordert, mit der Ecopetrol zu fusionieren (der Gewinnanteil von Ecopetrol soll aber in jedem Fall bei 50 % liegen). Zusammen mit dieser Entscheidung verfügte die Regierung zugleich auch ein Ausfuhrverbot für nicht schon im Lande selbst raffiniertes Erdöl.

Paraguay

20.9.74 (L'Unità)
Der Vorsitzende der kommunistischen Partei, Antonio Madana, ist nach 16-jähriger Haftzeit in einem paraguayischen Gefängnis gestorben. Mitglieder der verbotenen KPP machen in diesem Zusammenhang auf die drohende physische Vernichtung weiterer inhaftierter Parteimitglieder aufmerksam.

Venezuela

3./7.10.74 (NZZ)
Dem Beispiel anderer Erdöl-produzierender Länder folgend, betreibt jetzt auch die venezuelanische Regierung eine "marktbewußte" Erdölpolitik: Sie hob den Besteuerungssatz für die im Lande tätigen ausländischen Erdölkonzerne um annähernd 20 % an und verordnete für das kommende Jahr eine Drosselung der Erdölproduktion um 10 %. Venezuela ist der welt-drittgrößte Erdölexporteur und versorgt vor allen Dingen die USA mit Erdöl.

Portugal
Die Septemberkrise in Lissabon

von Hans Blume, Lissabon

Der Autor des nachfolgenden Artikels hatte die Möglichkeit, die politischen Ereignisse, die sich in der zweiten Septemberhälfte in Lissabon abspielten, aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Er hat seine Erfahrungen in dem nachfolgenden Situationsbericht zusammengefaßt. Als Situationsbericht läßt der Artikel (zwangsläufig) einige Fragen offen. Dazu würde z.B. auch die Frage nach der Rolle der revolutionären Linken in der Septemberkrise gehören. Wir vermuten, daß ihr dabei mehr Bedeutung zukam, als in dem vorliegenden Bericht zum Ausdruck kommt. Die im Anschluß an seiner Situationsschilderung von Hans Blume vorgenommene Einschätzung der allgemeinen politischen Lage in Portugal bleibt ohne großen Informationsgehalt und ist daher in der Aussage etwas unverbindlich. Als Grob-Einschätzung mag sie jedoch für einige Leser der "blätter" von Interesse sein. Der Bericht von Blume setzt zu seinem richtigen Verständnis eine Reihe von Vorinformationen voraus. Wir verweisen dazu auf die Berichterstattung zu Portugal in den beiden vorangegangenen Heften der "blätter des iz3w" (Heft 36/37 und 38).

Red.

Nach dem 25. April wurde in Portugal auf der Grundlage des Programms der Bewegung der Streitkräfte (MFA) eine Provisorische Regierung gebildet, und zwar eine Mitte-Links-Regierung unter Einschluß der Kommunisten (im Gegensatz zu der italienischen Regierung, auf die die Bezeichnung nicht paßt).

Am 9. Juli brach eine - in ihrer Bedeutung unterschätzte - Regierungskrise aus; der Ministerpräsident Palma Carlos, Jurist, zugleich liberal und bürgerlich (aber vor allem letzteres), präsentierte im Auftrag des Staatspräsidenten Spinola folgende Forderungen (wie es hieß im Interesse einer effektiveren Regierung):

1. Sofortige Wahl des Präsidenten durch das Volk
2. Stärkung der Stellung des Ministerpräsidenten innerhalb der Regierung
3. Aufschub der Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Forderungen verraten eindeutig die Absicht, die Exekutive auf Kosten der verfassungs- und gesetzgebenden Gewalt zu stärken. Besonders Spinolas Stellung wäre aufgrund eines Plebiszits fast unangreifbar geworden, - Spinola und sein Ministerpräsident sind mit ihrem gaullistisch motivierten Vorstoß am Widerstand des MFA gescheitert. Der Präsident mußte außerdem nicht nur Palma Carlos fallen lassen, sondern konnte auch seinen Alternativkandidaten, den auf ihn eingeschworenen Verteidigungsminister, nicht durchbringen (vgl. die "blätter" Nr. 36/37, S. 27 und Nr. 38, S. 15).

Neuer Regierungschef wurde der Brigadegeneral Vasco Goncalves, ein führender Vertreter des linken Flügels des Novimento. (Wie links er sei - darüber gibt es in Lissabon nicht wenige Gerüchte.) Außer Goncalves traten weitere Offiziere in die Regierung ein; eine Koalition aus Militärs und Politikern (PPD, PS, PCP). (1)

Während die erste Provisorische Regierung die drängenden Probleme aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten nur halbherzig anging, gelangen der zweiten -wesentlich homogeneren- Regierung bedeutende Fortschritte, am sichtbarsten bei der Entkolonisierung: die Unabhängigkeit von Guinea Bissau und die wesentlich schwierigere Lösung der Unabhängigkeitsfrage für Mozambique sind Wendepunkte der portugiesischen Außenpolitik. Wendepunkt aber auch für die innenpolitische Entwicklung: Bis zu den Verträgen von Lusaka vom 7.9.74 zwischen Portugal und Mozambique machte Spinola noch mit - wenn auch nur mit Mühe, z.T. widerwillig, wie seine Demissionsrede zeigt. Es war sein letzter Versuch, über seinen nationalkonservativ gefärbten Schatten zu springen. Die Lösung der Angola-Frage wollte er dann jedoch auf keinen Fall dem Ministerpräsidenten Goncalves und dem sozialistischen Außenminister Mário Soares überlassen. So übernahm er selbst die Verhandlungsführung in dieser Frage, um seine Vorstellungen von nationaler Ehre und Demokratie wenigstens in der größten und reichsten Überseeprovinz durchzusetzen. Nicht zuletzt ging und geht es in Angola um Wirtschafts- und Kapitalinteressen großen Stils.

Während die erste Verhandlungsrunde in Lissabon unter Spinolas Leitung zu-

sammentrat, brach die Septemberkrise aus, in einem Augenblick, als Spinola zum zweiten Mal versuchte, seine Position auch innenpolitisch zu stärken. Dieses Manöver aber erwies sich als ein Bumerang und führte zu seinem Rücktritt.

Vorspiel oder: ein Stierkampf als politische Demonstration

Donnerstag, 26. September, Campo Pequeno (Ort der Stierkampfarena)

Die Liga dos Combatentes (Frontkämpferbund) veranstaltete an diesem Tage ihren jährlichen Stierkampf. Der geladene Präsident Spinola wird mit stürmischem Applaus begrüßt. Ministerpräsident Vasco Goncalves dagegen weniger herzlich empfangen; Pfiffe mischen sich in die Begrüßung. In der Pause fallen die Masken: der zahlen- und lautstarke Block 7 (alle Karten des Blocks wurden von einer Person gekauft!) intoniert seine politischen Melodien: "Viva Spinola!" - "Viva o Ultramar!" (Es leben die Überseeprovinzen!) und zugleich: "Abaixo o Novimento das Forcas Armadas!" (Nieder mit der Bewegung der Streitkräfte!). Die Platzkapelle hingegen hat sich noch nicht auf das Publikum eingestellt. Das unter Kommunisten populäre "Avante Camarada" wird ausgebuht, aber selbst "Grândola" (Lied des 25. April) wird nicht ohne Pfiffe akzeptiert.

Inzwischen haben sich die Demonstranten Zugang zur Lautsprecheranlage verschafft, über die sie für die große und umstrittene Kundgebung der "maioria silenciosa" vom 28. September werben. Der Sohn des berüchtigten Waffenlieferanten Zoio (jetzt hinter Gittern) versucht zu demselben Zweck ein großes Plakat in der Arena zu entfalten. Von diesem Augenblick an bilden sich zwei Lager, wobei die Reaktionäre in der Überzahl sind, zumindest innerhalb der Arena. Vor den Toren hat sich eine Gruppe von Antidemonstranten versammelt, die den reaktionären Parolen ihr "Morte ao fascismo - o povo vencerá!" (Tod dem Faschismus - für den Sieg des Volkes) entgegensetzen. Bei dem späteren Handgemenge stützen sich die Reaktionäre auf dafür angeheuerte Schläger. Und offenbar besitzen sie das Wohlwollen der Polizei, die unter ihren Beifallsrufen die Antifaschisten auseinanderzutreiben versucht.

Unter den Drahtziehern und Propagandisten der sog. schweigenden Mehrheit entdeckt man bekannte Figuren aus der Aristokratie von Estoril und Cascais, außerdem Repräsentanten des Geldadels. Es besteht kein Zweifel, daß hier eine kleine Generalprobe aufgeführt wurde mit dem Ziel, den Gegensatz zwischen Spinola und dem MFA auszunutzen und im Volk Stimmung zu machen gegen die Politik von Regierung und Movimento (MFA). Zwei Tage später sollte die große Kundgebung der schweigenden Mehrheit, für die im ganzen Land geworben wurde, stattfinden: für Spinola und gegen den Extremismus.

Zum Anwalt dieser Demonstration hatte sich auch der rechte Juntageneral Galvao de Melo gemacht. Schon auf einer offiziellen Brasilienreise nach dem 25. April hatte er derart reaktionäre Reden gehalten, daß man sich fragte, ob sie nicht vor dem Umschwung konzipiert waren. Seine Stellungnahme zugunsten der fragwürdigen Kundgebung wurde von der Lissaboner Tagespresse bis auf eine Ausnahme nicht abgedruckt.

Die Kraftprobe vom 28. September und ihr Ausgang

Schon die sichtbaren Symptome der Geschehnisse an diesem Wochenende enthalten zugleich Spannung und Beklemmung. In der Nacht zum Samstag verstummen plötzlich die Rundfunksender. Später nimmt der Landessender (aber nur er) die Sendungen wieder auf; doch Programm und Information können die Zweifel nicht beseitigen. Man vermißt vor allem die Stimme des Radio Clube Português, des Freiheitssenders ("Emissora da Liberdade"), wie er sich seit dem 25. April nennt. Als auch die Samstagszeitungen ausbleiben, sind wir zunächst auf ausländische Sender und Gerüchte angewiesen:

An wichtigen Punkten der Stadt, vor allem an den Zufahrtsstraßen, hat die Bevölkerung im Laufe der Nacht Barrikaden und Straßensperren errichtet zur Kontrolle der Teilnehmer jener Manifestation, hinter der ein konterrevolutionärer Putschversuch vermutet wird. - Gleichzeitig hat das Movimento (MFA) eine Verhaftungswelle gegen vermutliche Putschisten und gegen Repräsentanten des alten Systems eingeleitet. - Nach Aussage eines deutschen Senders schließlich sind der Ministerpräsident Goncalves und der Militärgouverneur von Lissabon, Otelo Saraiva de Carvalho, zugleich militärischer Kopf des Movimento, verhaftet; Spinola habe sämtliche Vollmachten übernommen. (Die beiden ersten Informationen stimmen mit der Wirklichkeit voll überein; selbst die Ausschaltung des Movimento mit Hilfe des Ausnahmezustandes waren von Spinola beabsichtigt.)

Widersprüchliche Meldungen über den einzigen Sender lassen den Machtkampf hinter den Kulissen ahnen. Bis zum frühen Vormittag erklärt ein Kommunique des Informationsministers (Spinola-Anhänger) die umstrittene Demonstration für erlaubt und ordnet den Abbruch der Barrikaden und Kontrollposten an. Über denselben Sender verkündet später ein Sprecher des MFA das Verbot der Kundgebung. Zu diesem Zeit-

punkt sind bereits Einheiten des Movimento zu den zivilen Posten und Barrikaden ausgerückt, um sie zu unterstützen und zu verstärken.

Am Samstagnachmittag beherrscht nicht die "schweigende Mehrheit" die Szene, sondern die große Gegendemonstration: eine geschlossene und entschlossene antifaschistische Einheitsfront von den Koalitionsparteien über die linksdemokratische Sammlungsbewegung MDP/CDE bis zu revolutionären Bewegungen wie z.B. LUAR. "Morte ao fascismo - o povo vencerá!" - "Unidade!" und "MFA!" tönen die Kampf- und Triumphparolen von Zehntausenden von Demonstranten.

Als am Samstagabend gegen 21 Uhr 30 der Radio Clube Portuguẽs seine Sendungen endlich wieder aufnimmt, sind die Würfel bereits gefallen.

Von Stunde zu Stunde vergrößert sich die Liste der verhafteten Reaktionäre, der Salazaristen und Marcellisten (Anhänger Marcello Caetanos). Unter ihnen innert, gilt dem Ministerpräsidenten Vasco Goncalves.

Am Montagvormittag, 30. Sept., um 11 Uhr, hatte António de Spinola seinen Rücktritt verkündet. Er zeichnete ein düsteres Bild der innen- und außenpolitischen Situation sowie der wirtschaftlichen Lage. Die von ihm befehdeten Kommunisten hoben seine Verdienste im Zusammenhang mit dem Sturz der Diktatur hervor, begrüßten aber seine Demission als notwendige Klärung der politischen Lage.

Spinola zog die Konsequenzen aus seiner erneuten Niederlage. Er hatte an die schweigende Mehrheit appelliert, und zwar bereits in einer Rede vom 10. September. Sie sollte die plebiszitäre Rechtfertigung schaffen für seinen politischen Kurs, im Innern wie nach außen. Aber schließlich wurde ihm die "matoria silenciosa" zum Verhängnis.

Offensichtlich war den Movimento-Führern das Manöver der Reaktion willkommen, bot es doch Gelegenheit zum Durchgreifen und zur Klärung. Nicht nur innerhalb der Regierung wurden die beiden letzten Spinola-Anhänger ausgebootet. Auch die Goncalves-Gegner innerhalb der Junta, darunter die Oberbefehlshaber von Heer und Luftwaffe und der Luftwaffengeneral Galvao de Melo, mußten ihre Plätze räumen. Wie Spinola hatten sie Stärke und Entschlossenheit des MFA unterschätzt. Aus den Äußerungen des Militärgouverneurs von Lissabon wissen wir, wie Spinola in der Nacht zum Samstag neben dem Griff nach Rundfunk und Fernsehen vergeblich versucht hat, die Armee auf sich und gegen die MFA-Führung einzuschwören. Nach Angaben von Saraiva de Carvalho (Militärgouverneur von Lissabon) war Spinolas Handeln von Kommunistenfurcht und Mißtrauen gegen die linken Führer des Movimento bestimmt.

Gingen die Linksparteien gestärkt aus der Krise hervor, so erlitten fast alle anderen eine Niederlage, die Rechtsextremen sogar eine vernichtende. Aufgelöst bzw. verboten wurden die Parteien, die die berüchtigte Kundgebung organisiert und finanziert hatten: Partido Nacionalista Portuguẽs, die u.a. den ehemaligen Legionären aus der Zeit des spanischen Bürgerkrieges politische Heimat bot, und Partido do befinden sich Franco Nogueira, Außenminister Salazars und schon unter Caetano Führer der ultrakonservativen Opposition, General Kaulza de Arriaga, der "Salan" Portugals, bis zum Frühjahr Militärgouverneur von Mozambique, ferner der Innen- und der Verteidigungsminister der letzten Caetanoregierung.

Weitere Einzelheiten werden bekannt: Im Zusammenwirken von Militär und Bevölkerung wurden Waffen entdeckt, so bei den Autokontrollen auf den Zufahrtswegen. Ein Leichenzug entpuppte sich als Tarnungsmanöver: der Sarg war mit Waffen gefüllt. Bei der Verfolgung verdächtiger Personen entdeckten Militärs im Haus gegenüber der Residenz des Ministerpräsidenten ein Gewehr mit Zielfernrohr.

Am Sonntag, den 29. September, verlasen über Rundfunk und Fernsehen führende Vertreter des MFA und der Provisorischen Regierung Erklärungen, die über den Ausgang des Machtkampfes auch hinter den Kulissen keinen Zweifel lassen. Sie betonen das erfolgreiche Zusammenwirken von Movimento, Regierung und Volksmassen.

Trotzdem bleiben Erregung und Anspannung: sie spiegeln sich noch einmal wider in den ersten Worten des Ministerpräsidenten seit Ausbruch der Krise. Er äußert die Entschlossenheit des Movimento, sein Programm zu verteidigen gegen alles und gegen alle, die sich ihm widersetzen ("contra tudo e contra todos").

Am Montagabend setzt die Lissaboner Bevölkerung den Schlußpunkt unter die Krise. Trotz der Anspannung und Aktivitäten der letzten Tage bildet sich ein 4 km langer enthusiastischer Demonstrationszug, um die Verbundenheit und Solidarität mit MFA, Regierung und dem neuen Staatspräsidenten Costa Gomes zu beweisen. (Die Demonstration wurde von der Kommunistischen Partei angeregt, aber von allen Linksparteien und den Gewerkschaften unterstützt.) In den sich wiederholenden politischen Kampfrufen schwingt Begeisterung und Triumph mit: "Fascista escuta: o povo está em luta!" (Faschist hör zu: das Volk steht im Kampf) und: "Soldado amigo, o povo está con tigo" (Freund Soldat, das Volk ist mit dir). Diese Solidaritätsparole, die an das "Allende, Allende, el pueblo te defende" er-
Progresso, in deren Sitz ein umfangreiches Waffenlager entdeckt wurde.
- Schwer kompromittiert gingen die mit der Kundgebung sympathisierenden

Parteien aus der Krise hervor, so die Liberalen (Partido Liberal) und die Christdemokraten (Democracia Crista).

Auf der Seite der Sieger befinden sich nicht zuletzt die "massas populares" (Volksmassen), die Tag und Nacht auf den Beinen waren als Kontrollposten und Demonstranten. Ihre Mobilisierung war in erster Linie das Werk des Movimento Democratico Portugûes (Nachfolgeorganisation der CDE, der oppositionellen Wählervereinigung unter dem alten Staat), der demokratischen Bürgerbewegung, die man zu Unrecht nach dem 25. April totgesagt hatte. Daneben haben sich vor allem die Gewerkschaften um die Meisterung der politischen Krise verdient gemacht, indem sie ihre Mitglieder aufklärten und mobilisierten. Mit beiden Kräften hat vor allem die PC zusammengearbeitet, ihr Einfluß im MDP und den Gewerkschaften dürfte ihr die Zusammenarbeit erleichtert haben.

An der geplanten Kundgebung vom 28. September haben sich die Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze entzündet, auf der Ebene der politischen und militärischen Organe, der Parteien und auf der Straße. Ob sich hinter der Maioria silenciosa schon ein ausgeklügelter Plan und einheitlicher Wille zum Rechtsputsch verbarg, scheint zweifelhaft. Vieles wirkte dilettantisch und naiv; die Waffenfunde an den Kontrollposten blieben hinter den Vermutungen zurück. Doch sollte hier offenbar eine Testsituation für den Ernstfall geschaffen werden, eine Art Generalprobe für die Abrechnung, für die "Wiederaufnahme des durch den April unterbrochenen Kampfes", wie es in einem programmatischen Rundschreiben der Nationalistischen Partei hieß. Die seit 50 Jahren entpolitisierte Provinz sollte die Fußtruppen für die Rechte stellen.

Bilanz

Im Zusammenwirken zwischen MFA, Linksparteien und Volksmassen wurde die Maioria silenciosa in ihrem eigentlichen Kern entlarvt: als eine minoria tenebrosa (finstere Minderheit), die mit dem 25. April und seinen Folgen nicht fertig wurde. Nicht zufällig löste das anstehende Angola-Problem die Krise aus: innerhalb der regierenden Organe und in der Gesellschaft. Wenn es um Öl, Diamanten und Kaffee geht, versagen die Argumente. Dieser Vorgang hat seine Parallele im Innern: ob es sich um Verstaatlichung von Banken handelt oder um die anstehende Agrarreform im Alentejo (selbst bei den Lohnverhandlungen weigern sich die Großgrundbesitzer häufig, über 150 escudos (etwa 15 DM) für die männlichen und über 100 escudos pro Tag für die weiblichen Landarbeiter hinauszugehen): die Klasseninteressen stoßen immer deutlicher aufeinander.

Die plutokratische Diktatur Salazars und Caetanos hatte den Klassenkampf zugunsten der sprichwörtlichen "meia dusia" (ein halbes Dutzend) und zu Lasten der arbeitenden Klassen (einschließlich des Landproletariats) suspendiert.

Der 25. April zerbrach den politischen Zwangsapparat der plutokratischen Gesellschaft. Er brachte eine politische Revolution. Dem politischen Fortschritt entsprach aber bisher keine Änderung in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind in ihrer Struktur dieselben wie am 24. April.

Für einen reformkapitalistischen Weg (d.h. Kapitalismus plus Parlamentarische Demokratie wie in Westeuropa und der BRD) sind offenbar in Portugal weder die sozioökonomischen noch die psychologischen Voraussetzungen gegeben. Es fehlt eine durchgehende Mittelschicht, und die Bourgeoisie (Unternehmer- und Finanzkapital) beweist mit ihrer Haltung, daß viele ihrer Repräsentanten die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie nicht beherrschen. Der 28. September war nur ein Glied in einer Kette, zu der der Putsch von Lourenco Marques als Reaktion auf die Lusakaverträge ebenso zählte wie die Ausschreitungen der weißen Extremisten (lies Lynchjustiz) in Luanda (vgl. die "blätter" Nr. 38, S. 20 f und S. 15).

Für die salazaristische Rechte bedeutet der 28. September die zweite und wahrscheinlich endgültige Niederlage. Für die weniger sentimentalen und vergangenheitsgebundenen Kreise der Bourgeoisie bedeutet der Linksruck und der zumindest vorläufige Abschied Spinolas eine erste politische Niederlage.

Hinter den politischen Vorgängen der Septemberkrise wird der Kampf der Klassen und ihrer Repräsentanten deutlich. Es geht nicht mehr bloß um allgemeine Freiheiten und Bürgerrechte (so wichtig sie sind und bleiben), sondern um materielle Interessen zwischen Privilegierten und Ausgebeuteten, um die konkrete Verteilung der Lasten angesichts einer insgesamt unterentwickelten Wirtschaft. In welcher Form der Klassenkampf ausgetragen wird, bleibt offen. Welche Rolle hierbei MFA, Parteien und vor allem die Nationalversammlung spielen werden, ist abzuwarten.

Anmerkung:

1) die sozialliberalen Volksdemokraten (PPD), die Sozialisten (PS), Mário Soares) und die Kommunisten (PC), Álvaro Cunhal).

Ideologiekritik 13
Die Bedingungen sind heute anders

Zu den Erfolgsaussichten kapitalistischer Industrialisierung in der Dritten Welt

1. Der Zusammenhang der Fragestellung

In den heutigen westlichen Industrieländern vollzog sich die Industrialisierung (1) unter kapitalistischen Bedingungen: private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel sowie das Vorhandensein von freien Lohnarbeitern (2) können als wichtigste Kennzeichen dieser Epoche angesehen werden.

Diese kapitalistische Industrialisierung war letztlich erfolgreich (3), sie führte im Laufe der Zeit zu einer immer weiter wachsenden Produktion industrieller Erzeugnisse (4) und zu steigendem Verbrauch solcher Waren in schließlich allen Schichten des Volkes.

Es ist bekannt, daß der Preis dieser erfolgreichen Industrialisierung in unbeschreiblichem Massenelend, in Kinderarbeit, der Ausplünderung fremder Völker u.a. bestand.

Industrialisierung als ein Ziel für die Länder der Dritten Welt wird von niemandem ernsthaft in Zweifel gezogen. Auseinandersetzungen gibt es lediglich über den erwünschten und den möglichen Grad der Industrialisierung: also über die Frage, bis zu welchem Anteil der Industrieproduktion an der Gesamtproduktion (im Vergleich zu Landwirtschaft und Dienstleistungssektor) man die Industrialisierung treiben will und über die Frage, ob sich nicht schon jetzt prinzipielle Begrenzungen der Industrialisierung der Dritten Welt von seiten der schrumpfenden Rohstoffreserven und der Umweltbelastung abzeichnen.

In den meisten Ländern der Dritten Welt befinden sich die industriellen Produktionsmittel in privater Hand. Auch die zweite Grundbedingung kapitalistischer Produktion ist gegeben: es gibt freie Lohnarbeiter. Dabei handelt es sich um jenes Millionenheer von Arbeitslosen und Unterbeschäftigten (eine "industrielle Reservearmee"), die darauf hoffen, einmal einen industriellen Arbeitsplatz zu erhalten.

Der weitaus größte Teil westlicher Entwicklungsländerforschung empfiehlt zur Beschleunigung der Industrialisierung Maßnahmen innerhalb des privatwirtschaftlichen Rahmens (5).

Begründet werden der praktische und der forschende Einsatz zugunsten des kapitalistischen Industrialisierungsweges zumeist mit dem Hinweis auf die Wirtschaftsgeschichte der heutigen westlichen Industrieländer: diese Länder konnten sich damals unter privatwirtschaftlichen Bedingungen industrialisieren; und daraus wird dann gefolgert, daß die Länder der Dritten Welt das ja dann wohl auch können müssen (6).

Diese These soll im folgenden auf ihre Richtigkeit hin untersucht werden. Das geschieht mit Hilfe der Frage, ob die historischen Bedingungen, unter denen die frühe Industrialisierung in den heutigen westlichen Industrieländern vonstatten ging, in gleicher oder hinreichend ähnlicher Weise auch heute in den Ländern der Dritten Welt anzutreffen sind (7).

Denn das Vorhandensein von privater Verfügungsgewalt über industrielle Produktionsmittel und von freier Lohnarbeit reicht offenbar nicht aus, eine erfolgreiche kapitalistische Industrialisierung einzuleiten; offenbar müssen neben diese zwei notwendigen (aber nicht hinreichenden) Bedingungen zusätzliche Faktoren treten, die eine industrielle Entwicklung auf privatwirtschaftlicher Grundlage begünstigen oder erst ermöglichen. Wie sonst wäre es zu erklären, daß zwar in vielen Entwicklungsländern schon seit langer Zeit die kapitalistischen Grundbedingungen gegeben sind, von einer erfolgreichen Industrialisierung aber nicht die Rede sein kann?

Im folgenden werden nun einige Bedingungen diskutiert, die die Industrialisierung der westlichen Industrieländer begünstigt haben, die aber heute in den Ländern der Dritten Welt nicht oder nicht in gleicher Weise vorhanden sind. Die Aufzählung solcher unterschiedlicher Ausgangsbedingungen ist hier sicherlich nicht vollständig, diese Fragestellung scheint in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung noch nicht sehr intensiv untersucht worden zu sein.

Die aufgeführten Punkte sind in ihrer Bedeutung für den Erfolg der kapitalistischen Industrialisierung nicht im einzelnen "gewichtet", es wird also beispielsweise nicht gesagt, auf den einen Faktor entfällt ein Beitrag von 20 % zum Gelingen der Industrialisierung, auf einen anderen 10 %. Eine solche Gewichtung scheint weder möglich noch sinnvoll. Nicht möglich, weil die Geschichtswissenschaft bis heute nicht überzeugend über eine Aufzählung verschiedener Verursachungsgrößen der westlichen Industrialisierung hinausgekommen ist und nicht sinn-

voll, weil für den hier zu behandelnden Zusammenhang die Bedeutungsschwere der Punkte in ihrer Gesamtheit in etwa abgeschätzt werden kann.

2. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen

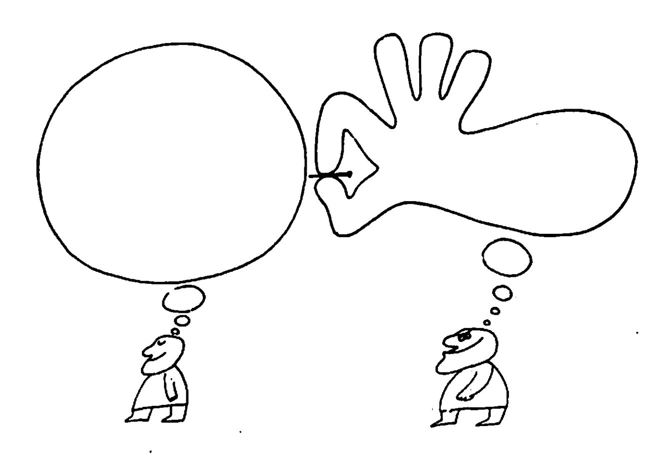
2.1. Agrarstrukturen

Vor und während der Zeit der Industrialisierung in den westlichen Industrieländern vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen der Agrarstrukturen: verbesserte Produktionsmethoden, Konzentration der Produktionsmittel, Zusammenlegung von Landflächen, Einführung neuer Anbauprodukte, Überwindung feudalistischer Verhältnisse, Beendigung der Leibeigenschaft, Vertreibung vieler Bauern von ihrem Land, Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise in den landwirtschaftlichen Bereich sind wesentliche der in diesem Zusammenhang zu nennenden Stichworte (8).

Diese Strukturänderungen führten zu enormen Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion und ermöglichten es der Landwirtschaft, wichtige Funktionen im Prozeß der Industrialisierung zu erfüllen: 1. sie erzeugte einen Nahrungsmittelüberschuß für den wachsenden städtischen Markt, 2. sie stellte der Industrie landwirtschaftliche Rohstoffe zur Weiterverarbeitung zur Verfügung (z.B. Baumwolle), 3. sie beschaffte Devisen durch Agrarexporte, 4. sie diente - wenn die industrielle Produktion erst einmal angelaufen war - als Absatzmarkt für industrielle Erzeugnisse (landwirtschaftliche Geräte, Textilien etc.) und 5. sie führte dem industriellen Sektor einen stetigen Zustrom von Arbeitskräften zu (und zwar bei gleichzeitig ansteigender landwirtschaftlicher Produktion).

In den Ländern der Dritten Welt, in denen der privatwirtschaftliche Weg der Industrialisierung zu gehen versucht wird, haben vergleichbare Umwandlungen der Agrarstruktur bisher nicht stattgefunden. Zwar existieren in fast allen Entwicklungsländern zumeist schon seit vielen Jahren relativ anspruchsvolle Pläne zur Agrarreform, doch wurde von diesen Plänen bislang nur sehr wenig in die Wirklichkeit umgesetzt. In aller Regel besaßen und besitzen die traditionell herrschenden Kreise im landwirtschaftlichen Sektor genügend Macht, um die Realisierung solcher Pläne zu verhindern oder zumindest immer wieder hinauszuzögern. Teilweise sind es fast ausschließlich die wenigen größeren Grundbesitzer, denen Vergünstigungen aus einzelnen Maßnahmen der staatlichen Landwirtschaftspolitik zufließen (z.B. günstige Kredite, Bewässerungsanlagen etc.).

So liegt das Wachstum der landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Produktion kaum einmal deutlich über dem Wachstum der Bevölkerung (9). Der weitaus größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Dritten Welt arbeitet in Produktionsverhältnissen, die unmittelbar für die Stagnation der Agrarproduktion verantwortlich sind (Latifundien und Minifundien, Pacht- und Teilpachtsysteme, Abhängigkeit von Händlern und Geldverleihern etc.).



Diese Stagnation wird nicht überwunden, sondern zumeist noch vertieft, wenn hoch mechanisierte, kapitalistische Produktionsunternehmen im landwirtschaftlichen Bereich errichtet werden (mit modernsten Maschinen, hoch ertragsreichen Pflanzensorten, relativ gut bezahlten Lohnarbeitern, eigenen Vertriebssystemen etc.). Das Wort von Ivan Illich: "Die Pflüge der Reichen können ebensoviel Schaden anrichten wie ihre Schwerter" soll die Resignations- und Verdrängungseffekte bei der Masse der mittellosen landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Folge des Aufbaus solcher "moderner" Produktionsbetriebe zum Ausdruck bringen (10).

Die willkürlich (ohne Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation) eindringenden, kapitalintensiven landwirtschaftlichen Betriebe ziehen den Großteil der agrarischen Marktnachfrage an sich und stoßen so die Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung immer tiefer in die Verelendung (sie werden "marginalisiert").

Insgesamt läßt sich sagen: die Agrarstrukturen in den Ländern der Dritten Welt sind nicht in der Lage, dieselben - die Industrialisierung begünstigenden oder sogar erst ermöglichenden - Funktionen in ähnlichem Maße wahrzunehmen, die die Landwirtschaft im Prozeß der Industrialisierung der westlichen Industrieländer spielte.

Das Ergebnis: die landwirtschaftliche Produktion und da vor allem die Nahrungsmittelproduktion stagniert bzw. wächst viel zu langsam; zwar wäre die Landwirtschaft in der Lage, an den in-

dustriellen Sektor Arbeitskräfte abzugeben, aber zum einen erfordert die kapitalintensive Industrie nur relativ wenige Arbeitskräfte und zum anderen würde - unter den gegebenen Strukturen - die Abwanderung von Arbeitskräften zu einer Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion führen; die Marginalisierung des großen Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung verhindert, daß sich die Landwirtschaft zu einem bedeutenden Absatzmarkt für inländische industrielle Erzeugnisse entwickelt; der Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten findet auf dem Weltmarkt ungünstige Bedingungen vor, die in sinkenden terms of trade vor allem der landwirtschaftlichen Exportprodukte der Entwicklungsländer zum Ausdruck kommen.

Diesen Abschnitt zusammenfassend muß man sagen: die landwirtschaftlichen Strukturen erfuhren in der Zeit der Industrialisierung der westlichen Industrieländer grundlegende Veränderungen. Dadurch wurde es möglich, daß die Landwirtschaft den Impuls der Frühindustrialisierung aufnehmen und entscheidend verstärken konnte. Die landwirtschaftlichen Bedingungen in der Dritten Welt sind heute anders, der industrielle Sektor hat von daher keine vergleichbaren Förderungsimpulse zu erwarten.

2.2. Kolonialismus

Die westlichen Industrieländer (vor allem England, Frankreich, Holland, weniger: Deutschland) haben vor und während der Zeit ihrer Industrialisierung einen insgesamt bedeutenden Anteil ihres Reichtums und damit ihrer Industrialisierungsmittel aus ihren Kolonien herausgezogen. Die Produktionsstrukturen (in erster Linie die landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen; Zusammenhang zu Punkt 2.1.) der Kolonien wurden ganz auf die Erfordernisse der Kolonialmächte ausgerichtet. Die Folgen dieser monokulturellen Ausrichtung der damaligen Kolonien und heutigen Entwicklungsländer sind bis heute keineswegs überwunden (11).

Gleichzeitig wurden die Kolonien zu Absatzmärkten für industrielle Erzeugnisse des "Mutterlandes" gemacht. Eigene industrielle Produktion wurde den Kolonien zumeist untersagt, bestehende Ansätze, etwa in Form von hochentwickelten Handwerksbetrieben wurden teilweise zerstört.

Die Möglichkeit der kolonialen Ausplünderung fremder Gesellschaften ist den Ländern der Dritten Welt ohnehin verwehrt. Bei den Versuchen, ausländische Absatzmärkte für eigene industrielle Erzeugnisse zu erschließen, stoßen sie auf die ökonomische Übermacht der westlichen Industrieländer in Gestalt vor allem der multinationalen Konzerne, die einen ständig steigenden Anteil des Welthandels auf sich vereinigen.

Auch in diesem zweiten Punkt sind also die Ausgangsbedingungen für eine kapitalistische Industrialisierung der Länder der Dritten Welt heute entscheidend ungünstiger als jene Bedingungen, denen sich die westlichen Industrieländer zur Zeit ihrer Industrialisierung gegenübersahen.

2.3. Internationaler privater Kapitalverkehr

Alle bisher erfolgreichen Industrialisierungsprozesse (nicht nur in den westlichen Industrieländern und in Japan, sondern auch in der Sowjetunion und in China) vollzogen sich in weitgehender oder sogar völliger Isolation vom internationalen privaten Kapitalverkehr. Das gilt vor allem für Direktinvestitionen, weniger für Anleihen (12). Die Anleihen dienten vor allem dem Ausbau des Verkehrsnetzes (in erster Linie dem Eisenbahnbau) und des Nachrichtenwesens, also der materiellen Infrastruktur. Das Anleihekapital trat aber in allen Fällen erst nach der eigentlichen Aufschwungphase der Industrialisierung in Erscheinung.

Heute dagegen betreiben die Regierungen der kapitalistischen Entwicklungsländer eine Politik der massiven Förderung von Direktinvestitionen der multinationalen Konzerne (Steuervergünstigungen, Zurverfügungstellen billiger Grundstücke, Disziplinierung der Arbeiterschaft u.a.).

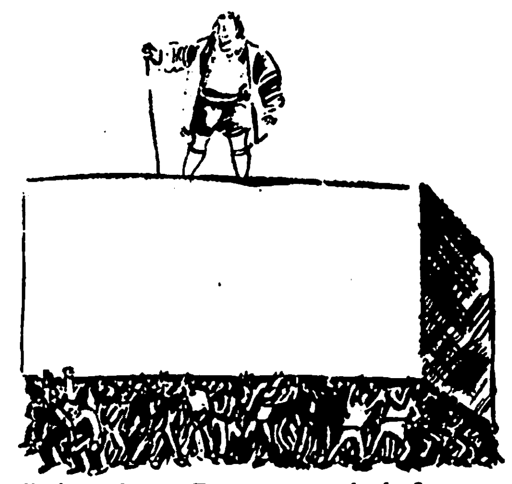
Die multinationalen Konzerne bringen in die Dritte Welt aber nicht jenen Konkurrenzkapitalismus, der die Industrialisierung der westlichen Industrieländer gekennzeichnet und sich damals als eine in vieler Hinsicht fortschrittliche (d.h. die produktiven Kräfte in starkem Maße fördernde) Produktionsweise ausgewiesen hat. Die Niederlassungen der multinationalen Konzerne in der Dritten Welt sind in keiner historisch vergleichbaren Weise einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der sich als Leistungsdruck darstellt und sich im Zwang zu billigen und damit auch zu größeren Angebotsmengen (und damit in höheren Wachstumsraten) niederschlägt.

Eine im Vergleich zur Geschichte der westlichen Industrieländer frühe "Vermachtung" der "engen Märkte" der Entwicklungsländer durch das ausländische Kapital führt zu einer Stagnation der industriellen Entwicklung schon in einer frühen Phase der Industrialisierung (13). Diese Unfähigkeit dieser Art von Industrialisierung, den "inneren Markt" zu entwickeln, ist (neben einigen anderen Faktoren, wie etwa der Stagnation der Landwirtschaft, siehe Punkt 2.1.) dafür verantwortlich, daß die Industrie weitgehend Waren für die kaufkräftigen 20 % der

Bevölkerung produziert (sog. hochwertige Konsumgüter). Diese Waren sind in bezug auf die Bedürfnisse der restlichen 80 % der Bevölkerung zumeist völlig belanglos.

2.4. Einkommensverteilung

Im Zusammenhang mit Punkt 2.3. steht die Tatsache, daß die heute in den kapitalistischen Entwicklungsländern anzutreffende Einkommensverteilung wesentlich ungleichmäßiger ist als in den westlichen Industrieländern zur Zeit ihrer Industrialisierung. Es existiert also heute in den Entwicklungsländern in viel stärkerem Maße eine kleine und sehr reiche Bevölkerungsschicht neben der breiten und verarmten Masse des Volkes. (Selbst die Weltbank befürchtet mittlerweile eine drastische Verschlimmerung dieser Situation in den nächsten Jahren, wenn sich nichts Entscheidendes ändert.)



"Die alten Tyrannen sind fort ...

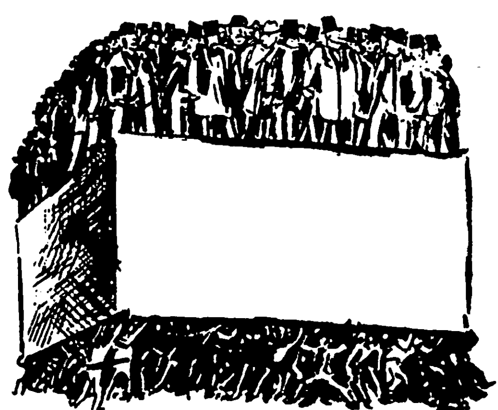
Diese Lage hat aber für die erwünschte privatwirtschaftliche Industrialisierung durchaus keine positiven Konsequenzen (was nicht heißt, daß das nicht für einzelne Unternehmen positive, d.h. gewinnträchtige Konsequenzen haben kann und hat). Denn die Einkommensverwendung (die Nachfrage) zielt bei derartig extrem ungleicher Einkommensverteilung zum nicht geringen Teil auf Luxuskonsumgüter, die in den westlichen Industrieländern (und nicht im Inland) hergestellt werden. Damit fallen aber mögliche Wachstumsimpulse nicht in der Dritten Welt, sondern in den kapitalistischen Industrieländern an. Bei gleichmäßigerer Einkommensverteilung würde statt dessen eine viel stärkere Nachfrage sich auf Güter zur Befriedigung von Grundbedürfnissen richten (Nahrung, Kleidung, Wohnung), die viel leichter auch in den Ländern der Dritten Welt hergestellt werden können (Textilproduktion, Wohnungsbau, industrielle Verarbeitung von Agrarprodukten usw.).

Somit steht also auch die so ungleiche Einkommensverteilung einer privatwirtschaftlichen Industrialisierung hinderlich im Wege.

2.5. Technologische Entwicklung (14)

Die technologische Entwicklung seit der Industrialisierung der westlichen Industrieländer hat zu einer enormen Steigerung der Sachkapitalkosten pro Arbeitsplatz geführt. Während damals die Kosten eines nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplatzes sich auf wenige Monatslöhne eines durchschnittlich entlohnten Arbeiters beliefen (was dann u.a. auch die breite Schicht der selbständigen Handwerker sowie kleinerer und mittlerer Unternehmer hervorbrachte, die selbst ein wichtiges Moment der erfolgreichen privatwirtschaftlichen Industrialisierung gewesen ist), betragen etwa heute in der BRD die Sachkapitalkosten pro industriellem Arbeitsplatz im Durchschnitt DM 90.000. (Dabei sind die Kosten der Ausbildung der Arbeitskräfte nicht berücksichtigt.)

Die Übertragung dieser hoch kapitalintensiven Technologie auf die Länder der Dritten Welt (die vor allem durch Direktinvestitionen der multinationalen Konzerne, aber auch durch Patent-, Lizenz- und Know how-Verträge vonstatten geht) erschwert eine privatwirtschaftliche Industrialisierung in zweifacher Weise: zum einen von der Finanzierungsseite, also durch die Verteuerung der Errichtung von Produktionsunternehmen (wodurch die Entwicklung einer einheimischen, mittleren Unternehmerschicht unmöglich wird;



nun herrscht Demokratie."
Franz Masareel, 1935

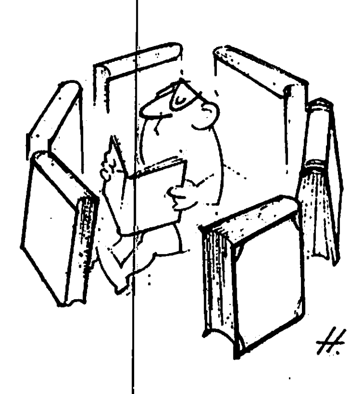
s.o., und also die Steigerung der industriellen Produktion den wenigen - häufig in ausländischem Besitz befindlichen - Großunternehmen vorbehalten bleibt (vgl. den Punkt 2.3.). Zum anderen von der Nachfrage- bzw. Absatzseite: denn kapitalintensive Produktion bedeutet ja gleichzeitig Produktion mit relativ wenig Arbeitskräften und folglich die Entstehung von nur relativ wenigen Arbeitseinkommen und folglich nur relativ geringe Nachfrageeffekte. Und damit auch nur geringe "Multiplikatoreffekte" (d.h.

Wachstumswirkungen, die sich aus der mehrmaligen Verausgabung eines Einkommens ergeben).

So liegt also offenbar in der Anwendung des "technischen Fortschritts" unter kapitalistischen Bedingungen in der Dritten Welt ein wichtiger Hemmungsfaktor für eine erfolgreiche privatwirtschaftliche Industrialisierung.

2.6. Bevölkerungswachstum (15)

Das rasche Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt ist sicherlich keine eigentliche Ursache von Unterentwicklung. Es hat aber im Zuge des Fortschritts der medizinischen Versorgung (Verringerung der Sterblichkeit durch ansteckende Krankheiten, Seuchen etc.) für die Entwicklungsländer Dimensionen angenommen, die die heutigen Industrieländer zur Zeit ihrer Industrialisierung nicht kannten. (Der medizinische Fortschritt läßt sich als ein Spezialfall der technologischen Entwicklung begreifen; siehe Punkt 2.5.) Auch von dieser Seite ergibt sich eine bedeutende Erschwernis einer privatwirtschaftlichen Industrialisierungsstrategie.



Eine Industrialisierungsstrategie wird man nur dann als erfolgreich bezeichnen können, wenn sie nicht nur mit mengenmäßig gesteigerter industrieller Produktion verbunden ist, sondern auch zu wachsender Beschäftigung von Arbeitskräften in der Industrie führt. In einem kapitalistischen System sind die Entscheidungen über den industriellen Beschäftigungsgrad (das sind vor allem Produktions- und Investitionsentscheidungen) abhängig von privaten Gewinnerwartungen. Diese Abhängigkeit stellt sich unter den Bedingungen des hohen Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt dar als eine Schwierigkeit bzw. als die Unmöglichkeit, in Höhe des jährlichen Bevölkerungszuwachses industrielle Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Zum Vergleich: "Innerhalb von 150 Jahren lag die deutsche Wachstumsrate der Bevölkerung bei durchschnittlich 1 %, die Wachstumsrate der außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze bei 1,7 %." (16) Die entsprechenden Relationen sind in der Dritten Welt wesentlich ungünstiger. Daß es sich hierbei um die Erschwernis einer privatwirtschaftlichen Industrialisierungsstrategie handelt, hat die Entwicklung des bevölkerungsreichsten Landes der Erde, der VR China, eindrucksvoll gezeigt. Dort gibt es teilweise sogar ein Problem von Arbeitskräftemangel.

2.7. Der "schwache Staat"

Die Bildung von Nationalstaaten war in den Ländern Westeuropas zumeist schon zwei bis drei Jahrhunderte vor der "industriellen Revolution" abgeschlossen. Es gab einen, im Vergleich zur heutigen Situation der Entwicklungsländer, "starken Staat". Der Staat hat den rechtlichen Rahmen geschaffen, innerhalb dessen sich die Industrialisierung vollziehen konnte, er hat die Anwendung der Gesetze besorgt und war in der Lage, Übertretungen zu ahnden, er hat Handelspolitik getrieben und die Währungsordnung entwickelt. Er hat das Erziehungswesen verstaatlicht (eine für die Industrialisierung längerfristig äußerst wichtige Maßnahme!) und in vielfältiger Weise das Gewerbe gefördert, u.a. durch den Bau von Infrastrukturen (Eisenbahn!). (Vgl. Anm. 3) Gunnar Myrdal versteht unter dem "schwachen Staat" alle die "mannigfaltigen Formen sozialer Disziplinlosigkeit, die sich manifestieren in: Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung und besonders in der Befolgung und im Durchsetzen der Gesetze, weitverbreitetes Nichtbeachten von Anordnungen und Anweisungen seitens des Behördenpersonals (auf allen Administrationsebenen) geheime Abkommen der Beamten mit mächtigen Personen und Personengruppen, deren Verhalten sie eigentlich lenken sollten. Zum Begriff des 'schwachen Staates' gehört auch die Korruption." (17)

Ein Staat kann in diesem Sinne auch "schwach" sein, wenn er über einen erheblichen Polizei- und Militärapparat verfügt, ja zumeist dürften diese Apparate geradezu ein Ausdruck der "Schwäche" des Staates sein.

Die Korruptheit der herrschenden Kreise in vielen Ländern der Dritten Welt ist wohl vereinbar mit finanziellen Förderungsmaßnahmen für die kapitalistische Industrialisierung, z.B. für den Bau von Infrastrukturen (wobei allerdings anzumerken ist, daß solche Infrastrukturmaßnahmen in nicht unbeträchtlichem Umfang von Entwicklungshilfeinstitutionen durchgeführt werden). Die Korruptheit, als der deutlichste Ausdruck der Vernachlässigung der Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung durch die offizielle Politik, verhindert aber jenes Mindestmaß an formaler und materieller Rechtssicherheit, das notwendig ist, breitere Bevölkerungskreise mit dem Industrialisierungsziel zu identifizieren.

In diesem Sinne ist der "schwache

Staat" ein Hemmnis für die kapitalistische Industrialisierung, die die westlichen Industrieländer in gleichem Maße nicht kannten.

2.8. Bedrohung von außen

Die westlichen Industrieländer sahen sich zur Zeit ihrer Industrialisierung keinen ausländischen Mächten gegenüber, die ein ökonomisches Interesse und auch die Durchsetzungsmacht gehabt hätten, ihre autonome Industrialisierung zu verhindern oder entscheidend zu behindern.
Auch in diesem Punkt ist die Lage in der Dritten Welt heute unterschiedlich: herrschende Kreise in den westlichen Industrieländer haben ein starkes ökonomisches Interesse, die wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt auch in Zukunft in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu kontrollieren (Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten, allgemein: Sicherung ihrer Übermacht auf dem Weltmarkt). Aus diesen Interessen lassen sich die politischen und nicht zuletzt die militärischen Maßnahmen zur Absicherung ihrer "historisch gewachsenen" Einflußsphären in den Entwicklungsländern erklären.

Eine abhängige kapitalistische Industrialisierung (vgl. zum Begriff das zweite der in Anm. 10 genannten Bücher) ist mit den ökonomischen Interessen der westlichen Industrieländer vereinbar, eine autonome kapitalistische Industrialisierung müssen sie zu verhindern suchen (und sie tun das bis heute mit nicht geringem Erfolg).

Vergleichbaren äußeren Bedrohungen waren die westlichen Industrieländer bei ihrer Industrialisierung nicht ausgesetzt.

3. Zusammenfassung

Die genannten Punkte (2.1. bis 2.8.) scheinen die wichtigsten der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu enthalten, sicherlich aber nicht alle. Beispielsweise wäre auch noch die Rolle der klimatischen und der religiösen Bedingungen in den Ländern der Dritten Welt heute im Vergleich zur Industrialisierungsphase der westlichen Industrieländer zu untersuchen. (Die Unterschiede in diesen Bedingungen wirken wohl in die gleiche Richtung wie die hier diskutierten Punkte.)

Zusammenfassend ist noch einmal auf die Einleitung zu verweisen. Der These, daß die Länder der Dritten Welt "unseren" Weg der privatwirtschaftlichen Industrialisierung nachvollziehen könnten (und sollten), ist entgegenzuhalten: die Bedingungen sind heute in einer Reihe entscheidender Punkte anders. Diese Faktoren scheinen sämtlich dahingehend zu wirken, daß die Erfolgsaussichten einer kapitalistischen Industrialisierung in der Dritten Welt nicht nur wesentlich verringert, sondern vielleicht sogar überhaupt nicht mehr vorhanden sind.

Die fast vollständige Vernachlässigung dieser unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der etablierten westlichen Entwicklungsländerforschung kann nur als ideologisch bezeichnet werden.

fh

Anmerkungen:

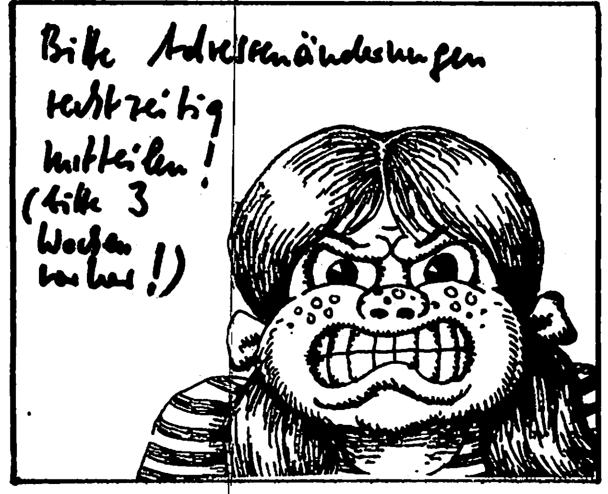
1) Industrialisierung soll heißen: eine laufende Erhöhung des Anteils der güterproduzierenden und güterbearbeitenden Tätigkeiten an der Gesamtproduktion eines Landes. Das Ganze geschieht - zur Abgrenzung gegenüber dem Handwerk - auf einem gewissen technischen Niveau (planmäßiger Maschineneinsatz + konzentrierter Einsatz von Arbeitskräften), wobei die Grenzen zwischen Handwerk und Industrie aber nicht exakt bestimmbar sind, es gibt fließende Übergänge.

2) "Frei" sind die Lohnarbeiter in dem Sinne, daß sie ihre Arbeitskraft nicht an einen im voraus bestimmten Unternehmer zu im voraus bestimmten Bedingungen verkaufen müssen. Im Zeitalter des Feudalismus dagegen gerieten die Menschen durch ihre Geburt in die persönliche Abhängigkeit eines Großgrundbesitzers; insoweit waren sie "unfrei".

3) Wobei der Erfolg der kapitalistischen Industrialisierung in aller Regel durch massive staatliche Eingriffe begünstigt wurde. Das geht verschiedentlich so weit, daß die staatliche Aktivität als der entscheidende Faktor für das Gelingen der Industria-

lisierung betrachtet wird. So etwa bei K. Borchardt, Europas Wirtschaftsgeschichte - ein Modell für Entwicklungsländer?, in: R. Braun, W. Fischer u.a. (Hrsg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 343-366; dort auch Literaturhinweise zum Thema Staatsaktivität unter Anm. 55.

4) Also z.B. Produkte der Textil-, der chemischen und elektrotechnischen Industrie, des Maschinenbaus, des Verkehrswesens, industrielle Verarbeitung von Erzeugnissen der Landwirtschaft und des Bergbaus etc.



5) Das zwar schon häufig totgesagte, praktisch aber immer noch wirksame Grundsatzwerk dieser Richtung dürfte W.W. Rostows, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Ein antikommunistisches Manifest, sein. 2. Aufl., Göttingen 1967.

6) Natürlich haben die Vertreter dieser These auch "Belegbeispiele" zur Stelle, so etwa Taiwan, Israel, Mexiko, Elfenbeinküste. Man müßte die Stichhaltigkeit solcher "Belege" im einzelnen gründlich untersuchen, was hier aber nicht geschehen kann. Kurz läßt sich hier sagen: diese Beispiele sind insofern als Beweis für die Richtigkeit der These ungeeignet bzw. unzureichend, als sie teils aufgrund von nicht repräsentativen (äußeren und inneren) Umständen zustande kamen (wie Israel und Taiwan), teils (wie die Elfenbeinküste und Mexiko) bisher keineswegs als erfolgreiche kapitalistische Industrialisierungsprozesse angesehen werden können. Denn die Einbeziehung breiterer Schichten des Volkes in die industrielle Entwicklung kommt nicht recht voran, die Industrialisierung unterliegt einer strukturellen Stagnation in einem vergleichsweise frühen Stadium. Partielle Industrialisierungserfolge sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Ausgangsbedingungen in solchen "Beweisländern" den Bedingungen der heutigen westlichen Industrieländer zur Zeit ihrer Industrialisierung etwas ähnlicher sind als es für die große Anzahl der Länder der Dritten Welt zutrifft.

7) Dabei ist es klar, daß eine so umfassende Themenstellung auf so wenig Raum letztlich nie ganz befriedigend behandelt werden kann.

8) Die aufgezählten Sachverhalte bedingen sich teilweise gegenseitig, teilweise überschneiden sie sich auch in einzelnen Bereichen.

9) Die landwirtschaftliche Produktion ist nicht gleichbedeutend mit der Nahrungsmittelproduktion (z.B. zählt die Baumwollproduktion zur landwirtschaftlichen, nicht aber zur Nahrungsmittelproduktion). Die Nahrungsmittelproduktion ist nicht gleichbedeutend mit der Menge der auf dem Inlandsmarkt zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel, vielfach werden hochwertige Nahrungsmittel aus den Entwicklungsländern exportiert (z.B. Fischmehl zur Viehfütterung in den Industrieländern), vielfach werden auch Nahrungsmittel importiert.

10) Vgl. dazu etwa: H. Priebe, Entwicklung von der ländlichen Basis her, bes. S. 21 ff, in: O. Matzke und H. Priebe, Entwicklungspolitik ohne Illusionen, Stuttgart-Berlin u.a. 1973, sowie: R. Stavenhaben, Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika, bes. S. 291-297, in: D. Senghaas (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974.

11) Es ist unbestritten, daß die ehemaligen Siedlungskolonien (Nordamerika, Australien etc.) in einem völlig anderen Sinne Kolonien gewesen sind, als die heutigen Entwicklungsländer.

12) Direktinvestitionen sind Unternehmensgründungen von Ausländern, Anleihen sind langfristige Kredite (in diesem Falle von ausländischen Privatleuten). Der Unterschied liegt darin, daß die Verwendung der Anleihemittel einheimischen Personen und Gruppen unterliegt, während sich die Direktinvestitionen in der Verfügungsgewalt von Ausländern befinden.

13) Eine grundlegende Arbeit zu diesem Thema ist: M. Merhav, Technological Dependence, Monopoly and Growth, Oxford-London u.a. 1969.

14) Dieser zentrale Punkt soll in einem der nächsten Beiträge der Reihe "Ideologiekritik" ausführlich behandelt werden.

15) Vgl. dazu den Beitrag: "Bevölkerungsexplosion" - Ursache der Unterentwicklung?, in: blätter des iz3w, Nr. 25 (Juni 1973), S. 7-9 (Ideologiekritik 6) und den Artikel zur Weltbevölkerungskonferenz in diesem Heft.

16) Vgl. den in Anm. 10 zitierten Aufsatz von H. Priebe, S. 36.

17) G. Myrdal, Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt 1970, S. 202, sowie das ganze Kapitel 7.

Ecuador

Landbesetzungen

Vorbemerkung der Redaktion

Das "Manifest von Tiwanaku" (blätter des iz3w, 35, S. 26 ff) stellt die wirtschaftliche Ausbeutung sowie die politische und kulturelle Unterdrükkung der Indios in Bolivien aus der Sicht der Betroffenen dar. Ähnlich ist die Lage der Indios in Peru (1) und Ecuador: Hier wie dort gehören sie zu der untersten und am meisten ausgebeuteten Schicht.

Am Beispiel Ecuadors läßt sich das so darstellen:

Ein wesentlicher Grund der Unterdrükkung ist die Sozialstruktur auf dem Lande: "In Ecuador verfügen 2,1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 64,4 Prozent der Wirtschaftsfläche. 90 Prozent der Kleinbetriebe müssen sich dagegen mit kaum 17 Prozent des Bodens zufriedengeben." (2) Der Großgrundbesitzer ist im allgemeinen nicht auf einen hohen Ertrag seiner Ländereien angewiesen. Oft lebt er in der Stadt; das Land sichert seine politische Macht und dient als Garantie für Kredite im industriellen Sektor (3). Daher wird der Großgrundbesitz oft nur extensiv oder überhaupt nicht bearbeitet. Die Kleinbauern, im allgemeinen Indios, erhalten vom Großgrundbesitzer meist nur eine kleine Parzelle schlechten Landes zugeteilt. Um nicht zu verhungern, müssen sie dies sehr intensiv bewirtschaften. Trotz des kargen Bodens liegt die Produktivität pro Hektar bei diesen Kleinbetrieben mehr als dreimal so hoch wie auf dem extensiv bearbeiteten Großgrundbesitz. "Dabei hat der Großgrundbesitz überall das beste, verkehrsmäßig erschlossene Land mit Beschlag belegt und verfügt auch über die Wasserrechte."

Gewissermaßen als Pachtzins muß der Indio wöchentlich für 4-5 Tage seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Offiziell gibt es ein Gesetz, das für diese Arbeit einen gewissen Mindestlohn garantiert. "Aber in den abgelegenen Andentälern ist noch immer der Großgrundbesitzer, der Dueno, das Gesetz. Er setzt seinen eigenen Minimallohn fest, und immer noch gibt es Duenos, die ihre Indios nicht in Bargeld, sondern in Gutscheinen auszahlen, die wiederum nur im Laden des Dueno eingelöst werden können. Die Abhängigkeit der Indios ist immer noch total, ... (sie)... kommt der Sklaverei gleich. In diesem System der Abhängigkeit und Unterdrückung liegt auch die angebliche Apathie, Dummheit und Faulheit der Indios begründet, die ihnen, den Nachfahren der Inka-Völker, oft als Rassenmerkmale zugeschrieben werden."

"Die Händler, deren Margen 40 bis 60 Prozent betragen, und die 'Chulqueros', die Geldverleiher, deren Zinsen oft 100 Prozent übersteigen, sind neben dem Großgrundbesitz das zweite Element der Versklavung der Indios. Ihnen sind auch die Kleinbauern, die zwei, drei Hektar eigenes Land besitzen und nicht vom Großgrundbesitzern abhängen, wehrlos ausgeliefert. Die Händler im Dorf setzen einfach gemeinsam die Preise fest und bezahlen, was sie wollen. Oft fangen ihre Agenten die Indios schon auf dem Weg zum Markt ab. Die Indios können dann den gebotenen Betrag annehmen, oder sie laufen Gefahr, zusammengeschlagen zu werden und gar nichts zu bekommen."

Allmählich beginnen die Indios, diese Ursachen für ihre Abhängigkeit zu erkennen, sie organisieren sich und fordern Land und Kredite. Das "Manifest von Tiwanaku" ist ein deutlicher Ausdruck dieses Bewußtseins. Die beiden folgenden Beiträge beleuchten konkrete Aktionen, in denen Indios ihr neues Selbstverständnis in die Praxis umsetzen.

Anmerkungen

1) Genauere Informationen über die Lage der Indios in Peru werden z.B. in folgenden Artikeln gegeben: Schulze-Vogel, W. u.a.: Probleme des Lebens der armen Landbevölkerung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 6/7 1973, S. 29-31, sowie: Peru-Artikel in iz3w, 36/37, S. 43 ff

2) Bänziger, A.: "Ecuador: Kirche, Land und Indios", in: Orientierung Nr. 10 vom 31.5.74, S. 111-113. Auch die folgenden Zitate sowie die übrigen Angaben stammen aus diesem Artikel.
Die Bodenverteilung in Peru ist ähnlich: siehe iz3w, 36/37, S. 46

3) Aus diesem Grunde tasten Agrarreformen wie in Peru nicht die Macht der Großgrundbesitzer an. Näheres siehe: iz3w, 20, S. 49

Appell zur Unterstützung indianischer Bauern von Llangahua Central

Der "Servicio para la Accion Liberadora Noviolenta Latinoamericana" (Lateinamerikanische gewaltlose Befreiungsaktion), Buenos Aires, richtet aufgrund des Beschlusses der Tagung von Medellin (Februar 1974), internationale Solidarität zwischen armen und reichen Ländern im gewaltlosen Befreiungskampf aufzubauen, einen Appell an Gruppen in Lateinamerika, den USA, Kanada und Europa um Unterstützung der Indios von Llangahua Central, Ecuador, in ihrem gewaltlosen Kampf um Bodenbesitz und gerechte Bodenpreise.

Die Sachlage ist folgende: Die Bevölkerung Ecuadors (4,5 Millionen) besteht zu 40 % aus Indios. Rund 50 % der Bevölkerung lebt auf dem Lande, wo der Großgrundbesitz immer noch vorherrscht. Die Indios der Hochlandgebiete – um solche handelt es sich im vorliegenden Fall – sind durch die ungerechte Bodenverteilung und durch Bodenspekulation häufig in ihrer Existenz bedroht.

In dem Fall Llangahua Central (Bezirk Riobamba) wurde am 11. April 1971 von den indianischen campesinos (Landarbeiter und Kleinbauern) eine Genossenschaft gegründet (Asociacion Indigena de Llangahua), der gegenwärtig 104 Familien angehören. Sie fordern die gesetzliche Zuerkennung des Bodens, den sie seit eh und je bebauen. Die erste Verhandlung fand am 22. Juni 1972 im Hause des Großgrundbesitzers hinter verschlossenen Türen statt: Der Großgrundbesitzer und sein Rechtsanwalt, der Bezirkssekretär der IERAC (landwirtschaftliche Regionalbehörde) von Riobamba (selbst Grundbesitzer von Chimborazo) und der mit der Verteidigung der Indios betraute Anwalt beschlossen gemeinsam, von den 1300 ha guten Bodens der Plantage den Indios lediglich die höchstgelegenen, steinigen, vegetationslosen Parzellen zuzusprechen. Ein Vertreter der Indios wurde gezwungen, den Akt, dessen Inhalt weder er noch seine Kollegen verstanden, zu unterschreiben. Für seine "guten Dienste" verlangte der Rechtsanwalt 4000 Sucres (1 Sucre = 0,72 ÖS, bzw. 0,10 DM). Nachdem ihnen der Inhalt des Aktes klargeworden, wiesen

Stichwörter zu Ecuador

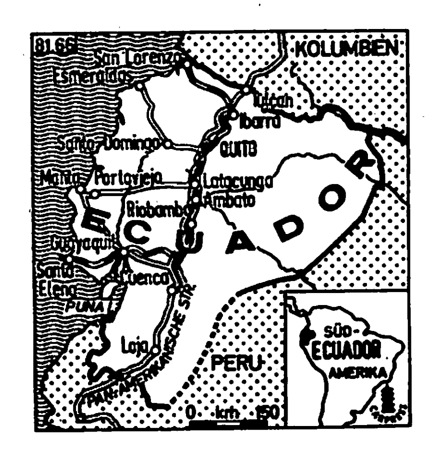
Seit Februar 1972 regieren in Ecuador Militärs. Politische Parteien sind verboten.

Ecuador besitzt einen der fruchtbarsten Böden Lateinamerikas. Etwa die Hälfte der insgesamt 7 Mill. Einwohner arbeiten in der Landwirtschaft. Produziert werden vorwiegend Bananen (auf Plantagen der United Fruit Company), deren Exporte bis vor wenigen Jahren ca. 50 % der Devisenerträge einbrachten ("Bananenrepublik").

2,1 % der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 64,4 % des Bodens. Die großen Massen der Landbevölkerung sind durch diese Monopolisierung des Grundbesitzes in die unfruchtbaren Gebiete abgedrängt worden.

Ecuador besitzt große Ölvorkommen, deren Erschließung es innerhalb der letzten Jahre zum zweitgrößten Erdölexporteur Lateinamerikas machte. Schon 1973 betrug der wertmäßige Anteil des Erdöls am Export fast 50 %.

Der Erdölboom beendete die Finanzsorgen der Regierung: Der Haushalt ist jetzt ausgeglichen, die Devisenreserven steigen. 8 % des geförderten Öls sind direkt für die Streitkräfte reserviert. Darüber hinaus sollen die Ölgelder für verstärkte militärische Ausbildung und Waffenkäufe verwandt werden.



Der Erdölboom verschlechterte die Lage der armen Massen: Der Ölreichtum führte zur Erhöhung der Inflationsrate und Verknappung der Lebensmittel; es gab starke Preiserhöhungen bei Reis und anderen Grundnahrungsmitteln.

Quellen:

NZZ vom 26.5.74, 30.5.74, 6.7.74, 18.7.74
FR vom 13.7.74

die Indios diesen zurück und wählten sich einen als "Freund des Volkes" bekannten Rechtsanwalt, Dr. M. Araujo Hidalgo.

Bei der 2. Verhandlung am 23. März 1972, formulierten der Bezirksvorstand der IERAC von Riobamba, der Rechtsanwalt des Grundbesitzers und der Anwalt der Indios, unter Vortäuschung öffentlicher Zugänglichkeit, neuerlich Klauseln eines für die Indios unannehmbaren Vertrages, den zu unterzeichnen sie wiederum gezwungen wurden: der Boden, der den Indios zugeschrieben ist, wurde mit 5 Millionen Sucres bewertet; als Garantie für Annahme und Einhaltung des Vertrages müssen sie dem Landherrn binnen 30 Tagen 1 Million Sucres bezahlen; die Gesamtschuld muß innerhalb von 7 Jahren beglichen sein; bei Terminüberschreitung verfallen alle eingezahlten Raten; die Indios müssen ihre Arbeit auf der Plantage 14 Monate fortsetzen; Bezahlung dafür erfolgt erst am Ende dieser Periode. - In der Folge verlangte der Exekutivdirektor des IERAC eine offizielle Bodenbewertung durch Experten. Bei dieser Untersuchung wurde der Gesamtwert, inklusive Bauten und Installationen mit 1.138.000 Sucres festgelegt. Eine Schätzung, die vom Grundbesitzer veranlaßt wurde, ergab hingegen einen Wert von 6.960.000 Sucres. Am 31. Juli 1973 kam es zur Verhandlung bei dem IERAC des Bezirkes von Riobamba. Bei dieser Verhandlung wurde jedoch nicht das Expertengutachten als Grundlage verwendet, sondern ein Dekret vom April 1973, in welchem der Wert von Llangahua mit 3.600.000 Sucres festgelegt wird. Man weigerte sich, den dieser Summe eingeschlossenen Wert von Landbesitz, der in der Zwischenzeit um 2.300.000 Sucres verkauft worden war, in Abzug zu bringen. Gegen diesen ungerechten Urteilsspruch wurde deshalb von den Indios beim Landwirtschaftsministerium Beschwerde eingelegt.

Am 13. November 1973 starb die Besitzerin des Landgutes ohne direkte Nachfolger. Erben wurden ihre Geschwister, alle selbst Landbesitzer mit Millionenvermögen.

Eine im Februar 1974 durch das Landwirtschaftsministerium durchgeführte Untersuchung auf der Plantage stellte fest: jahrelange schlechte Bewirtschaftung des Landes, keine Investitionen, Parteilichkeit der kommissionierten Beamten zugunsten des Landbesitzers.

11. März 1974. Die Indios sind des Wartens müde: sie haben schon 150.000 Sucres für Spesen ausgegeben. Sie entschließen sich, zur direkten Aktion zu greifen: "Da wir über keinerlei Reserven verfügen, noch über irgendwelche Verdienstmöglichkeiten, um unseren Lebensunterhalt zu bestreiten, beschlossen wir, den Boden zu bebauen und sind bereit, für diesen den gerechten Preis zu bezahlen. Wir veröffentlichen unseren Beschluß im "Heraldo". Am 16. März begannen wir zu arbeiten. Durch die nationale Bewegung der Indios ECUARUNARIC erhielten wir die Unterstützung zahlreicher indianischer Gemeinschaften von Tungurahua sowie aus 9 Provinzen der Sierra. Am 18. März hatten wir eine Aussprache mit dem Gouverneur der Provinz. Wir dankten ihm für das Versprechen, sich dafür zu verwenden, daß der Prozeß binnen 30 Tagen zu einem guten Ende geführt werde. Doch während 30



Tagen können wir nicht von Versprechungen leben. Unser Beschluß steht aufrecht: WIR BEBAUEN DEN BODEN UND SIND BEREIT, FÜR DIESEN EINEN GERECHTEN PREIS ZU BEZAHLEN. WIR SIND MENSCHEN UND HABEN EIN RECHT AUF LEBEN. MAN VERBIETET UNS, FÜR UNS SELBST ZU ARBEITEN UND WÜNSCHT, DASS WIR FÜR DEN GRUNDHERRN ARBEITEN. WIR HABEN DAS GEGENTEIL BESCHLOSSEN. WENN DIE POLIZEI GEGEN UNS EINSCHREITET, WERDEN WIR NICHT GEGEN SIE VORGEHEN. WIR BIETEN IHR VIELMEHR UNSERE LETZTE SCHÜSSEL NAHRUNG UND UNSER STÜCKCHEN STEINIGEN BODEN AN, DAMIT SIE UNS HELFE, EINEN GERECHTEN ANTEIL ZU ERHALTEN! WIR WERDEN ALLE MENSCHEN ÜBER UNSERE SITUATION INFORMIEREN. WIR HABEN DAS GESETZ, DAS FÜR DIE RECHTE DES VOLKES EINTRITT, GEACHTET! DOCH DAS VON DEN OLIGARCHIEN VERWALTETE GESETZ HAT UNS MISSACHTET. WIR WEICHEN VOR DEN DROHUNGEN NICHT MEHR ZURÜCK UND SOLLTEN WIR STERBEN, SO WERDEN UNSERE SÖHNE DEN KAMPF WEITERFÜHREN. WIR ERWARTEN DIE UNTERSTÜTZUNG ALLER, DIE VERSTEHEN, DASS UNSERE SACHE GERECHT IST." (Das Leitungskomitee).

Als Ausdruck der Solidarität mit den Indios von Llangahua ersucht der "Servicio para la Accion Liberadora Noviolenta" Telegramme und Briefe an den Präsidenten der Republik Ecuador (General Guillermo Rodriguez Lara, Presidente de la Republica, Quito, Ecuador, Südamerika) und an den Landwirtschaftsminister (Colonel Raul Cabrera Sevilla, Ministro de Agricultura y Ganaderia,

NAZARIO, EIN DENKENDER INDIO, ZIEHT SEINE SCHLÜSSE:

"Ich bin kein Soziologe. Aber ich habe mir so meine Gedanken gemacht." Der das sagt: Nazario, ein einfacher Kleinbauer, Führer der Indio-Gemeinde von Chibuclo im ecuadorianischen Andenhochland. Nazario ist in die Missionsschule gegangen, er kann lesen und schreiben. Und er führt ein Tagebuch mit seinen Überlegungen, mit seiner Analyse der verzweifelten Situation der Mini-Bauern von Chibuelo, die auf 3500 Meter Höhe an steilen Berghängen zwei, drei Hektaren Land bebauen.

"Ich habe hier eine Liste angelegt von 38 kirchlichen Festtagen", erklärt Nazario. Diese Kirchenfeste, die zu den Sonntagen noch hinzukommen, waren für uns Indios obligatorisch. Jedesmal mußten wir dem Padre 200 bis 500 Sucre bezahlen fürs Messelesen. Und arbeiten konnten wir an diesen Feiertagen auch nicht. Also haben wir Chicha (Maisbier) getrunken und waren jedesmal besoffen. Die Kirche war schuld an unserer Armut und Unterdrükkung. Wir mußten immer wieder ein Stück Land verkaufen und wurden immer ärmer."

Und Nazario liest aus seinem Tagebuch vor: "Was hat uns denn diese Kirche gebracht? Hat sie uns soziale Gerechtigkeit gebracht? Haben diese Kirchenfeste überhaupt etwas mit dem Evangelium zu tun?" Solche Gedanken kamen Nazario nach den Kursen, die er im Centro Indigenista "Alemania" in Ambato besuchte. "Deutschland" heißt das Eingeborenen-Zentrum zu Ehren der europäischen Spender, Kardinal Döpfners Bild hängt - handsigniert - in der Eingangshalle. Mit Hilfe aus Deutschland hat der Bischof von Ambato dieses Zentrum errichtet, um die Indios zu fördern. Hier lernten sie, die Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten zu durchschauen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben versperren.

Nazario und seine Genossen haben schnell gelernt. Sie haben einen Teil ihrer zerstückelten Landparzellen zusammengelegt und darauf in gemeinsamer Arbeit Kartoffeln gepflanzt. Aber sie haben auch erkannt, daß die jahrhundertelange Bevormundung durch die Kirche an ihrem Zustand mitschuldig ist. Sie haben dem Padre gesagt, er müsse nicht mehr kommen und die Messe lesen an all diesen endlosen Feiertagen. Sie zögen es vor zu arbeiten.

Der Padre ist zum Bischof gegangen und hat ihm geklagt, daß die Indios von Chibuelo nicht mehr zur Messe kommen wollen. Außerdem schrumpfen seine Einnahmen. Was soll der Bischof tun? Sein eigenes Eingeborenen-Zentrum ist an allem schuld, man muß ihm besser auf die Finger sehen.

Die Kirche hat - spät genug - versucht, die Versklavung und Verdummung der Indios aufzubrechen. Aber weil die Kirche an dieser Versklavung mitbeteiligt war (sie war bis vor ganz kurzem auch Ecuadors größter Grundbesitzer) wendet sich das neue Bewußtsein der Unterdrückten auch gegen die Kirche. Die Kirche als "Kirche der Armen" wird zur Gefahr für die Kirche als Institution. Ist es da nicht besser, das progressive Experiment abzubrechen und zu retten, was noch zu retten ist? Viele, die in Lateinamerikas Kirche für Gerechtigkeit waren, sind erschrocken, als die Unterdrückten selber zu sagen begannen, was sie für gerecht halten. Ist ihnen vielleicht ein frommes Volk doch lieber als ein denkendes Volk?

aus: Orientierung Nr. 10, 31.5.74

Quito, Ecuador) mit dem Ersuchen zu richten, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit den Indios von Llangahua Central (Riobamba) Recht gesprochen wird.

Einzelpersonen und Gruppen, die sich dieser Aktion anschließen, werden gebeten, eine Kopie ihres Schreibens zur Weiterleitung an "Servicio" und an die Aktionsgruppe in Ecuador, an das Büro des Österreichischen Versöhnungsbundes zu senden, wo auch weitere Informationen erhältlich sind.

Juni 1974

Internationaler Versöhnungsbund
österr. Zweig
Schottengasse 3a/1/58
A-1010 Wien, Austria
Tel. 63 62 12

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht, daß der Kampf der Bauern in Llangahua Central erfolgreich beendet wurde. Sie haben den Boden, den sie bearbeiten, und zu einem gerechten Preis erwerben wollten, erhalten. Der Koordinator der gewaltfreien Gruppen Lateinamerikas, Adolfo Perez Esquivel betonte, daß zu diesem Erfolg auch wesentlich die Solidaritätskampagnen von Gruppen in Lateinamerika, Europa, den USA und Kanada beigetragen haben. Gleichzeitig weist er auf eine andere Genossenschaft hin, die in einem ähnlichen Kampf um ihren Boden mit den Großgrundbesitzern stehen, und die unsere Solidarität brauchen. Deshalb sollen an die obigen Adressen Solidaritätsbriefe und Telegramme geschrieben werden.

wawi

Brasilien
VW do Brasil

Vorbemerkung der Redaktion

Für Firmen mit weltweitem Interesse werden folgende drei Bezeichnungen benutzt, die klar zu unterscheiden sind: "die nationale Firma mit ausländischen Unternehmungen, der multinationale Konzern und schließlich der internationale Konzern... Die nationale Firma mit ausländischen Unternehmungen weiß wohin sie gehört. Sie ist zuerst und vor allem Bürger eines bestimmten Landes... Die multinationale Firma versucht, ein guter Bürger in jedem der Länder zu sein, in denen sie operiert... Der internationale Konzern hat kein Land, dem er mehr Loyalität schuldet als irgend einem anderen, oder kein Land, in dem er völlig zu Hause ist..." (1).

Im folgenden Artikel wird dargestellt, wie sich die Volkswagen AG von einer nationalen Firma über eine multinationale zu einem internationalen Konzern entwickelte. Am Beispiel VW do Brasil wird dabei aufgezeigt, welche Auswirkungen sich dadurch für das Entwicklungsland Brasilien und auch für das Ursprungsland des Konzerns, die BRD, ergeben. Der Artikel stützt den Schlußsatz des oben zitierten Buches: "Ich habe den Eindruck, daß der multinationale Konzern sich gegenwärtig schneller in einen internationalen verwandelt, als die nationalen Regierungen sich auf Maßnahmen einstellen, um dieser Entwicklung zu begegnen."

Red.

1. Wie entstand VW do Brasil?

1.1. Entwicklung des VW-Werkes in Wolfsburg

Die Welt ist kleiner geworden, seit große Industrieunternehmen in allen fünf Erdteilen Zweigstellen errichten. In Brasilien hat VW mit seiner dortigen Niederlassung eine künstliche Insel geschaffen, die mehr Gemeinsamkeiten mit dem Wolfsburger Werk und seiner Geschichte hat, als man vielleicht glauben möchte.

Im Wolfsburger Werk, das Hitlers Armeen mit Panzerfahrzeugen aufgerüstet hatte und das durch Bomben weitgehend zerstört worden war, wurde schon kurz nach Kriegsende mit der Massenproduktion billiger Autos begonnen. Die Werksleitung nutzte früher als andere westdeutsche Autofabriken den Vorteil der großen Serie, durch die die Herstellungskosten der Konkurrenz unterboten werden konnten und zugleich ein hoher Profit erzeugt werden konnte. Die Gewinne, über die das Volkswagenwerk früh und reichlich verfügte, wurden fast völlig wieder ins Werk investiert und wirkten sich kaum auf das Lohnniveau aus. Die Lohnforderungen der Arbeiter, die damals in der ganzen BRD schärfer als bis vor kurzem vorgetragen wurden, beantwortete Nordhoff, damals der unumschränkte Chef des Konzerns, mit den Worten: "Wenn wir die Kuh, von deren Milch wir später leben wollen, jetzt schlachten, weil sie gerade ein bißchen Fett angesetzt hat, wie es uns die Volksbeglücker raten, dann geht das nicht, dann haben wir keine Zukunft, dann versacken wir allesamt ..." (2).

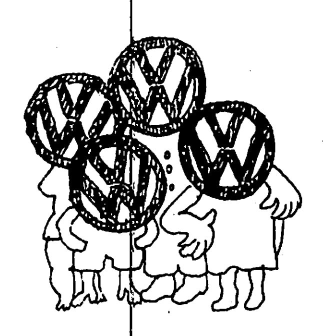
In vierteljährigen Vollversammlungen der gesamten Belegschaft vermochte Nordhoff, die Arbeiter und Angestellten durch "Schnall-den-Gürtel-enger"-Parolen bei der Stange zu halten, bis das Werk schließlich so profitabel arbeitete, daß es durch eine eigene Sozial- und Tarifpolitik den Einfluß der Gewerkschaften schließlich endgültig zurückdrängen konnte.

1.2. Entstehung von VW do Brasil

Bereits Anfang der 50er Jahre war die Akkumulation so weit fortgeschritten, daß, um die Profitrate zu halten, die Konzernleitung vor der Alternative stand, das Tempo des Wachstums zu drosseln bzw. - wie es heute geschieht - Autos für wohlhabendere Käufer zu produzieren oder sich nach ausländischen Absatzmärkten umzusehen. Die Konzernleitung wählte unverzüglich den zweiten Weg, baute trotz der erschwerten Verkaufsbedingungen ein Zweigwerk bei Hannover und begann mit dem Verkauf in Afrika (vor allem Südafrika), Asien, Lateinamerika und Australien bzw. Neuseeland. Wegen der Zollpolitik der betreffenden Länder war es meist günstiger, halbgefertigte Waren einzuführen und sie im Land selbst in Montagebetrieben zusammenzusetzen. Auch Volkswagen do Brasil entstand auf diese Weise. Aus dem Montagebetrieb in einer kleinen Werkstatt in Sao Paulo wurde bald ein Produktionsbetrieb. Die niedrigen Löhne der brasilianischen Arbeiter sorgten dafür, daß das investierte Kapital in Brasi-

lien sehr viel mehr Profit brachte als in der BRD. VW do Brasil erlebte eine Akkumulation des Kapitals, die weit über dem Konzerndurchschnitt lag. Es waren eine ganze Reihe von Gründen, die die brasilianische Filiale ähnlich schnell wachsen ließen wie das Stammwerk in Wolfsburg nach dem Krieg. Vor allem nach dem von den USA gesteuerten Militärputsch von 1964 genoß das ausländische Kapital in Brasilien große Vorteile auf dem Gebiet der Steuer-, Zoll- und Investitionspolitik. Streiks wurden verboten, die Gewerkschaften noch mehr gleichgeschaltet, als sie es ohnehin schon waren, die Gewerkschaftsführer ins Gefängnis geworfen und durch Vertrauensleute der Militärregierung ersetzt.

Das Militär sorgte für die unmittelbare Unterdrückung der Arbeiter, und die Verhandlungspartner der VW-Bosse waren nicht Gewerkschaften, sondern das Arbeitsministerium. Unter diesen Umständen konnte die brasilianische VW-Filiale die in Wolfsburg entwickelte Politik der sozialen Befriedung von oben bis zur Perfektion ausfeilen. Militär und Polizei verfügen über Repressionsmittel wie Verhaftungen, Folter und Mord, die sich nicht für Fabrikhallen von Großbetrieben eignen. Diese Repressionsmittel werden in den Betrieben ergänzt durch ein friedlicheres Gegenstück: relative Privilegierung der Arbeiter gegenüber ihren Kollegen in Kleinbetrieben, sozialtechnische Anpassungsmechanismen und eine ununterbrochene Indoktrinierung durch "wir sind alle eine Familie"-Parolen



- und wenn das immer noch nicht genügte, stehen genügend Werkspolizisten zur Verfügung.

VW do Brasil profitierte davon, daß die Kaufkraft des brasilianischen Bürgertums wegen der herbeigelockten Dollars und DMs stieg. Auch in Brasilien wurde der Löwenanteil der Profite wieder investiert, und die Produktionskapazität stieg so sehr, daß sie bald nicht mehr völlig genutzt werden konnte. Das brasilianische Wirtschaftswunder zeigte seine Kehrseite: die Löhne der Arbeiter waren - und sind - so niedrig, daß die Arbeiter nicht zu Konsumenten von Autos, Kühlschränken und Farbfernsehgeräten werden konnten, also von Artikeln, die deutsche Firmen in Brasilien bevorzugt herstellen.

Zum zweiten arbeiten die ausländischen Konzerne auf einem derart hohen technologischen Niveau, daß im Verhältnis zu den Investitionen nur wenige Arbeitsplätze entstehen und sich also auch auf diese Weise keine neue Konsumentenschicht bildet.

1.3. Neue Firmenpolitik von VW do Brasil

Ende 1968 wurde die Absatzkrise von VW do Brasil akut. Wie Nordhoff zuvor in Wolfsburg, so stand der damalige Chef von VW do Brasil, Rudolf Leiding, vor der Alternative, das Wachstumstempo herunterzuschrauben oder sich nach neuen Absatzmöglichkeiten umzuschauen. In jedem Fall mußte die Firmenpolitik gründlich revidiert werden, denn in Brasilien war die VW-Profitrate wegen der umfangreichen Reinvestitionen gesunken (3). Zudem waren Überkapazitäten entstanden, die nur zeitweilig ausgenutzt werden konnten.

Ungesäumt und in bestem Einvernehmen mit den Militärs unternahm Leiding drei Schritte: Erstens stellte er die Produktion des Werkes auf Export um. VW do Brasil eröffnete Montagewerke und Vertriebsgesellschaften in Uruguay, Chile, Peru und einer Reihe anderer Länder. Aber nicht nur nach Lateinamerika soll exportiert werden. "Wir wollen... jetzt Sorge dafür tragen, daß wir einen kontinuierlichen Export von Brasilien nach Europa und in andere Länder der Welt durchführen", erklärte VW-Chef Leiding. Dabei handelt es sich nicht nur um Ersatzteile, sondern auch um komplette Fahrzeuge. Die Kapazitäten in Brasilien sollen weiter ausgebaut werden, so daß dort täglich 500 Motoren und 500 Getriebe für die deutschen Fabriken gefertigt werden können.

Zweitens ging die Werksleitung dazu über, die Produktion des 1300ers, den sich ein Facharbeiter oder ein mittlerer Angestellter vielleicht gerade noch leisten konnte, um fast zwei Drittel zu senken. Die Produktion von Transportern, die der Entwicklung des Landes sicher mehr als die der PKW dient, wurde ebenfalls gesenkt, obwohl sie ohnehin weniger als 10 % der Gesamtproduktion (4) ausmachte. Statt dessen begann VW do Brasil, höherklassige Wagen und sogar einen Sportwagen zu bauen. In einem Land, in dem große Teile der Bevölkerung in unvorstellbarem Elend leben und es an den notwendigsten Textilien und Nahrungsmitteln fehlt, wurde mit viel Aufwand Reklame zur Anschaffung von Zweit- und Drittwagen gemacht.

Drittens investierte VW jetzt in Bereichen außerhalb der Automobilproduktion: VW ist mit Millionen von Grundstücksspekulationen im Amazonasgebiet

beteiligt. Nachdem der Staat Milliarden investiert hat, um durch die Transamazonica dieses Gebiet für den Verkehr zu erschließen, kann das Kapital jetzt seinen Profit machen. VW errichtet riesige Rinderfarmen, die von

> Wie das Magazin „CAPITAL" in Nr. 7/74 berichtet, stapeln sich im Portefeuille des VW-Konzerns die Anteile an südamerikanischen Industrieunternehmen.
> „CAPITAL" schreibt: „In der Amazonasprovinz Para sollen noch in diesem Jahre die ersten tropenfesten Kühe indischer Rasse in das frisch ausgesäte mannshohe Gras der Volkswagen-Facenda getrieben werden."
> Der VW-Rinderzuchtberater Oscar Thompson, ehemaliger Landwirtschaftsminister Brasiliens, strömt den Optimismus aus, wie er derzeit kaum anderswo als in Südamerika zu spüren ist: „Die Welt braucht Fleisch, und wir können es sehr billig produzieren".
> Der Nachfahre schottischer und deutscher Einwanderer, der in den bei der Regierung in Brasilia eingereichten Projektplänen die Aufzucht einer Herde von 100.000 Rindern mit VW-Brandzeichen ankündigte, rechnet schon ab 1980 damit, daß der VW-Konzern sich in künftigen Auto-Flautejahren wenigstens auf saftige Fleischprofite stützen kann.

einigen wenigen Facharbeitern bewirtschaftet werden. Zuvor natürlich müssen einige hundert Kleinbauern vertrieben werden. Auch für das Rindfleisch gilt das Schema "Produktion in Brasilien - Konsum in Europa und den USA".

2. Was trägt VW do Brasil zur Entwicklung des Landes bei?

Der VW-Konzern legt Wert darauf, einen besseren entwicklungspolitischen Beitrag zu leisten, als es in "Ost und West" der Fall ist. Nehmen wir uns die Leistungen, die VW in Brasilien erbringt, Punkt für Punkt vor.

2.1. Schaffung von Arbeitsplätzen

VW do Brasil betont immer wieder, daß es durch seine Auslandsinvestitionen viele Arbeitsplätze schafft. Zunächst einmal ist das auch richtig, denn wo eine Fabrik gebaut wird, entstehen Arbeitsplätze. Das Unternehmen arbeitet aber auf einem derart hohen technologischen Niveau, daß die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gering ist dafür, daß es sich um das größte Industrieunternehmen Lateinamerikas handelt. VW hat direkt 30 000 und nach eigenen Schätzungen indirekt 170 000 Arbeitern und Angestellten Arbeit gegeben. Es müßte aber j e d e s Jahr eine halbe Million, also ein Vielfaches davon, an Arbeitsplätzen geschaffen werden, damit das Riesenheer der Arbeitslosen sich wenigstens nicht noch vergrößert. Offensichtlich ist die hochtechnisierte Massenproduktion von Fahrzeugen nicht dazu geeignet, die Arbeitslosigkeitsprobleme eines Landes wie Brasilien zu lösen. Obwohl die Löhne sehr niedrig sind, werden in zunehmendem Maße Maschinen eingesetzt. Von 1970 auf 1971 ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten bei VW do Brasil um 14,1 % gestiegen, während um 26,5 % mehr Autos produziert wurden. (5) Dieses Zahlenverhältnis läßt sich nur durch kapitalintensive Produktionsweise erklären. In seiner Propaganda legt der Konzern Wert darauf, eine heimische Zulieferindustrie zu stützen und so die nationale Wirtschaft Brasiliens voranzutreiben und auf diesem Wege indirekt Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Behauptung geht derart offenkundig an den Tatsachen vorbei, daß es sich lohnt, näher darauf einzugehen.

Zunächst tragen wichtige Zulieferer der Kfz-Industrie in Brasilien durchaus vertraute Namen: Belzer, Bosch, Deutsche Vergasergesellschaft, Fein, Fichtel und Sachs, Flick, Glasurit, Hartmann und Braun, Krupp, Mahle, Motorwerke Mannheim, Schäffler, VDO und Zahnradfabrik Friedrichshafen. (6) Daneben gibt es eine große Zahl kleinerer, kapitalschwacher Zulieferer, die im Besitz von Brasilianern sind. Diese Betriebe sind durch ein vor dem Militärputsch erlassenes Gesetz vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Dieses Gesetz verbietet ausländische Investitionen, wenn das entsprechende Produkt im Lande schon hergestellt wird. Dieses Veto wurde umgangen, als zum Beispiel Daimler und Ford kleine Lieferanten einfach aufkauften. (7) Die Absatzkrise von VW do Brasil traf die brasilianischen Zulieferer besonders stark, da sie über wenig Eigenkapital verfügten und auf laufende Aufträge angewiesen waren. Eine Reihe von brasilianischen Zulieferfirmen brach wirtschaftlich zusammen. Eine Pressefehde (8) zwischen Zulieferern und Produzenten aus dieser Zeit zeugt von der Empörung der brasilianischen Industriellen darüber, daß jede Wirtschaftskrise nur wieder die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals verstärkt. Nachdem die brasilianischen Töchter von VW und DKW-Demag fusioniert hatten, stellte das DKW-Werk plötzlich Autoteile für VW her (9), wodurch wiederum brasilianische Zulieferer aus dem Geschäft geworfen wurden. VW übernahm durch Beteiligungen und ein hochkompliziertes Computerkontrollsystem die Kontrolle über seine Zulieferbetriebe. Die Betriebe wurden durchrationalisiert und die Arbeiter, die dabei ihren Arbeitsplatz verloren, bei VW do Brasil wieder eingestellt. Wenn VW do Brasil sich brüstet, neue Arbeitsplätze zu schaffen, so muß man wissen, daß die betroffenen Arbeiter oft genug durch VW selbst ihren früheren Arbeitsplatz verloren haben.

Wer sich einmal mit den Lebensläufen der VW-Arbeiter, die das Werk als Mu-

ster sozialen Aufstiegs propagiert, beschäftigt, wird merkwürdig viele Polsterer, Tapezierer usw. finden - nun, Sao Bernado, wo sich heute VW do Brasil breitmacht, war einmal ein Zentrum der arbeitsintensiven brasilianischen Möbelindustrie, deren bereits qualifizierte Arbeitskräfte VW aufgesogen hat.

2.2. Berufliche Ausbildung

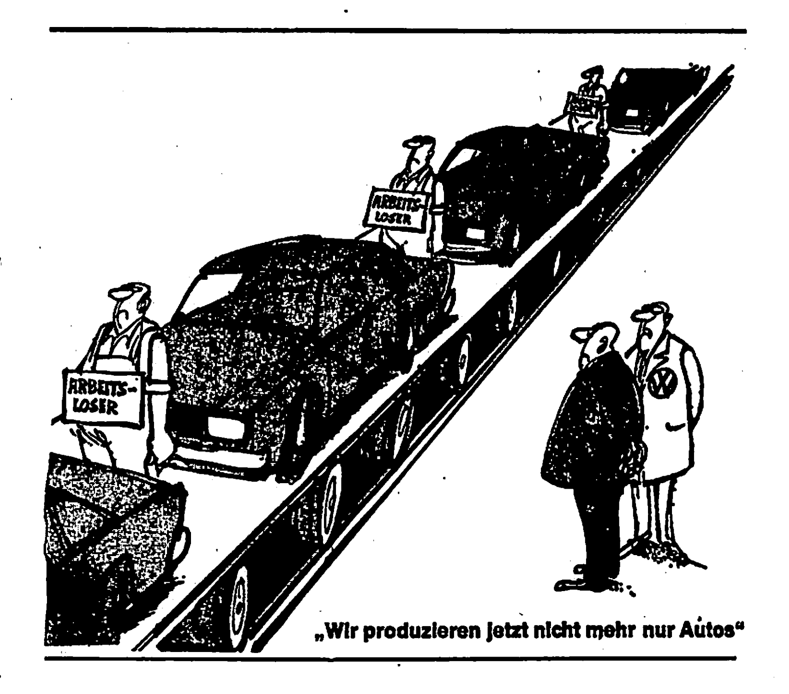
VW do Brasil rühmt sich, Tausenden von Brasilianern eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Wie sieht es damit im einzelnen aus? Von den mehr als 28 000 Werksangehörigen wurden 1972 ganze 468 in der Produktion (technisches Zeichnen, Motortechnik, elektrische Einrichtungen - aber auch Führungstechnik und anderes sind mitgezählt) ausgebildet. Demgegenüber besuchten in derselben Zeit 8 530 Brasilianer die Kurse in Verkaufs- und Kundendienstschulung (10), die auf den gehobenen Konsum zugeschnitten sind und die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berühren. Das Land braucht qualifizierte Arbeiter. Aber auf einen Arbeiter, der in der Produktion ausgebildet wird, kommen zwanzig, die lernen, wie man die produzierten Autos verkauft. VW do Brasil konzentriert sich nicht auf die Ausbildung qualifizierter Arbeiter, sondern auf den Kampf um den enggewordenen brasilianischen Markt. Tausende von Wagen müssen abgesetzt werden, und der Durchschnittsbrasilianer verdient nun mal eben nicht genug, um sich ein Auto leisten zu können. Die Ausbildungsbemühungen von VW do Brasil dienen also nicht der Mehrzahl der Brasilianer, sondern in erster Linie dem Konzern selbst.

2.3. Löhne und Gehälter

VW do Brasil hebt hervor, daß es überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter auszahlt. Trotzdem ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz mit 12,9 % (1967) **(11)** noch sehr niedrig. Der Mindestlohn beträgt umgerechnet 233 DM. Ein Angestellter kann mit 1536 DM noch gut leben. Ein Arbeiter mit Familie aber muß mit den 567 DM (Werte vom Oktober 1972) **(12)**, die er von VW nach Hause bringt, auf vieles verzichten, obwohl er besser lebt als seine Landsleute in den Hungergebieten Brasiliens. Seine Frau muß im Normalfall mitarbeiten. Er muß sich jahrelang abrackern, bevor er in eine anständige Wohnung oder in ein eigenes Häuschen (was in Brasilien kein Luxus ist) ziehen kann, und ein Auto aus der Fabrik, in der er täglich arbeitet, kann er sich schon gar nicht leisten.

2.4. Weitere soziale Leistungen

Am meisten ist VW do Brasil in seinen Propagandaschriften auf seine freiwilligen sozialen Leistungen stolz. Denn nicht nur Werkspolizisten, die überall herumstehen, und Ausweiskontrollen am Eingang sichern die "Zufriedenheit" der Belegschaft. Auch ein großes Team von Psychologen und Soziologen steht bereit, um die Brasilianer an die straffe Disziplin und die ihnen fremden Arbeitsbedingungen eines modernen Großbetriebs zu gewöhnen. Von den 18 700 Interviews, die 1967 von der VW-Sozialabteilung durchgeführt wurden, befaßten sich allein ein Drittel mit Anpassungsschwierigkeiten. VW kann keine Leute gebrauchen, die dem Leistungszwang eines großen Industrie-



„Wir produzieren jetzt nicht mehr nur Autos"

betriebs nicht gewachsen sind. Die ärztliche Versorgung der VW-ler ist vorbildlich. In der Entbindungsstation kommen pro Tag durchschnittlich acht "VW-Babies" zur Welt, und der Vater, der langfristig plant, "erblickt in einem Baby, besonders dann, wenn es männlichen Geschlechts ist, den künftigen Mitarbeiter bei VW do Brasil". (13) So die farbige Werbebroschüre, die von der Public-Relations-Abteilung des "Vorwärts" in entwicklungspolitischer Selbstzensur um Stellen wie diese gekürzt wurde. Die ganze Arroganz, mit der der Konzern in Brasilien auftritt und eine Arbeiterelite heranzuzüchten versucht, zeigt sich daran, daß junge Werksangehörige, deren Väter schon bei VW waren, "alemao", das heißt "Deutsche" genannt werden. (14) Nicht nur sozialpsychologisch, sondern auch biologisch wird eine Arbeiterelite aufzuzüchten versucht.

VW investiert auch in die Freizeitgestaltung, um die Werksangehörigen zu integrieren. Wenn die Arbeitszeit zu Ende ist, steht allen der großzügig angelegte VW-Club offen. Hier findet die Verbrüderung der Klassen statt. Alle gehören zur großen "VW-Familie".

Es zeigt sich also, daß der VW-Konzern in Brasilien im wesentlichen sich selbst entwickelt: Schon die Produktion der PKWs trägt wenig zur Entwicklung eines Landes wie Brasilien bei.

Alle mit Stolz vorgezeigten Sozialleistungen sind einfach notwendig, wenn der Betrieb reibungslos funktionieren soll. Und nicht nur, daß sie von dem Profit, den die Arbeiter schaffen, bezahlt sind, sie kommen auch nur dieser relativ kleinen Gruppe zugute. Deutlich sichtbar ist dies, wenn man sich die Art betrachtet, wie VW do Brasil die gesetzlichen Sozialabgaben zahlt: Der Konzern zahlt nämlich nur einen Teil des vorgeschriebenen Betrags und erbringt, statt den Rest zu zahlen, die beschriebenen Eigenleistungen. Die Sozialpolitik ist also - wie auch die Ausbildungspolitik - so konstruiert, daß sie eine integrierte, konstante Belegschaft garantieren soll und nicht der Allgemeinheit zugute kommt.

2.5. Ermöglichung von Streiks

Mit der Gleichschaltung der Gewerkschaften ist in Brasilien das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ende 1973 hörte man aus Brasilien von Streikformen, die an die "Arbeiterkommissionen" in Spanien erinnern. Arbeiter in den

> "Wie macht man in Brasilien Selbstmord?
> Man sagt nur einmal das Wort Kommunismus!"
> Journalist der "Gazete de Alagoas"

industriellen Ballungsgebieten Brasiliens führen punktuelle Streiks durch, um Lohnforderungen durchzusetzen. Diese Forderungen vertreten sie über eine gewählte Kommission gegenüber den Fabrikdirektoren. Die Kapitalisten haben in diesem Fall kein Interesse an einem sofortigen Eingreifen der Polizei; denn die Streikenden sind qualifizierte Arbeitskräfte, auf die die Firma angewiesen ist. Durch Zugeständnisse in der Lohnpolitik, deren staatliche Regelung ohnehin nicht auf Betriebe mit technisch hohem Niveau zugeschnitten ist, beugen sie härteren Arbeitskämpfen vor, die auch im Falle einer Niederlage der Arbeiter den Profit auf längere Zeit beeinträchtigen würden. Die unter hohen Kosten aufgebaute Illusion der "großen Familie" wäre beim Teufel, wenn die Polizei in den Werkshallen stehen würde. In einen Facharbeiter hat die Firma meist selbst investiert, und wenn er im Gefängnis sitzt, ist die Investition verloren. Von der neuen Streikform sind vor allem die Automobilindustrie - auch Volkswagen - und ihre Zulieferer betroffen. (15)

3. Welche Rückwirkungen haben bundesdeutsche Auslandsinvestitionen auf die Bundesrepublik selbst?

Aber auch dem Argument, diese Investitionen nützten der eigenen bundesrepublikanischen Bevölkerung, muß entgegnet werden. Pauschal gesehen nutzen die Auslandsinvestitionen der bundesdeutschen Wirtschaft, denn durch sie fließen Gewinne ins Land - obwohl man hier schon einschränkend hinzufügen muß, daß die meisten Gewinne in den unterentwickelten Ländern reinvestiert werden, was zu einem enormen Wachstum der betreffenden Auslandsfilialen führt.

Im Falle des VW-Konzerns kann aber belegt werden, daß durch die Auslandsinvestitionen Arbeitsplätze in der BRD verlorengehen. Nicht nur die zukünftigen Exportpläne von VW do Brasil zeigen dies, sondern auch die bisherige Investitionspolitik. Während die Produktionskapazität in den ausländischer Filialen ständig wächst, werden in Wolfsburg Entlassungen in großem Ausmaß vorgenommen. So haben bis Juli 72 in den sechs ausländischen VW-Werken 1 500 italienische, 150 tunesische und 1 500 deutsche Arbeiter einen Vertrag unterschrieben, durch den sie

> "Die Zahl der Mitarbeiter des VW-Konzerns erreichte zum Jahresende 192 083. Sie waren damit um 4,9 % niedriger als ein Jahr zuvor. Dabei stand einem Rückgang um 7,1 % auf 148 712 Belegschaftsmitglieder bei den inländischen Konzerngesellschaften eine Zunahme um 3,4 % auf 43 471 Mitarbeiter im ausländischen Konzernbereich gegenüber."
> (VW-Geschäftsbericht 1972, S. 16)

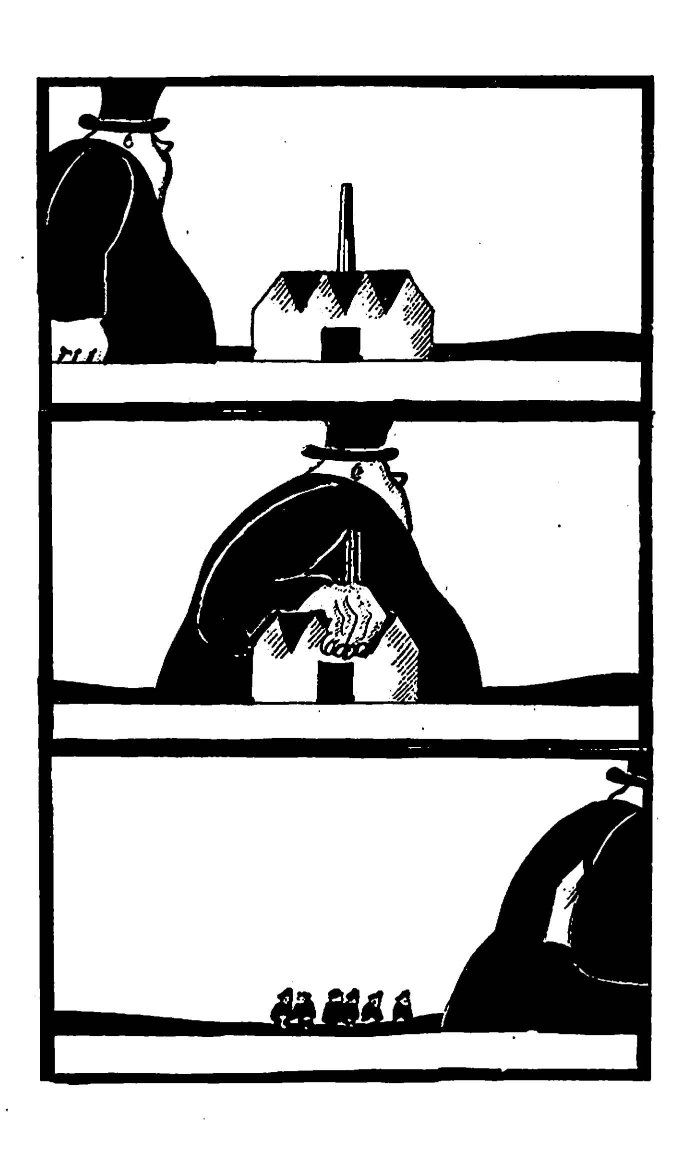
mit einer Entschädigung vorzeitig aus dem Werk ausscheiden (16). Die ausländischen Arbeiter sind die ersten Opfer der VW-Krise. Sie sind leichter kündbar und werden, je nach Bedarf des Konzerns, zwischen ihren Heimatländern und der BRD hin- und hertransportiert. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr etwa 10 000 Belegschaftsmitglieder vorzeitig in Pension geschickt, oder sie bekamen, falls es ausländische Arbeiter waren, ihre Verträge nicht erneuert (17). Als sich vorübergehend die Absatzlage verbesserte, beschloß man, Sonderschichten einzulegen (18), und nicht etwa neue Arbeitsverträge abzuschließen, was langfristige Verpflichtungen für den Konzern bedeutet hätte.

Nach den beiden Dollarkrisen mußte die Konzernspitze zugeben, daß es sich bei den Sonderschichten um eine Ausnahme gehandelt hatte. Die unbenutzten Produktionskapazitäten in den deutschen VW-Werken führen zu einer verdeckten Dauerkrise, die durch die planmäßige Auslagerung der Produktion in Länder, in denen höherer Profit erzielt werden kann, verschärft wird. Neuerdings spricht man davon, daß in Zukunft halbgefertigte Volkswagen aus Brasilien in die BRD importiert und hier montiert werden sollen. Es ist kaum zwanzig Jahre her, daß halbgefertigte VW in genau der umgekehrten Richtung geliefert wurden. Die Konzernspitze kann den Spieß nach Belieben umdrehen. Mittlerweile ist es nur noch eine Frage der Zeit, ob in den USA drei VW-Werke im Gesamtwert von etwa 3-4 Milliarden DM gebaut werden. (19) Die Investitionspolitik des Gesamtkonzerns ist langfristig so angelegt, daß sich als Nebenwirkung eine Schrumpfung der Belegschaft der bundesrepublikanischen Volkswagen AG ergibt.

Es ist auch abzusehen, daß durch die Auslagerung der Produktion mögliche Streiks in den inländischen Werken an Wirksamkeit verlieren. Da der Konzern bereits VW preisgünstig aus Brasilien importieren kann, braucht er nur das Produktionstempo in Sao Paulo zu erhöhen, um vor streikbedingten Produktionsausfällen hier geschützt zu sein.

Die Direktion hat den Konzern immer als gesundes Unternehmen ausgegeben - auch, als die Wachstumskrise längst da war. Nun ist es auf einmal Leiding selbst, der vor dem drohenden Verhängnis warnt. In einem Brief an die "sehr geehrten Mitarbeiter" warnt er vor den "nachteiligen Folgen" des letzten Tarifabschlusses. In diesem Brief, den die BILD-Zeitung auf der zweiten Seite abgedruckt hat, lesen wir: "Es ist zu befürchten, daß die Verteuerung unserer Automobile nicht ohne Folgen für den Absatz und damit für die Beschäftigung bleiben wird." (20) Warum diese plötzliche Einsicht?

Sind Leiding und Springer jetzt dazu übergegangen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten? Nun, Leiding fordert nicht ohne Grund die Schützenhilfe des Springer-Konzerns an. Die massiven Nachteile, die in naher Zukunft auf die VWler zukommen, müssen propagandistisch gut vorbereitet sein. Tausende von VWlern schickten den Brief unter Protest zurück. (21) Durch Krisenbeschwörungen dieser Art läßt sich die D a u e r krise des Konzerns nicht übertünchen.



Einerseits sichert sich der Konzern durch diese Politik seine Profite, andererseits aber werden brasilianische, mexikanische, australische, indonesische, afrikanische und deutsche Arbeiter zu Teilchen in e i n e m weltweiten Präzisionswerk, in dem sie alle ausgebeutet werden. Der Grad der Ausbeutung ist ungleichmäßig verteilt, wobei es im Ermessen der Konzernspitze liegt, welche Arbeitsgruppe zu welchem Zeitpunkt am härtesten betroffen wird.

Die Kapitalexpansion von Konzernen wie VW erzeugt eine Internationale des Kapitals, der eine Internationale der Arbeiter gegenübersteht. Dem Automechaniker in Wolfsburg entspricht auf dem lateinamerikanischen Kontinent nicht mehr der Kaffeepflücker im Nordosten Brasiliens. Brasilianische, mexikanische, nigerianische, indonesische, südafrikanische, jugoslawische, australische, spanische und Wolfsburger VW-Arbeiter stehen bei unterschiedlichem Ausbeutungsgrad in einem und demselben Produktionszusammenhang. Und lassen wir uns nicht von den Wörtern täuschen: Wolfsburg ist nicht das "Mutterwerk" und alles andere "Töchter". Das gegenwärtige System von zusammenarbeitenden und voneinander abhängigen VW-Betrieben hat Leiding in Brasilien entwikkelt. Zunächst umfaßte es Brasilien, Mexiko und Südafrika. VW-Brasilien und VW-Mexiko stimmten mehr und mehr ihre Produktion aufeinander ab. VW-Brasilien expandierte nach Südafrika und half dem dortigen VW-Werk, das ein zu geringes Wachstum aufwies, durch Investitionen für die Produktion des AUDI auf die Beine. VW-Mexico exportierte in die VR China, in eine Reihe lateinamerikanischer Länder und in die USA, wo es VW-Importe aus der BRD ersetzte. Auch die Modellpolitik, die den Konzern aus der Absatzkrise führen sollte, hat Leiding im Versuchsfeld Brasilien entwickelt. Nachdem Leiding ranghöchster VW-Chef in Wolfsburg geworden war, bezog er die deutschen Betriebe stärker in seinen weltweiten Plan ein.

VW Deutschland ist heute das abhängige Zentrum eines fünf Kontinente umfassenden Systems von Produktions- und Verkaufsorganisationen.

Rudolf Leiding:

"Wir haben verstanden, daß es heute gar nicht mehr interessant ist, unsere Inlandswerke personell aufzublähen, denn dann müßten wir mit der Harke nach Jugoslawien, Tunesien usw. gehen, um hinter der letzten Felsecke noch Leute zu suchen, die wir nach Wolfsburg holen könnten. Also werden wir dazu übergehen, Teile unserer Produktion im Ausland unterzubringen, zumal damit kein Personalabbau hier verbunden ist, denn wir werden ja dann hier mehr CKD-Teile und Fahrzeugkomponenten bauen können."
(VW autogramm 3/73)

Der vorstehende Artikel erschien ursprünglich in "Brasilianische Informationsfront" (Köln, 1974, Nr. 516, deutsche Ausgabe). Bei der hier abgedruckten Fassung handelt es sich um eine Überarbeitung durch die Redaktion der "blätter des iz3w".

Anmerkungen:

1) C.P. Kindleberger: American business abroad. Six lectures on direct investment, New Haven 1969, Yale-University Press, S. 179 ff; zitiert nach: Kreye, O.: Multinationale Konzerne, Hanser München 1974, S. 130 f
2) Wilhelm Bittorf: "Die Geschichte eines Autos", S. 59 und 57
3) Die Profitrate berechnet sich nach der Formel:
Profitrate = Gewinn/Investition. Umfangreiche Investitionen führen also, wenn der Gewinn etwasgleich bleibt, zu einer geringeren Profitrate
4) Geschäftsbericht VW do Brasil 1971, S. 10
5) Geschäftsbericht VW do Brasil 1971
6) Blick durch die Wirtschaft, 5.8.69
7) ebenda, 7.3.70
8) ebenda, 9.2.70
9) ebenda, 5.8.69
10) "VW in Brasilien - mehr als Auto", zu beziehen über die Public Relations-Abteilung des VW-Werks in Wolfsburg, Fußnote 2
11) Geschäftsbericht VW do Brasil 1967
12) Beilagen aus Geschäftsbericht VW do Brasil 1971
13) "... mehr als Auto"
14) ebenda
15) Die Welt, 13.12.73
16) vgl. Süddeutsche Zeitung, 1.1.73. Die genaue Zahl der Entlassungen ist wegen der Fluktuation der Arbeitskräfte nicht auszumachen.
17) FR, 27.12.72. Zu dieser Zeit gab es allerdings auch 4000 Neueinstellungen
18) FR, 10.3.73
19) FR, 14.5.74 und FAZ, 18.5.75
20) Bild, 8.4.74
21) Spiegel, 19/1974

Jetzt in Portugal investieren!

Unter dem Titel "Portugal - Daten, Informationen, Analysen" bescherte das "Handelsblatt - Deutsche Wirtschaftszeitung" vom 17. Sept. 1974 deutschen Unternehmern Klarheit über ihre Möglichkeiten, im "neuen Portugal" zu investieren. In der 11seitigen Beilage kommen neben Habla-Redakteuren auch Insider portugiesischer Wirtschaft (und Wirtschaftspolitik) und Sprecher deutscher Firmen in Portugal zu Wort. Themen sind dabei nicht etwa die Verbrechen des Caetano-Regimes in Portugal und dessen ehemaligen afrikanischen Kolonien oder die neue politische Entwicklung, sondern - ganz im Zeichen der Kontinuität - die bislang schon sehr guten Möglichkeiten deutscher Unternehmen, in Portugal zu investieren und den Absatzmarkt zu sichern, die es auszubauen und zu festigen gilt.

In der Tat sind die Bedingungen dafür günstig:

Denn "seit Jahren ist Portugal ein von deutschen Firmen bevorzugtes Investitionsland. Von 1968 bis 1971 lag die BRD in Portugal mit 17 % der Auslandsinvestitionen an erster Stelle ..." (Habla, S. 19).

> Im nächsten Urlaub unbedingt nach Portugal:
>
> "Kommen Sie nach Portugal - Hier erwartet Sie die wahre Freude am Leben- ..."
>
> "Die traditionellen Festlichkeiten des Volkes mit ihren Darstellungen märchenhafter Geheimnisse und alter Sitten und Gebräuche zeigen noch die unverhaltene Freude des Südens." (S. 27) (Anzeige)

Das "Auslandskapital genießt gleiche Rechte... Die liberale Gesetzgebung gegenüber ausländischem Kapital hat zahlreiche deutsche Firmen zu Investitionen in Portugal veranlaßt." (S. 19) - Natürlich nicht erst seit dem 25. April!

Schwierigkeiten gibt es natürlich auch, besonders seit dem 25. April: "Nach jahrelanger Streikabstinenz verlangen die Arbeiter nun ihr Recht, wobei die Forderungen oft über das Ziel hinausschossen." "... in der Zeit nach dem 25. April war das Sozialklima angespannt, hervorgerufen insbesondere durch die Forderungen der Arbeiter, welche, infolge des Nichtvorhandenseins von starken Gewerkschaften, die angemessene Zielkoordination und Beziehung zur Realität verloren hatten. Unterdessen hat sich diese Situation fortschreitend verbessert und wir hoffen, daß sie in Kürze gelöst ist." (S. 18)



"Durch die überstürzte Abfassung neuer Arbeitsverträge nach dem Regierungswechsel mußten Personal- und Personalfolgekostensteigerungen von 50-60 % ohne entsprechende Kompensation durch Abwälzung auf den Preis 'geschluckt' werden." (S. 26)

Nachteil ist leider auch, daß die Portugiesen - laut Handelsblatt - ein bißchen dumm sind.

Trotzdem: "Nach gründlicher Einarbeitung der Arbeitskräfte werden in meist allen Fällen gute bis hervorragende Ergebnisse erzielt." "Abschließend kann zu diesem Punkte gesagt werden, daß die portugiesischen Arbeitskräfte willig, lerneifrig, gewissenhaft und arbeitsam sind, doch bedürfen sie noch immer der Anleitung und Kontrolle..."

Deshalb wird "die erste Garnitur des Personals... wohl in den meisten Fällen aus dem Mutterlande stammen..." (S. 26)

Alles in allem lohnts sich: "Obwohl eine Reihe von Fertigungen erst seit kurzer Zeit laufen, haben wir eine nach internen Maßstäben vernünftige Rendite aus unseren Produktionen erreicht." So eine Stellungnahme von "Hoechst Portugesa". (S. 26)

mi

Südafrika
BRD-Waffenlieferungen

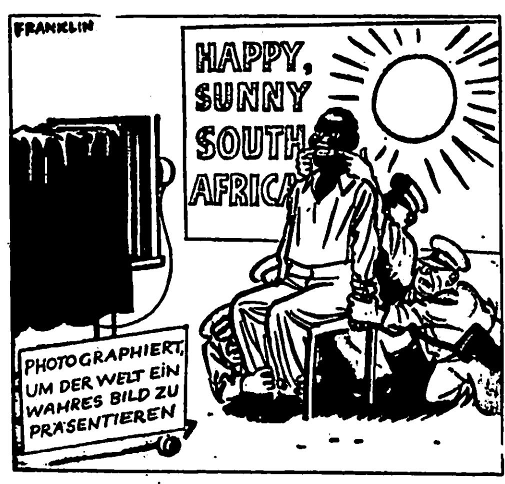
PRESSEMITTEILUNG

des "Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique e.V."

Betr.: Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Ausbau des Militärpotentials der Republik Südafrika

Am 14., 15. und 16. Oktober veröffentlichte die Times of Sambia heftige Angriffe gegen die Beteiligung der BRD am portugiesischen Kolonialkrieg. Diese Artikel wurden veranlaßt durch Fakten bezüglich der militärischen Unterstützung des Kolonialkrieges Portugals in Afrika durch die Bundesrepublik, die in einem von unserem Komitee erstellten Dokument aufgeführt sind.

Obwohl wir mit den Untersuchungen über die Unterstützung der südafrikanischen Streitkräfte durch die BRD gerade erst begonnen haben, liegen uns bereits Beweise vor, daß die Bundesrepublik ihre Beteiligung an der rassistischen Unterdrückung und Ausbeutung im südlichen Afrika fortsetzt durch eine zunehmende militärische Kooperation mit Südafrika:



Daily Mirror, London

1) Zur Zeit werden "Milan"-Infanterie-Panzerabwehrwaffen nach Südafrika geliefert.
(Wehrkunde Nr. 9, XXIII Jahrg., München, September 1974).
Die Milan ist anteilsgleich eine deutsch-französische Koproduktion. Sie wurde am 21. Nov. 1972 von der Bundeswehrerprobungsstelle abgenommen. Sie wiegt 11,3 kg bei einer Länge von 1,2 m. Mit ihrem Infrarot-Zielortungssystem hat sie bis zu 2000 m Treffsicherheit und durchschlägt jeden bekannten Panzertyp. Aus politischen Gründen wird die Milan von Euromissile, Paris, vertrieben. Ihre Entwicklung wurde von der Bundesregierung finanziert. Aus der Bundesrepublik an Frankreich gelieferte Rüstungsgüter können von Frankreich ohne jegliche Einschränkung seitens der Bundesregierung nach Südafrika geliefert werden. Die Bundesregierung verlangt von Frankreich keine "Endverbrauchserklärung". (Staatssekr. Berkhan, BMVg am 9.4.74 in einer Antwort an MdB K.H. Hansen).

2) Im Mai 1974 wurden 137 schwere Militärlastwagen der Firma Klöckner von Bremen nach Durban verschifft.
(Ankündigung in Wehrdienst 461/74 vom 29.4.74; Der Verkauf wurde am 1.8.74 von Dr. Hecker, dem verantwortlichen Beamten des Auswärtigen Amtes auf Anfrage unseres Komitees bestätigt. In unserem Besitz befinden sich Fotos der Verschiffung.)

3) Im April 1974 schloß die Fa. Steag, Essen, einen Vertrag mit der südafrikanischen Regierung über eine Wirtschaftlichkeitsstudie und die Errichtung einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage in S.A. Diese Anlage wird sowohl die Ersetzung der Elektrizitätserzeugung aus Kohle durch solche aus nuklearer Energie erleichtern als auch S.A. in den Stand setzen, Atombomben herzustellen. (The Guardian, 23.4.74)
Nach § 5,II Nr. 0118 der Außenwirtschaftsverordnung muß dieses Geschäft von Bonn genehmigt werden. Außerdem sind 51 % der Aktien der Steag in Händen der Ruhrkohle AG, deren Aktien teilweise in Staatsbesitz sind und die 1974 mit 1.300 Mio DM Regierungsgeldern subventioniert wurde.

4) In der Bazan-Werft in Cartagena, Spanien, werden nach Unterlagen von Blohm und Voß, Hamburg, 4 Korvetten gebaut für Südafrika. (Das ergibt sich aus folgenden Quellen: The Times, 11.12.71; Diario de Noticias, 5.4.73; SIPRI Jahrbuch 1973, S. 330; Marine Rundschau Febr. 1974; Ya, Madrid, 2.8.74.)
Zwei Briefe sowie 2 Dienstaufsichtsbeschwerden unseres Komitees in dieser Sache wurden vom Auswärtigen Amt nicht bzw. inhaltlich falsch beantwortet. Blohm und Voß bestätigte, die Fertigungsunterlagen exportiert zu haben (Telex an MdB von Bothmer vom 4.6.73). Ein derartiger Export von Fertigungsunterlagen ist genehmigungspflich-

tig (§ 5,1 0009 AWV). Die Bundesregierung aber behauptete auf unsere Frage, "Hat die Bundesregierung genehmigt, daß nach Unterlagen aus der Bundesrepublik angefertigte Kriegsschiffe nach Südafrika geliefert werden?", daß "keine Genehmigung zur Ausfuhr von genehmigungsbedürftigen Fertigungsunterlagen" erteilt worden ist (BMWi, 14.10.74 an AbM-Komitee).

5) Vom 15.-19. März 1974 besuchte das Schulschiff "Deutschland" den Flottenstützpunkt Simonstown, Südafrika. (Staatssekretär Berkhan in Beantwortung einer Anfrage von MdB von Bothmer, 16.10.74).

6) Im Mai 73 besuchte Ex-Finanzminister Alex Moeller Südafrika. Laut Süddeutscher Zeitung standen Verhandlungen über die Errichtung einer Munitionsfabrik durch eine hiesige Firma zur Diskussion (SZ 26.5.73).

7) Aviation Week and Space Technology berichtete am 13.3.72, daß von Messerschmidt-Bölkow-Blohm entwickelte und gebaute Hubschrauber BO-105 an Südafrika verkauft würden.

8) 1970/71 wurden 9 Transall Militärtransportflugzeuge an Südafrika verkauft. (The Star, Johannesburg, 24.1.70). Die Transall wird zu 1/3 von Frankreich und zu 2/3 von der Bundesrepublik hergestellt. Für die gelieferten Maschinen erhielten die beteiligten hiesigen Firmen 66 Mio DM.

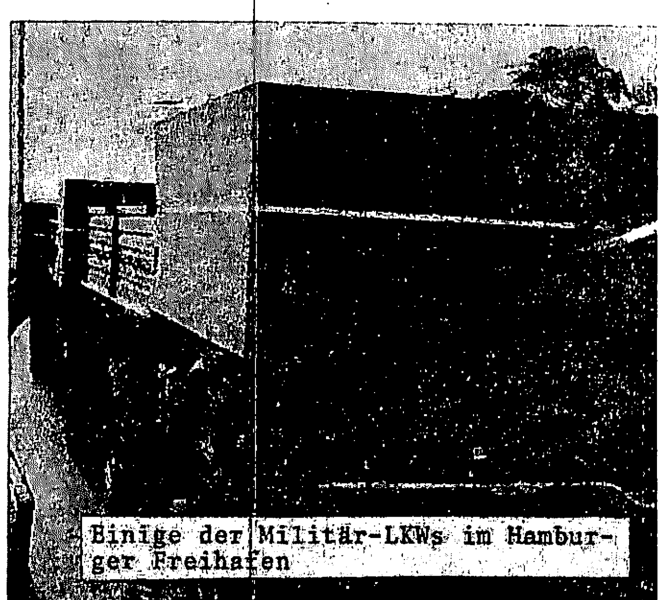
9) MBB hat die Lizenz zur Fertigung von Hubschrauber-Rotorflügeln an Sud-Aviation, Frankreich, vergeben (MBB Jahresbericht 72/73). Sud-Aviation wiederum ist wichtiger Militärhubschrauberlieferant für Südafrika.

Bonn, 25.10.74 Wolff Geisler (2. Vorsitzender)

Militär-LKWs im Hamburger Hafen

Pressemitteilung

Wiederholt hat die Bundesregierung mit Hinweis auf die "Endverbleibs-Klausel abgestritten, Militärausrüstung in Krisengebiete zu senden.
Wiederholt konnte das Gegenteil bewiesen werden.
Wir geben hiermit einen weiteren Fall bekannt:



Einige der Militär-LKWs im Hamburger Freihafen

Im Hamburger Freihafen an den Schuppen 75 und 77 stehen ca. 75 Militär-LKWs, Marke Daimler-Benz, deren Bestimmungshafen Lourenco Marques, Mozambique ist. Dies bedeutet: 1. Die Bundesregierung hat die Ausfuhr von Kriegsmaterial in Krisengebiete zumindest genehmigt,

2. Die Bundesregierung hat oder hatte zumindest die Absicht, damit Partei zu ergreifen im Krieg zwischen einem reaktionären Regime und einer Befreiungsbewegung im südlichen Afrika. Erfahrungsgemäß gilt diese Parteinahme nicht den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker.

Köln, den 6.11.74

SVI
Projektbereich Internationalismus
gez. K. Schmeding



Die Verladeanweisung auf einem der LKWs: "Lourenco Marques"

Der SVI ist der Dachverband der Studentenschaften an der Ingenieur-Fachhochschulen in der Bundesrepublik. Red.

GUINEA-BISSAO
OFFENER BRIEF AN BAHR

Nach der Anerkennung des Staates Guinea Bissao durch die anti-kolonialistische Regierung in Portugal sieht sich das Volk von Guinea-Bissao unter der Führung der PAIGC veränderten Schwierigkeiten gegenüber.
Etwa 3oo ooo Menschen, das ist knapp die Hälfteder Gesamtbewohner Guinea-Bissaos, lebte während der Kolonialzeit in dem portugiesisch besetzten Gebiet. Dort war die Produktion nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung angelegt. Die Bauern konnten kaum Nahrungsmittel anbauen, weil sie z.B. zur Produktion von Baumwolle und Erdnüssen für den Export gezwungen wurden.Das ist einer der Gründefür die jetzige Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln. Um die Bevölkerung überhaupt einigermaßen "instand" zu halten, mußte das Kolonialregime größere Mengen Reis einführen. Zur gleichen Zeit konnte damals die PAIGC aus den befreiten Gebieten einen symbolischen Überschuß in die Hungergebiete der Sahel-Zone exportieren.
Jetzt nach der vollständigen Unabhängigkeit muß die PAIGC auch für die Menschen sorgen, die bisher unter der Herrschaft der Kolonialisten waren.
Es werden dringend Nahrungsmittel gebraucht, um die Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln zu mindern. Außerdem ist Saatgut erforderlich, damit die Bauern schon jetzt einer weiteren Nahrungsmittelknappheit im nächsten Jahr vorbeugen können. Geld für Dünger, Werkzeuge zum Bohren von Brunnen und zum Bearbeiten der Felder sind notwendig.
Ein weiteres Problem ist die medizinische Versorgung in dem bisher von den portugiesischen Kolonialisten okkupierten Teil Guinea-Bissaos.Im Gegensatz zum befreiten Teil waren die wenigen Ärzte (fast ausschließlich Militärärzte) für die privilegierte weiße Oberschicht da.Jetzt braucht Guinea-Bissao ein Vielfaches an Krankenpersonal (1), Medikamenten und Ärztebesteck.
Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind immens. Die PAIGC hat in den Verhandlungen mit den regierungstragenden Parteien in Portugal zwei Kompromisse geschlossen.
1. Für die nächsten drei Jahre wird in Guinea-Bissao der portugiesische Peso die Staatswährung sein.
2. Es wird privaten Handel weiterhin geben.
Dies scheint für die PAIGC deshalb wichtig, um Portugiesen dazu zu bewegen, im Land zu bleiben, da sie zum größten Teil das Handwerk, kleinere Betriebe und den Handel im bisherigen besetzt gehaltenen Gebiet beherrschen.
Im Unterschied zu den befreiten Gebieten, wo vor allem Selbstversorgung praktiziert wird und Konsumgüter in den Volksläden eingetauscht werden, muß in den ehemals portugiesisch okkupierten Zonen die Geldwirtschaft in größerem Umfang aufrechterhalten werden.
Das bedeutet für die PAIGC, daß sie an Lehrer, Krankenpersonal und politische Kader Löhne bezahlen muß.
Mit diesen veränderten Problemstellungen muß sich das Volk von Guinea-Bissao nach der Niederlage der Kolonialisten auseinandersetzen.
Die Solidaritätsbewegung in der BRD kann an dieser Situation nicht vorbeigehen.
Für uns ist der Kampf der Völker in Guinea-Bissao, Mozambique und Angola nicht mit der Unabhängigkeit beendet. Wir müssen unsere Solidarität auch weiterhin durch politische Agitation und materielle Hilfe ausdrücken.
Auf der Delegiertenkonferenz der Gruppen in der BRD, die über die (ehemaligen) portugiesischen Kolonien und das südliche Afrika arbeiten, wurde ein Offener Brief an Egon Bahr, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit verabschiedet. In ihm wird die Bundesregierung aufgefordert, möglichen Anträgen der PAIGC auf materielle Hilfe und Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes unverzüglich zu entsprechen.
Diese Forderung an das "Entwicklungshilfeministerium" ist nicht unproblematisch. Die Bundesregierungen haben die "Entwicklungshilfe" meist als Instrument zur Durchsetzung und Absicherung von politischen und wirtschaftlichen Interessen verstanden.
(siehe dazu auch 'Indonesien-Serie' in "Blätter des iz3w" Nr.26/28/31/32)
Dazu fehlt in Guinea-Bissao der üblicherweise in der "DrittenWelt" vorhandene'Partner': sollte ein Projekt zustande kommen, wird es von der PAIGC ausgesucht, vorgeschlagen und seine Durchführung unter ihrer Anleitung überwacht.Eine dünne Oberschicht, die unheimliche Reichtümer ansammelt und eine korrupte Beamtenschaft in der Verwaltung sind nicht beteiligt.
Wir fordern die Unterstützung des Volkes von Guinea-Bissao, das unter der Führung der PAIGC bereits bewiesen hat, daß es in der Lage ist, sich zu befreien. Die Kolonialherrschaft wurde beseitigt, obwohl imperialistische Staaten massiv wirtschaftliche und militärische Hilfe an Portugal geleistet haben. Den Befreiungsbewegungen war bewußt, daß hinter der Kolonialmacht Staaten wie z.B. die BRD stehen.
Die PAIGC und das Volk von Guinea-Bissao haben den Befreiungskampf sicherlich nicht geführt, um sich nach der Unabhängigkeit durch andere Mittel fremdbestimmen zu lassen.
Wir rufen alle Gruppen und Organisationen sowie Einzelpersonen auf, die Forderung, die auf der Delegierten-

konferenz mit 1 Gegenstimme angenommen wurde, zu unterstützen. Wir schlagen dazu vor, diesen Offenen Brief überall bei derpolitischen Arbeit einzusetzen, die Forderung zu propagieren und eine Unterschriftensammlung durchzuführen.(2)

(1) Ärzte- oder Krankenpersonal, das Interesse hat, dem Volk von Guinea-Bissao seine Solidarität durch einen Einsatz im medizinischen Dienst auf den Kapverdischen Inseln zu erweisen, wende sich bitte an:
Antonio Pires, 66o1 Klarenthal/Saar, Kreisstr. 79

(2)Unterschriftenlisten sind erhältlich bei:Aktion Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328

Das Volk von Guinea-Bissao hat in über 10 Jahren bewaffneten Kampfes seine Unabhängigkeit erreicht.

Die am 24. September 1973 ausgerufene Republik Guinea-Bissao mußte schließlich auch durch Portugal und jene Länder anerkannt werden, die das Kolonialregime direkt oder indirekt unterstützten.

Nach über 500-jähriger Kolonialherrschaft verlassen die Portugiesen das Land in einem Zustand katastrophaler wirtschaftlicher Rückständigkeit.

"Auf der Ebene der internationalen Beziehungen wünscht der Staat Guinea-Bissao die Beziehungen der Freundschaft, der Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Nachbarstaaten - der Republik Guinea und der Republik Senegal -, mit allen afrikanischen Staaten und mit allen Staaten der Welt, die seine Souveränität anerkennen und den nationalen Befreiungskampf unseres Volkes unterstützen, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Die Beziehungen basieren auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität, des Nicht - Angriffs, der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils."

<u>Wir fordern die Bundesregierung auf, möglichen Anträgen der Republik Guinea-Bissao auf Materielle Unterstützung für den Wiederaufbau unverzüglich zu entsprechen.</u>

Die Bundesregierung hat dazu allergrößte Veranlassung, weil sie das Kolonialregime jahrelang mit Waffenlieferungen und wirtschaftlicher Hilfe massiv unterstützt hat.

Anläßlich des Abschusses von 2 aus der Bundesrepublik gelieferten FIAT G-91. - Düsenbombern im März 1973. durch die Befreiungsbewegung wies der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, auf die Bedeutung dieser Waffenlieferungen hin: "Am 23. März 1973 gegen 18 Uhr wurden zwei Düsenjäger vom Typ FIAT G-91 abgeschossen.

Diese beiden Maschinen gehörten zu den 40 Maschinen, die die Bundesrepublik Deutschland 1966 an Portugal geliefert hatte. Es handelt sich dabei um ein speziell für die NATO entwickeltes Modell.

Die Lieferung dieser Maschinen an die portugiesische Luftwaffe hatte seinerzeit eine Welle der Empörung in den demokratischen und antikolonialistischen Kreisen Westeuropas ausgelöst, vor allem weil die portugiesische Regierung durch die Äußerung einiger ihrer obersten Verantwortlichen ihre Absicht nicht verheimlicht hatte, diese Flugzeuge im Kolonialkrieg in Afrika einzusetzen.

Tatsächlich sind die FIAT G-91, die auch nur dürftig ausgebaute Flugplätze benutzen können, im Laufe der letzten Jahre die Hauptwaffe der portugiesischen Kolonialisten in unserem Lande geworden. Durch seine Eigenschaften und seine Bewaffnung ist dieses leichte Kampfflugzeug bei der Luftunterstützung der Operationen von Bodentruppen und dem Luftschutz von Fahrzeug oder Schiffskonvois ebenso wirkungsvoll wie bei Bomben- oder MG-Angriffen. Darüber hinaus haben die portugiesischen Kolonialisten die FIAT G-91 bei den terroristischen Luftangriffen auf Dörfer in unseren befreiten Gebieten eingesetzt, Verbrechen, die von ausländischen Besuchern oft bezeugt worden sind."

Wegen der Wichtigkeit der Sache erlauben wir uns, diesen Brief an die Presse weiterzuleiten.

Diese Forderung wurde auf der Delegiertenkonferenz der Gruppen zum südlichen Afrika in Hannoversch Münden verabschiedet von:

Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Bundesvorstand der SDAJ, Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD, Afrika-Komitee Bochum, Afrika-Komitee Freiburg, Aktion Dritte Welt Freiburg, Aktion Selbstbesteuerung, Aktionskomitee Afrika Bielefeld, Aktionskomitee Afrika Münster, Antiimperialistisches Informationsbulletin Marburg, Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden, Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, Gruppe für internationale Zusammenarbeit Göttingen, Iniativkreis Nürnberg, Solidaritätskreis Freies Afrika München, Solidaritätskomitee Freies Afrika Regensburg.

Oktober 1974
Organisationskomitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

PRESSE: VON FREISCHÄRLERN ZU FREIGELASSENEN

1. Es heißt, daß etwas immer nur so gut sein kann wie sein schlechtester Teil. Die schlechtesten Bestandteile unserer Presse sind Zeitungen wie der "Rheinische Merkur", der "Bayernkurier" oder die Springer-Blätter "Welt" und "Bild", die ganz ungeniert für den brutalen Kolonialismus eintreten. In einem Kommentar zum Massaker von Wiriyamu schrieb die ehemals angesehene "Welt": "Die koloniale Ordnung ist zweifellos zu früh zerbrochen oder wurde von europäischen Staaten unverantwortlich schnell beendet." (Kremp, Herbert: Wiriyamu darf jetzt sterben. In: "Die Welt", 18.7.73.)

Um zu zeigen, wie gemein die Presse ist, die die Dritte Welt in der BRD hat, braucht man auf diese anachronistischen Hetzblätter nicht zurückzugreifen. Es genügt, zwei normale Agenturmeldungen aus der "Süddeutschen Zeitung" zu betrachten, wie man sie dort jeden Tag findet. Der Auslandsteil der "Süddeutschen" ist umfassender und genauer als bei anderen westdeutschen Tageszeitungen. Mehr als er kann die Auslandsberichterstattung unserer bürgerlichen Presse insgesamt nicht taugen, auf die wir alle, auch das iz3w, beim Bilden politischer Urteile angewiesen sind. Wenn wir die Presse am Auslandsteil der "Süddeutschen" und nicht an ihren schwächsten Bestandteilen prüfen, nehmen wir es also nicht besonders streng.

Die beiden Meldungen betreffen Guinea-Bissau. Die eine stammt vom Herbst 1973, als die PAIGC die Unabhängigkeit erklärte, die andere vom Sommer 1974, als die neue portugiesische Regierung die Unabhängigkeit anerkannte:

> FREISCHÄRLER RUFEN REPUBLIK GUINEA-BISSAU AUS
>
> Dakar (AP)
>
> Die Guerilla-Bewegung in Portugiesisch-Guinea (PAIGC) hat die von ihr besetzten Gebiete anfang der Woche für unabhängig erklärt und die "Republik Guinea-Bissau" ausgerufen. Wie aus einer in der senegalesischen Hauptstadt Dakar veröffentlichten Stellungnahme hervorgeht, wurde der Guerillaführer Luiz Cabral Präsident der neuen Republik, die außerdem eine 15köpfige Regierung erhielt, deren Mitglieder von einer "Nationalversammlung" ernannt wurden. Die Freischärler haben nach eigenen Angaben weite Teile Nord- und Westguineas unter ihrer Kontrolle. Dagegen ist die Hauptstadt Bissau fest in portugiesischer Hand.
>
> Als "reine Phantasie" hat Portugal Berichte von der Proklamation der Republik Guinea-Bissau in seiner afrikanischen Überseeprovinz bezeichnet. Ein Sprecher in Lissabon betonte, in Portugiesisch Guinea gebe es kein Gebiet, das nicht unter der Kontrolle der portugiesischen Behörden stehe.
> (SZ, 27.9.73)

> PORTUGAL GIBT GUINEA-BISSAU FREI - VERTRAG WIRD HEUTE UNTERZEICHNET
>
> Lissabon (ddp)
>
> Portugal wird seine bisherige Kolonie Guinea-Bissau samt den Kapverdischen Inseln in die Unabhängigkeit entlassen. Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau (PAIGC) wurde bekanntgegeben, daß der Unabhängigkeitsvertrag am heutigen Montagnachmittag in Algier unterzeichnet werden soll. Zu der Zeremonie wurden das Diplomatische Korps der algerischen Hauptstadt und die internationale Presse eingeladen. Inzwischen hat Portugal nach Angaben eines Militärsprechers die erste Einheit seiner rund 10 000 in der Kolonie stationierten Soldaten in das Mutterland abtransportiert. Der Zeitplan für die Trennung der Kolonie von Portugal ist noch nicht bekannt.
> (SZ, 26.8.74)

2. Beim Vergleich der beiden Meldungen springt ins Auge, daß sich die PAIGC innerhalb eines knappen Jahres aus einer anrüchigen "Guerilla-Bewegung" von "Freischärlern", die von "Guerillaführern" geleitet wird, in eine seriöse "afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau" verwandelt haben soll. Was ist in diesen elf Monaten mit der PAIGC geschehen? Hat sich ihre Politik derart geändert? Ihr Programm? Ihre Ziele? Davon ist nichts bekannt. Bekannt ist, daß die PAIGC heute wie eh und je seit ihrer Gründung um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unabhängigkeit des Volkes von Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln ringt - mit Mitteln, die dem jeweiligen Entwicklungsstand des Befreiungskampfes

konferenz mit 1 Gegenstimme angenommen wurde, zu unterstützen. Wir schlagen dazu vor, diesen Offenen Brief überall bei derpolitischen Arbeit einzusetzen, die Forderung zu propagieren und eine Unterschriftensammlung durchzuführen.(2)

(1) Ärzte- oder Krankenpersonal, das Interesse hat, dem Volk von Guinea-Bissao seine Solidarität durch einen Einsatz im medizinischen Dienst auf den Kapverdischen Inseln zu erweisen, wende sich bitte an: Antonio Pires, 66o1 Klarenthal/Saar, Kreisstr. 79

(2)Unterschriftenlisten sind erhältlich bei:Aktion Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328

Das Volk von Guinea-Bissao hat in über 10 Jahren bewaffneten Kampfes seine Unabhängigkeit erreicht.

Die am 24. September 1973 ausgerufene Republik Guinea-Bissao mußte schließlich auch durch Portugal und jene Länder anerkannt werden, die das Kolonialregime direkt oder indirekt unterstützten.

Nach über 500-jähriger Kolonialherrschaft verlassen die Portugiesen das Land in einem Zustand katastrophaler wirtschaftlicher Rückständigkeit.

"Auf der Ebene der internationalen Beziehungen wünscht der Staat Guinea-Bissao die Beziehungen der Freundschaft, der Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Nachbarstaaten - der Republik Guinea und der Republik Senegal -, mit allen afrikanischen Staaten und mit allen Staaten der Welt, die seine Souveränität anerkennen und den nationalen Befreiungskampf unseres Volkes unterstützen, aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Die Beziehungen basieren auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität, des Nicht - Angriffs, der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils."

Wir fordern die Bundesregierung auf, möglichen Anträgen der Republik Guinea-Bissao auf Materielle Unterstützung für den Wiederaufbau unverzüglich zu entsprechen.

Die Bundesregierung hat dazu allergrößte Veranlassung, weil sie das Kolonialregime jahrelang mit Waffenlieferungen und wirtschaftlicher Hilfe massiv unterstützt hat.

Anläßlich des Abschusses von 2 aus der Bundesrepublik gelieferten FIAT G-91 - Düsenbombern im März 1973 durch die Befreiungsbewegung wies der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, auf die Bedeutung dieser Waffenlieferungen hin: "Am 23. März 1973 gegen 18 Uhr wurden zwei Düsenjäger vom Typ FIAT G-91 abgeschossen.

Diese beiden Maschinen gehörten zu den 40 Maschinen, die die Bundesrepublik Deutschland 1966 an Portugal geliefert hatte. Es handelt sich dabei um ein speziell für die NATO entwickeltes Modell.

Die Lieferung dieser Maschinen an die portugiesische Luftwaffe hatte seinerzeit eine Welle der Empörung in den demokratischen und antikolonialistischen Kreisen Westeuropas ausgelöst, vor allem weil die portugiesische Regierung durch die Äußerung einiger ihrer obersten Verantwortlichen ihre Absicht nicht verheimlicht hatte, diese Flugzeuge im Kolonialkrieg in Afrika einzusetzen.

Tatsächlich sind die FIAT G-91, die auch nur dürftig ausgebaute Flugplätze benutzen können, im Laufe der letzten Jahre die Hauptwaffe der portugiesischen Kolonialisten in unserem Lande geworden. Durch seine Eigenschaften und seine Bewaffnung ist dieses leichte Kampfflugzeug bei der Luftunterstützung der Operationen von Bodentruppen und dem Luftschutz von Fahrzeug oder Schiffskonvois ebenso wirkungsvoll wie bei Bomben- oder MG-Angriffen. Darüber hinaus haben die portugiesischen Kolonialisten die FIAT G-91 bei den terroristischen Luftangriffen auf Dörfer in unseren befreiten Gebieten eingesetzt, Verbrechen, die von ausländischen Besuchern oft bezeugt worden sind."

Wegen der Wichtigkeit der Sache erlauben wir uns, diesen Brief an die Presse weiterzuleiten.

Diese Forderung wurde auf der Delegiertenkonferenz der Gruppen zum südlichen Afrika in Hannoversch Münden verabschiedet von:

Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Bundesvorstand der SDAJ, Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD, Afrika-Komitee Bochum, Afrika-Komitee Freiburg, Aktion Dritte Welt Freiburg, Aktion Selbstbesteuerung, Aktionskomitee Afrika Bielefeld, Aktionskomitee Afrika Münster, Antiimperialistisches Informationsbulletin Marburg, Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden, Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, Gruppe für internationale Zusammenarbeit Göttingen, Iniativkreis Nürnberg, Solidaritätskreis Freies Afrika München, Solidaritätskomitee Freies Afrika Regensburg.

Oktober 1974
Organisationskomitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique

PRESSE: VON FREISCHÄRLERN ZU FREIGELASSENEN

1. Es heißt, daß etwas immer nur so gut sein kann wie sein schlechtester Teil. Die schlechtesten Bestandteile unserer Presse sind Zeitungen wie der "Rheinische Merkur", der "Bayernkurier" oder die Springer-Blätter "Welt" und "Bild", die ganz ungeniert für den brutalen Kolonialismus eintreten. In einem Kommentar zum Massaker von Wiriyamu schrieb die ehemals angesehene "Welt": "Die koloniale Ordnung ist zweifellos zu früh zerbrochen oder wurde von europäischen Staaten unverantwortlich schnell beendet." (Kremp, Herbert: Wiriyamu darf jetzt sterben. In: "Die Welt", 18.7.73.)

Um zu zeigen, wie gemein die Presse ist, die die Dritte Welt in der BRD hat, braucht man auf diese anachronistischen Hetzblätter nicht zurückzugreifen. Es genügt, zwei normale Agenturmeldungen aus der "Süddeutschen Zeitung" zu betrachten, wie man sie dort jeden Tag findet. Der Auslandsteil der "Süddeutschen" ist umfassender und genauer als bei anderen westdeutschen Tageszeitungen. Mehr als er kann die Auslandsberichterstattung unserer bürgerlichen Presse insgesamt nicht taugen, auf die wir alle, auch das iz3w, beim Bilden politischer Urteile angewiesen sind. Wenn wir die Presse am Auslandsteil der "Süddeutschen" und nicht an ihren schwächsten Bestandteilen prüfen, nehmen wir es also nicht besonders streng.

Die beiden Meldungen betreffen Guinea-Bissau. Die eine stammt vom Herbst 1973, als die PAIGC die Unabhängigkeit erklärte, die andere vom Sommer 1974, als die neue portugiesische Regierung die Unabhängigkeit anerkannte:

FREISCHÄRLER RUFEN REPUBLIK GUINEA-BISSAU AUS

Dakar (AP)

Die Guerilla-Bewegung in Portugiesisch-Guinea (PAIGC) hat die von ihr besetzten Gebiete anfang der Woche für unabhängig erklärt und die "Republik Guinea-Bissau" ausgerufen. Wie aus einer in der senegalesischen Hauptstadt Dakar veröffentlichten Stellungnahme hervorgeht, wurde der Guerillaführer Luiz Cabral Präsident der neuen Republik, die außerdem eine 15köpfige Regierung erhielt, deren Mitglieder von einer "Nationalversammlung" ernannt wurden. Die Freischärler haben nach eigenen Angaben weite Teile Nord- und Westguineas unter ihrer Kontrolle. Dagegen ist die Hauptstadt Bissau fest in portugiesischer Hand.

Als "reine Phantasie" hat Portugal Berichte von der Proklamation der Republik Guinea-Bissau in seiner afrikanischen Überseeprovinz bezeichnet. Ein Sprecher in Lissabon betonte, in Portugiesisch Guinea gebe es kein Gebiet, das nicht unter der Kontrolle der portugiesischen Behörden stehe.
(SZ, 27.9.73)

PORTUGAL GIBT GUINEA-BISSAU FREI - VERTRAG WIRD HEUTE UNTERZEICHNET

Lissabon (ddp)

Portugal wird seine bisherige Kolonie Guinea-Bissau samt den Kapverdischen Inseln in die Unabhängigkeit entlassen. Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen der portugiesischen Regierung und der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau (PAIGC) wurde bekanntgegeben, daß der Unabhängigkeitsvertrag am heutigen Montagnachmittag in Algier unterzeichnet werden soll. Zu der Zeremonie wurden das Diplomatische Korps der algerischen Hauptstadt und die internationale Presse eingeladen. Inzwischen hat Portugal nach Angaben eines Militärsprechers die erste Einheit seiner rund 10 000 in der Kolonie stationierten Soldaten in das Mutterland abtransportiert. Der Zeitplan für die Trennung der Kolonie von Portugal ist noch nicht bekannt.
(SZ, 26.8.74)

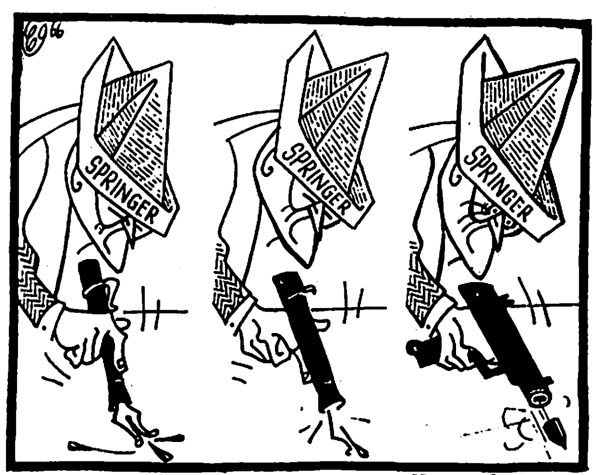
2. Beim Vergleich der beiden Meldungen springt ins Auge, daß sich die PAIGC innerhalb eines knappen Jahres aus einer anrüchigen "Guerilla-Bewegung" von "Freischärlern", die von "Guerillaführern" geleitet wird, in eine seriöse "afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau" verwandelt haben soll. Was ist in diesen elf Monaten mit der PAIGC geschehen? Hat sich ihre Politik derart geändert? Ihr Programm? Ihre Ziele? Davon ist nichts bekannt. Bekannt ist, daß die PAIGC heute wie eh und je seit ihrer Gründung um die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unabhängigkeit des Volkes von Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln ringt - mit Mitteln, die dem jeweiligen Entwicklungsstand des Befreiungskampfes

und den Repressionsmethoden der Portugiesen angemessen sind: Gewaltfreier Widerstand, bewaffnete Auseinandersetzung, Aufbau in den befreiten Gebieten, Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung, sobald diese dazu bereit war.

Verändert hat sich nicht die PAIGC, sondern Portugal. Dort hat der fortschrittliche Teil der Bourgeoisie inzwischen einsehen müssen, daß der Krieg gegen die afrikanischen Völker militärisch und politisch aussichtslos ist. Um nach dem Vorbild der anderen Kolonialmächte wenigstens an wirtschaftlichen Vorrechten zu retten, was noch zu retten war, stürzten Spinola und Co. deshalb das ultrakonservative Caetano-Regime, das mit aller Gewalt am Kolonialismus in seiner hergebrachten Form festhalten wollte, und lassen sich heute von den Befreiungsbewegungen die politische Selbständigkeit Guinea-Bissaus, Mozambiques und Angolas abhandeln. Dabei finden sie die Unterstützung der portugiesischen Arbeiter, Bauern und Angestellten, deren Söhne bisher im fernen Afrika verheizt wurden. Die Organisationen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, sozialistische Parteien) sind heute maßgeblich an der Regierung beteiligt und setzen mehr linke Politik durch, als der Bourgeoisie lieb sein kann. Es ist sogar in den Bereich des Möglichen gerückt, daß Portugal ähnlich wie Rußland 1917 bald nach seiner verspäteten bürgerlichen eine proletarische Revolution erlebt.

All das wird in der Meldung vom 26.8.74 mit keinem Wort erwähnt. Ob es sich um das Caetano-Regime oder das gegenwärtige Regierungsbündnis handelt, in beiden Meldungen heißt es schlicht "Portugal": "Portugal" bezeichnet etwas als reine Phantasie, "Portugal" entläßt in die Unabhängigkeit, ein "Sprecher in Lissabon" betont, ein "Militärsprecher" macht Angaben. Daß sie für grundverschiedene Regierungen sprechen, daß das portugiesische Volk sich aus verschiedenen Klassen und Schichten zusammensetzt, deren (durch den Kolonialkrieg verschärfter) Machtkampf einschneidende Veränderungen hervorgebracht hat, bleibt hinter stereotypen Globalformeln verborgen.

Indem unsere beiden Meldungen dort einen Wandel vortäuschen, wo keiner stattgefunden hat, und dort Kontinuität unterstellen, wo tatsächlich große Veränderungen waren, stellen sie das Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf. Offenbar soll es so erscheinen, als habe die PAIGC ihre radikale Politik gemäßigt, um für Portugal ein ernstzunehmender Verhandlungspartner zu werden, dem man - als gerechte Belohnung für seine Vernunft - nun auch eine eigene Fahne und Hymne schenken könne: ein Sieg für Portugal, für gute Manieren in der Politik, für die abendländische Zivilisation; eine Niederlage für die Gewalttätigkeit der Wilden im afrikanischen Busch. In Wahrheit war es ganz anders: Weil die PAIGC viele Jahre konsequent und standhaft gekämpft hat, ohne sich auf Kompromisse mit der herrschenden Klasse Portugals einzulassen, wurde die gewalttätige Regierung dieser Klasse gestürzt und eine neue muß den Kolonien die Unabhängigkeit zugestehen: ein Sieg für die ausgebeuteten Völker Afrikas, eine Niederlage für den Imperialismus.



Der Leitartikel — Henryk Berg

Heute hängt die Zukunft nicht zuletzt davon ab, wie der Kampf der Völker in der Dritten Welt gegen ihre Ausbeutung durch die großen Kapitale der Industrieländer ausgeht. Der Imperialismus, zunächst ein Ausweg der Kapitalverwertung aus profitschmälernder Marktenge und Rohstoffarmut, hat längst eine andere Qualität angenommen. Er ist in eine Phase getreten, wo er selbst zur Vernichtung des Kapitalismus beiträgt, weil er seine Opfer in vielen Teilen der Welt dazu treibt, sich zu organisieren und um die Befreiung von Elend und Entfremdung zu kämpfen. Guinea-Bissau ist ein Beispiel dafür. Die bürgerliche Presse verdreht das: sie erweckt den falschen Eindruck, als seien die westlichen Industrieländer nach wie vor der Nabel, um den sich die übrige Welt an der kulturell vergoldeten Eisenkette wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit dreht. Die meisten Journalisten können sich nicht vorstellen, daß ein afrikanisches Volk sich selbst befreit. Sie wollen uns weis machen, daß Portugal die Kolonien freiwillig und aus festem Glauben an das Selbstbestimmungsrecht "freigibt". Damit gibt die Presse eine imperialistische Deutung der berichteten Ereignisse.

3. Das ist allerdings nur herausgekommen, weil wir ungleichzeitige Meldungen nebeneinandergelegt und verglichen haben, was die Leser der "Süddeut-

schen" in aller Regel nicht tun. Wann immer sie ihre Zeitung lesen, morgens in der U-Bahn oder nach Feierabend im Sessel: In diesem Augenblick haben sie es nur mit einer Ausgabe zu tun, und was man früher einmal gelesen hat, ist je gründlicher vergessen, desto länger es zurückliegt. An die kleine Meldung vor einem Jahr erinnert man sich nicht mehr genau.

Für sich betrachtet gibt keine der beiden Meldungen zu erkennen, daß sie überhaupt deutet, was sie berichtet. Beide tun so, als bestehe ihr Inhalt aus einer exakten Beschreibung von Fakten und aus weiter nichts. Um dies vorzutäuschen, werden landläufige Techniken benutzt:

Die Meldung vom September 73 demonstriert Objektivität, indem sie beide Seiten in gleichem Maße zu Wort kommen läßt: das Caetano-Regime ebenso wie die PAIGC. Hinterhältig daran ist, daß zutreffende Angaben der PAIGC mit Lügen des Caetano-Regimes auf eine Stufe gestellt werden, so daß der Leser bestenfalls gar nichts mehr glaubt, auch nicht die Wahrheit. Daß das Caetano-Regime gelogen hat wie gedruckt, wissen wir nicht erst seit seinem Sturz. Bereits im April 1972 hatte eine dreiköpfige UNO-Delegation (die Diplomaten H. Sevilla-Borja aus Ekuador, F. Lofgren aus Schweden und K. Belkhiria aus Tunesien) die befreiten Gebiete Guinea-Bissaus besucht und die Angaben der PAIGC bestätigt. Das hätte auf keinen Fall geschehen können, wenn das gesamte Territorium unter portugiesischer Kontrolle gewesen wäre, wie das Caetano-Regime noch im Herbst 1973 steif und fest behauptet hat.

Indem sie - schon damals nachweislich - falsche Behauptungen der portugiesischen Ultras kolportiert, die übrigens in der uns vorliegenden Telex-Meldung der Agentur AP vom 26.9.73 aus Dakar nicht enthalten waren, versucht die SZ also, auch ihr bekannte, aber offensichtlich unliebsame Tatsachen aus den Köpfen ihrer Leser zu löschen; mit einem Verfahren, das liberale Anhänger der Überparteilichkeit auf den Leim des Imperialismus führt, wenn sie nicht merken, wo überparteiliche Toleranz repressiv wird. Eine Presse, die den, der lügt, ebenso kommentarlos zitiert wie den, der die Wahrheit sagt, nimmt insgeheim Partei für den Lügner. Anstatt Überparteilichkeit vorzutäuschen, wäre es ihre Aufgabe zu (er)klären, welche Partei lügt und welche die Wahrheit sagt, wenn es ihr ernstlich um die Information eines für mündig erachteten Bürgers ginge.

Die Meldung vom August 1974 täuscht Objektivität auf andere Weise vor. Statt Hintergrundinformationen, die zur Bildung eines politischen Urteils unentbehrlich sind, werden hier nebensächliche Einzelheiten ausgebreitet. Können die Leser den Unabhängigkeitsvertrag besser beurteilen, wenn sie wissen, daß das Diplomatische Korps und die ausländischen Journalisten in Algier zur Unterzeichnungszeremonie eingeladen waren? Oder wenn sie erfahren, daß die Schlußverhandlungen genau drei Tage gedauert haben? Kaum. Ein Hinweis auf die Geschichte der PAIGC wäre nützlicher, aber er fehlt. Indem die Meldung in abseitigen Details schwelgt, gibt sie sich den Anschein der unbestechlichen Genauigkeit. Dadurch versucht sie sich vor der Aufgabe zu entbinden, den Unabhängigkeitsvertrag in einem historischen Zusammenhang als das darzustellen, was er ist: das Ergebnis des langwierigen, opfervollen, aber schließlich siegreichen Befreiungskampfes eines afrikanischen Volkes gegen seine europäisohen Unterdrücker.

Objektivität ist hier zur Geschichtsblindheit verkommen: ein anderes Verfahren, um dem Leser unentbehrliche Informationen vorzuenthalten und sich gleichzeitig noch bei ihm anzubiedern.

Wir sehen also: Die "Süddeutsche" verbreitet nicht nur falsche, imperialistische Auffassungen, sie versucht gleichzeitig auch zu verbergen, daß sie überhaupt einen Standort hat und bestimmte politische Auffassungen verbreitet. Durch Techniken wie repressive Überparteilichkeit und geschichtsblinde Detailhuberei wird dem Leser der Eindruck einer objektiven, aufs Faktische beschränkten Berichterstattung vorgespiegelt. Das hindert ihn, seinerseits das Bedürfnis nach einer politischen Einschätzung der Ereignisse zu entwickeln, von denen er in der Zeitung liest. So wird ihm die Grundlage selbstbewußten politischen Handelns entzogen.

Daß die bürgerliche Presse eine bestimmte, nämlich imperialistische Auffassung an den Mann zu bringen versucht, steht zu jener Scheinobjektivität nicht im Widerspruch. Eine politische Auffassung zu verbreiten und gleichzeitig das politische Interesse zu unterdrücken, paßt immer dann zusammen, wenn der Standpunkt, den man bezieht und durchsetzen will, falsch ist. Ein Publikum mit politischem Interesse würde nämlich bald merken, daß er falsch ist, und sich nicht darauf einlassen.

Noch ihre Objektivitätsduselei läßt also durchblicken, daß mit der gutbürgerlichen Presse inhaltlich etwas faul ist. Sie stellt uns die imperialistische Auffassung von der Unabhängigkeit Guinea-Bissaus nicht vor, sie versucht sie uns unterzuschieben, ohne daß wir es merken. (Insofern ist sogar die "Welt" der "Süddeutschen" vorzuziehen. Da merkt man wenigstens sofort, woran man ist.) Statt uns als mündige Bürger zu informieren, versucht sie uns für dumm zu verkaufen.

Im Interesse derer, die am Imperialismus profitieren.

4. In einer Tageszeitung, die wirklich so informativ und selbstkritisch wäre, wie die deutsche Presse es zu sein behauptet, konnten die beiden Meldungen - nicht weniger knapp und nicht weniger seriös - ungefähr so lauten:

PAIGC RUFT REPUBLIK GUINEA-BISSAU AUS

Die Unabhängigkeitsbewegung PAIGC ("Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln") hat Guinea Bissau nach jahrelangem bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialarmee anfang der Woche für unabhängig erklärt und die Republik ausgerufen. Wie aus einer Verlautbarung der PAIGC hervorgeht, wurde Luiz Cabral Präsident der Republik, die außerdem eine 15köpfige Regierung erhielt, deren Mitglieder nach der neuen demokratischen Verfassung des Landes von einer gewählten Nationalversammlung ernannt wurden. Die PAIGC hat der Kolonialmacht Portugal nach eigenen, von der UNO überprüften Angaben weite Teile Nord- und Westguineas entrissen, während die Hauptstadt Bissau in den Händen der portugiesischen Armee ist. Das Caetano-Regime in Lissabon behauptet, die Angaben der PAIGC seien "reine Phantasie".

PORTUGALS ARMEE ZIEHT AUS GUINEA-BISSAU AB - VERTRAG WIR HEUTE UNTERZEICHNET

Die portugiesische Regierung, die durch den Staatsstreich der linken "Bewegung der Streitkräfte" im April dieses Jahres an die Macht kam, wird die Unabhängigkeit der früheren Kolonie Guinea-Bissau samt der Kapverdischen Inseln anerkennen. Nach jahrelangem bewaffneten Kampf hatte die PAIGC ("Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus") bereits im September 1973 die Unabhängigkeit ausgerufen und auf demokratischem Wege eine eigene Regierung gebildet. Die neue Republik ist bisher von etwa 100 Staaten anerkannt worden. Die mit Portugal verbündeten NATO-Staaten und breite Teile ihrer Öffentlichkeit - darunter die westliche Presse - haben diese Vorgänge bisher kaum ernst genommen.

Der Unabhängigkeitsvertrag soll am heutigen Montag in Algier unterzeichnet werden. Inzwischen hat Portugal nach Angaben eines Militärsprechers die ersten seiner rund 10 000 in der Kolonie stationierten Soldaten in das Mutterland abtransportiert. Der Zeitplan für den weiteren Abzug ist noch nicht bekannt.

hpö

Die Pide in Portugal: Dossiers über mehr als 100 000 Personen

Bei der im August vorgenommenen Auslagerung des Aktenmaterials des früheren portugiesischen Geheimdienstes "Pide" von Lissabon nach Caixas (dort soll es nach seiner Sichtung vernichtet werden), gewann die portugiesische Öffentlichkeit erstmals einen genaueren Einblick in die Arbeitsmethoden dieser in der Regierungszeit von Salazar und Caetano genau so aktiven wie gefürchteten Geheimdienstorganisation: Das bei der Auslagerung registrierte Aktenmaterial füllt mehr als 20 000 Schnellhefter. Es finden sich in ihm Dossiers über mehr als 100 000 Personen. Darüber hinaus sind in den Akten der Pide annähernd 6 000 000 Personen namentlich aufgeführt, mit denen die Pide ein "Sicherheitsrisiko" für das faschistische Portugal verbunden sah. Im Dienst der Pide arbeiteten 2 162 hauptberufliche Agenten.

Ca. 20 000 Leute standen der Pide "nebenberuflich" als regelmäßige Informanten zur Verfügung. Rund 80 000 Personen leisteten der Pide gelegentliche Spitzeldienste. Enge Zusammenarbeit pflegte die Pide mit dem amerikanischen CIA sowie mit den Geheimdiensten Westdeutschlands, Frankreichs und Englands. (Dies bewies der peinliche Umstand, daß sich bei der Pide umfangreiches Material fand, das von den genannten Geheimdiensten im Ausland selbst recherchiert war und von dort der Pide zur Verfügung gestellt worden war.)

Aus dem Aktenmaterial der Pide geht übrigens auch hervor, daß die Pide zu dem Zeitpunkt, als sich in den westeuropäischen Ländern die außerparlamentarische Opposition gegen das faschistische Portugal zu verstärken begann, sorgfältige Recherchen über linke Studentengruppierungen anstellte - dies über eine genaue Beobachtung von studentischen Publikationen und über das Einschleusen von Agenten in Gruppen dieser Art.

Von den hauptberuflichen Agenten der Pide sind zur Zeit noch über 1 000 flüchtig. Die Mehrzahl von ihnen befindet sich in Spanien. Andere (vermutlich noch im Besitz zahlreicher Waffen) haben vorerst Zuflucht im politischen Untergrund von Portugal selbst gesucht.

(Die vorangegangenen Informationen sind aus einem längeren Artikel der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter" vom 8.9.74 entnommen.)

Politische Disziplinierung

Zweierlei Erkenntnisse aus einer Solidaritätsveranstaltung

Die Erlasse zur Disziplinierung von Demokraten im Staatsdienst haben in Deutschland eine reiche Tradition. Der Berufsverbotserlaß der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 28.1.1972, der in Inhalt und Sprache mehr als nur Parallelen aufweist zum "Verbot der Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen" von 1878, dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" von 1933 und entsprechenden Verfügungen der Adenauer-Regierung (1950), wurde Grundlage für eine umfangreiche Bespitzelungs- und Überwachungstätigkeit.

Auf welche "Erkenntnisse" die Organe des Staats sich stützen, um Gegner der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" ausfindig zu machen, zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit:

Dem seit kurzem am Rechenzentrum der Universität Freiburg angestellten Diplom-Informatiker M. Bock wurde mitgeteilt, daß an seiner Verfassungstreue Zweifel bestehen, die seine weitere Beschäftigung im Staatsdienst in Frage stellen. Als Begründung diente neben seiner Beteiligung an einem Wahlbündnis sozialistischer Studenten im Jahr 1970 (!) die Tatsache, daß er im



Jahr 1973 bei der Universitätsverwaltung als gewählter Studentenvertreter die Überlassung eines Saals für eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Volk von Guinea-Bissau beantragt hatte: deshalb "muß aufgrund dieser Erkenntnisse in Zweifel gezogen werden, ob Sie sich jederzeit zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und diese zu verteidigen bereit sind". (Schreiben des Universitätskanzlers vom 17.7.1974.)

An dieser Veranstaltung nahm ein offizieller Vertreter der Republik Guinea-Bissau teil; sie richtete sich gegen die westdeutsche Unterstützung des portugiesischen Kolonialregimes durch Waffen und Militärflugzeuge aus der BRD und forderte die diplomatische Anerkennung der Republik Guinea-Bissau.

Während diese Aktivitäten die staatlichen Organe zur "Erkenntnis" führten, daß Angestellte, die in solcher Weise von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen, eine Bedrohung für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" darstellen, läßt sich aus der Entwicklung in Portugal und den ehemaligen portugiesischen Kolonien noch eine weitere Erkenntnis gewinnen. In Form eines offenen Briefes an den Universitätskanzler antwortete M. Bock auf die erhobenen Vorwürfe u.a.:

"Zu Ihrer Information: Guinea-Bissau ist jene Republik in West-Afrika, die sich ihre Unabhängigkeit letztes Jahr von Portugal erkämpft hat, und die von der Bundesregierung vor ca. 10 Wochen diplomatisch anerkannt wurde. Dieser Schritt der Bundesregierung wie auch anderer Staaten erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil sie durch eine weltweite Solidaritätsbewegung dazu gezwungen wurden.
Ich bin auch heute noch der Meinung, daß es richtig war und ist, solche Veranstaltungen zu unterstützen, daß es richtig war und ist, offen gegen politische Unterdrückung aufzutreten ... ich werde mir mein demokratisches Recht auf Parteinahme für oder gegen etwas auch nicht nehmen lassen..." (Brief vom 27.9.1974.)

Die Offenlegung der Vorwürfe durch den mit dem Berufsverbot bedrohten Angestellten erwies sich als geeigneter Schritt, die Solidarität von Kollegen und Studenten der Universität zu gewinnen und die Methoden des Staates zur Beschnüffelung und Disziplinierung in die öffentliche Diskussion zu bringen. Die am 8.10. ausgesprochene Kündigung wurde inzwischen einstweilen zurückgenommen. Der Staat hat sein Ziel nicht erreichen können: die Aufgabe der mißliebigen politischen Betätigung; die entschlossene Wahrnehmung der demokratischen Rechte ist ein wirksames Mittel, diesen Angriffen zu begegnen.

ge

Hinweise

Südafrika

Dokumentation zum Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika

Herausgeber: Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bestellungen: Südafrika-Koordinierungsgruppe, 62 Wiesbaden, Jahnstr. 9

Inhalt:

Strukturdaten zur Apartheidspolitik (Arbeitsbedingungen, Erziehung, Sport, Presse, Kirche, Recht) - Kulturabkommen im Wiederspruch zur "UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung" - Erläuterungen zu einzelnen Artikeln unter Berücksichtigung der aufgrund dieses Abkommens seit 1962 betriebenen Politik der BRD gegenüber der SAR - Vollständiger Abdruck des Kulturabkommens.

SCHWARZE UND WEISSE ARBEITER GEMEINSAM GEGEN MULTIS

Herausgeber:
KSA Berlin, 1 Berlin 62,
Hauptstr. 107, Tel. 781 68 49

53 Seiten - Preis: DM 1,50

Die Broschüre ist in 2 Teile gegliedert:

a) Arbeitsverhältnisse in Südafrika; die Beziehungen der BRD zu Südafrika sowie den (jetzt ehemaligen) portugiesischen Kolonien Angola, Mozambique; Arbeit und Ziel der dortigen Befreiungsbewegungen

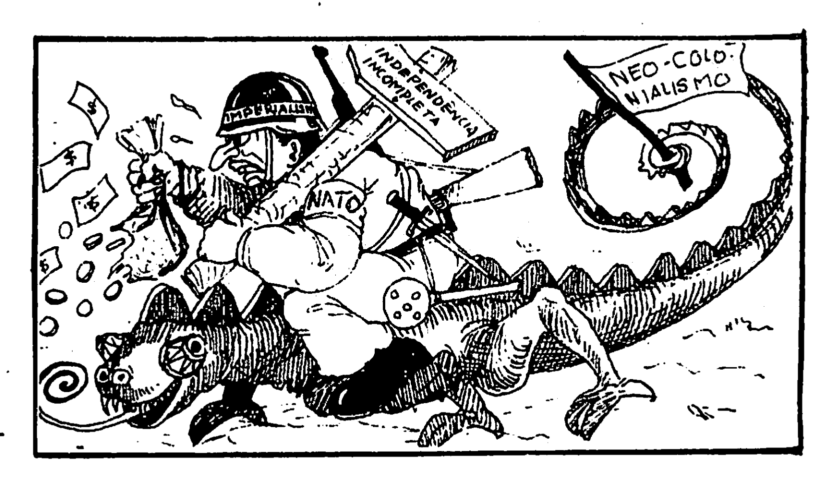
b) Anhang, in dem die politische Landschaft des südlichen Afrika graphisch dargestellt ist; Adressenliste von Dritte Welt-Gruppen in der BRD, Materialien (Bücher, Broschüren usw.); Liste der wichtigsten westdeutschen Firmen und ihrer Tochtergesellschaften in Südafrika.

Eine für die Arbeit mit Schülern und vor allem Lehrlingen erarbeitete Broschüre. Sie ist einfach, anschaulich und mit vielen Beispielen belegt geschrieben. Besonders gut ist die Begründung für Internationalismusarbeit in Betrieben und bei Lehrlingen.

Durch den Export von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Produktionsdrosselung in der BRD sind Arbeitsplätze von Kollegen bedroht. Durch das Reservoir an billigen Arbeitskräften kann ein Unternehmen Streiks in der BRD dadurch unterlaufen, indem es die Produktion zeitweise auslagert oder mit einer völligen Verlagerung droht.

Durch diese Verbindung zur Situation der Kollegen in der BRD wird erst klar, warum auch der internationalistische Aspekt in der Betriebsarbeit eine Rolle spielen sollte. Das "exotische" Südafrika wird eine reale Bedrohung der Arbeitsplätze für Kollegen, da die Kapitalistenklasse verstärkt die Produktion in Länder verlagert, in denen die Arbeiterklasse durch Repressionen an einer Organisierung für ihre Interessen gehindert wird.

Einige Schwächen der Broschüre könnten bei einer eventuellen 2. Auflage abgeändert werden. So sind z.T. falsche Zahlen angegeben (in Tete sind nicht 25 000, sondern etwa 400 000



Afrikaner in Aldeamentos = Wehrdörfer umgesiedelt worden), wichtige Informationen nicht durch Quellen belegt (etwa 74 % der bei BRD-Firmen beschäftigten Afrikaner in Südafrika bekommen Löhne unter dem absoluten Existenzminimum), oder Angaben unvollständig (die Waffenlieferungen der BRD an Portugal hören in der Broschüre entgegen der Realität 1971 auf).

Nach den Ereignissen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien mußten einige Passagen ergänzt werden, da sie zum Teil dem Stand von 1972 entsprechen.

Da der Schwerpunkt aber auf Südafrika liegt und dort die Rassisten mit Unterstützung imperialistischer Mächte weiterhin das afrikanische Volk unterdrücken, ist die Broschüre auch in der vorliegenden Form eine gute Grundlage für die politische Arbeit.

Chile

Pierre Rieben und
Jean-Pierre Beauvais

REPORTAGEN AUS DEM CHILE DER MILITÄRJUNTA

\ mit Analysen über den Widerstand

Hrsg. Revolutionäre Marxistische Liga, Schweiz, Gruppe Internationale Marxisten, Deutschland

Preis: SFr. 5,- DM 2,90

Pierre Rieben, Schweizer Journalist, war bis Mitte April in Chile tätig, bis die Junta Anstoß an seinen engagierten Berichten in europäischen Zeitungen nahm, ihn für eine Woche festnahm, folterte und schließlich nach Europa ausreisen ließ.

Die obige Broschüre ist eine Sammlung der Berichte, die Rieben in den Monaten seit dem Putsch verfaßt hat. Analysiert wird die systematische Zerstörung aller Errungenschaften, die sich die Arbeiterklasse während der Amtszeit Allendes erkämpft hatten, beschreibt die materielle Verelendung, hervorgerufen durch Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Preissteigerungen. Die Aussagen werden ausgiebig durch Zahlenmaterial belegt. Weiterhin ist über das Verhältnis zwischen Junta und den Christdemokraten sowie die Konflikte innerhalb der Junta zu erfahren.

Der zweite Teil der Broschüre, geschrieben von Jean-Pierre Beauvais, stellt dar, welche Formen der Widerstand trotz Zerschlagung der Gewerkschaften annimmt. Dabei geht er auch auf die verschiedenen politischen Positionen in der Widerstandsbewegung, z.B. der Kommunistischen Partei und des MIR, ein.

Zu beziehen über: ISP-Verlag
2 Hamburg 13
Hochallee 21

Dokumentarfilm über Chile:

"Chile - der Kampf geht weiter!"

Zwei Mitarbeiter des Sozialistischen Büros Offenbach haben einen Dokumentarfilm über Chile gedreht, der in drei Teile gegliedert ist:

1. Geschichtliche Entwicklung Chiles
2. Periode der Unidad Popular (Maßnahmen der UP-Regierung, Gegenoffensive der Bourgeoisie und des Imperialismus, Ausdrucksformen der Volksmacht)
3. Periode nach dem Putsch (Terror der Junta, zur Lage der Arbeiter und Bauern, Widerstand).

Laufzeit 45 min., Farbe, 16 mm, Magnetton
Leihgebühr DM 30,--

Zu bestellen bei:
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Cuba

Reise nach Cuba

Tatsachen und Erinnerungen von Teilnehmern einer internationalen Arbeitsbrigade in der Provinz Habana.

Herausgeber: Brigada XX. Aniversario

Bestellung: Dagmar Wolf, 58 Hagen, Gertrudstr. 9

3,50 DM + 0,50 DM Porto in Briefmarken oder auf Konto 217 2121600 BfG Bochum

Zum Inhalt:

Die Verfasser der Broschüre berichten über den cubanischen Sozialismus, wie sie ihn während ihres Aufenthaltes von sechs Wochen durch eigene Erfahrungen und Gespräche mit Cubanern kennengelernt haben. Zentrale Themen sind Fortschritte in Wohnungsbau, Sozialhygiene, Bildungspolitik und besonders Arbeitsbedingungen und Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben. Die Schwierigkeiten eines jungen sozialistischen Landes werden vor allem im Bereich der Frauenemanzipation, Kultur, Landwirtschaft, Arbeitsbedingungen (Leistungsanreize) angesprochen.

VERZWEIFELN SIE NICHT!

wenn Sie nicht wissen, was Sie Ihren Lieben,
dem Erbonkel, den Verwandten in der Ferne
schenken sollen:

Lassen Sie sich nicht zu unbedachten Handlungen hinreissen,

wir haben einen Vorschlag:
Schenken Sie ein Abonnement der "blätter des iz3w". Dazu brauchen Sie lediglich einen Brief unter wiedergegebenen Musters an uns zu schicken. Der Beschenkte erhält die erste Nummer mit der Nachricht, daß Sie das Abonnement eingerichtet haben. Ein Geschenkabonnement kostet DM 25,- Sfr. 28,- Ös 18o; für Schenker, die einkommensschwachen Gruppen angehören (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Zivildienstleistende, andere nach Selbsteinschätzung) kostet es DM 18,-

---

Geschenkabonnement
Das Abonnement soll zum vollen/ermäßigten Preis ab_______
bis ______ an folgende Adresse gehen: (bitte deutlich, mit Postleitzahl!)
Das Abonnement wird bezahlt von: (bitte ebenfalls deutlich!)
Unterschrift